



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Nachhaltigkeit und Gesellschaft

Vorträge aus dem Rat für Nachhaltige
Entwicklung 2001 bis 2003

Impressum

Nachdruck 2008, Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Nachhaltigkeit und Gesellschaft. Vorträge aus dem
Rat für Nachhaltige Entwicklung von April 2001 bis Juni 2003
texte Nr. 3, September 2003
Herausgeber: Volker Hauff und Günther Bachmann

Redaktion:
Günther Bachmann
Manuel Rivera

www.nachhaltigkeitsrat.de

ISBN 3 - 9809190 - 0 - 5

Nachhaltigkeit und Gesellschaft

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung:

- Dr. Volker Hauff**, Vorsitzender, Mitglied der Geschäftsführung der BearingPoint GmbH
- Horst Frank**, Oberbürgermeister der Stadt Konstanz (seit Juni 2003)
- Prof. Dr. Wolfgang Franz**, Präsident des Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)
- Rainer Grohe**, Vorsitzender GALILEO, langjähriger Vorsitzender des Umweltausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)
- Hermann Graf Hatzfeldt**, Vorsitzendes des Forest Stewardship Councils (FSC) Deutschland, Mitglied des Stiftungsrates des WWF-Deutschland und des Kuratoriums des Öko-Institutes (seit Juni 2003)
- Roland Heinisch**, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bahn Netz AG (DB Netz AG)
- Prof. Dr. Eberhard Jochem**, Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe, Center for Policy and Economics (CEPE), Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich
- Dr. Margot Käßmann**, Landesbischofin der evangelisch-lutherischen Kirche Hannover
- Prof. Dr. Edda Müller**, Vorsitzende des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (VZBV)
- Heinz Putzhammer**, Mitglied im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
- Prof. Dr. Jürgen Rimpau**, Vorstand der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Gründungsinitiative Fachgebiet Nachhaltigkeit der DLG, Kurator der FAL, Braunschweig (seit Juni 2003)
- Prof. Dr. Josef Sayer**, Prälat und Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR e.V.
- Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms UNEP
- Holger Tschense**, Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig (seit Juni 2003)
- Prof. Dr. Fritz Vahrenholt**, Vorstandsvorsitzender der REpower Systems AG
- Eggert Voscherau**, Mitglied des Vorstandes der BASF Aktiengesellschaft (ab Juni 2003)
- Hubert Weinzierl**, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR)
- Dr. Angelika Zahrt**, Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND)
- Philip Freiherr von dem Bussche**, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) (bis 2002)
- Jochen Flasbarth**, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) e.V. (bis 2003)
- Prof. Dr. Claus Hipp**, Hipp GmbH & Co. Vertrieb KG, Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) (bis 2003)
- Matthias Platzeck**, Ministerpräsident des Landes Brandenburg (bis 2003)

Inhalt

Geleitwort von Dr. Frank-Walter Steinmeier 7

Positionen

Volker Hauff: Nachhaltigkeit – der nächste Schritt 11
Eröffnung der Jahreskonferenz des Rates, 2002

Margot Käßmann: Begeisterte Nachhaltigkeit oder nachhaltig begeistert? 15
Diskussionsbeitrag, 2002

Klaus Töpfer: Nachhaltigkeit – 19
Fundament vorsorgender Friedenspolitik
Jahreskonferenz des Rates, 2002

Jochen Flasbarth: Bilanz von Rio 27
Weltbankforum, 2002

Volker Hauff: Nachhaltigkeitsstrategie und Industriepolitik 31
Konferenz der Landesregierung Niedersachsen, 2002

Rainer Grohe: Umweltkommunikation und 39
Nachhaltigkeitsstrategie
Forum Nachhaltige Entwicklung Umweltbundesamt, 2001

Edda Müller: Nachhaltige Entwicklung als Projekt der 43
internationalen Politik
Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik, 2002

Angelika Zahrt: Rio + 10 und danach: Perspektiven für 51
die Lokale Agenda 21
Erster Ostdeutscher Agendatag, 2002

Hubert Weinzierl: Deutschland auf dem Weg zur Nachhaltigen Entwicklung: Eine Bewertung aus Sicht des Nachhaltigkeitsrates
Heinrich-Böll-Stiftung, 2002 59

Volker Hauff: Johannesburg und die Perspektiven für Deutschland
Friedrich-Ebert-Stiftung, 2002 63

Impulse

Angelika Zahrnt: Erwartungen an die Forschung aus der Sicht praktischer Nachhaltigkeitspolitik
Konferenz des Bundesforschungsministeriums, 2002 73

Volker Hauff: Nachhaltige Entwicklung – eine Herausforderung an die Wissenschaft
Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, 2003 83

Matthias Platzeck: Nachhaltige Raumentwicklung – mehr als eine Worthülse?
Akademie für Raumforschung und Landeskunde, 2002 91

Rainer Grohe: Nachhaltigkeit – ein neues Geschäftsfeld? Natur, Macht, Märkte
Wissenschaftszentrum NRW, 2002 99

Edda Müller: Der Stellenwert sozialer Themen in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
Konferenz des Bundesfamilienministeriums, 2002 107

Hubert Weinzierl: Gute Fragen – Bildungspolitik und Nachhaltigkeit
Diskussionsbeitrag, 2003 115

Volker Hauff: „Jugend schreibt Zukunft“ – Gedanken und Bilder zur Nachhaltigkeit
Vorwort zum gleichnamigen Buch des Rates 121

Josef Sayer: Nachhaltigkeit und Kultur –
Kultur der Nachhaltigkeit 123
Diskussionsbeitrag, 2003

Interventionen

Claus Hipp: Ethisches Handeln bringt nachhaltigen Erfolg 131
Bildungswerk Bund Naturschutz Bayern, 2002

Volker Hauff: Nachhaltigkeit ist 139
ein hartes Wirtschaftsthema im alten Europa
BDI, Kuratorium econsense, 2003

Volker Hauff: Nachhaltige Entwicklung – Modebegriff 147
oder Kompass für politische Entscheidungen?
Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, 2002

Margot Käßmann: Justice and peace will kiss each other 159
Weltsozialgipfel Porto Alegre, 2003

Volker Hauff: Nachhaltigkeit und „Great Transition“. 171
Kommentar zu Paul Raskin
Institut für sozial-ökologische Forschung, 2003

Volker Hauff: Zukunftsverträgliche Mobilität? 177
Mehr Fragen als Antworten
Evangelische Akademie Tutzing, 2003

Margot Käßmann: Nachhaltige Entwicklung zwischen Staat, 185
bürgerlicher Selbsthilfe und Eigenverantwortlichkeit
Evangelische Akademie Loccum, 2002

Heinz Putzhammer: Nachhaltigkeit: Gefährdung von 193
Arbeitsplätzen oder Ziel der Gewerkschaften?
Freie Universität Berlin, 2001

Geleitwort

**Dr. Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes
und Vorsitzender des Staatssekretärsausschusses für Nachhaltige
Entwicklung**

Der Verantwortung für künftige Generationen gerecht zu werden, ohne die Bedürfnisse der heutigen Generation zu vernachlässigen: Das ist die zentrale Herausforderung für Politik und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Phantasie und Kreativität sind gefragt, wenn es darum geht, neue Wege zu finden, um dieses Ziel zu erreichen.

Im April 2001 hat der von Bundeskanzler Gerhard Schröder berufene Rat für Nachhaltige Entwicklung seine Arbeit aufgenommen. Nach dem Willen der Bundesregierung soll er mit innovativen Vorschlägen konkrete Beiträge zur nationalen Strategie für eine nachhaltige Entwicklung leisten, die Bundesregierung im Prozess der Nachhaltigkeit beraten und ein Forum für die vielen Aktivitäten und Ideen sein, die es in der Gesellschaft in Sachen Nachhaltigkeit gibt. Diesem Anspruch ist der Rat in den ersten zwei Jahren seines Bestehens in hervorragender Weise gerecht geworden. Die vorliegende Sammlung von Vorträgen aus dieser Zeit vermittelt einen Eindruck von dem großen öffentlichen Engagement der Mitglieder des Rates sowie dem breiten Spektrum von Themen, dem sich der Rat bis heute gewidmet hat.

In der Nachhaltigkeitsidee liegt ein immenses Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, das es zu erschließen gilt. Auch in dieser Legislaturperiode bleibt daher das Thema Nachhaltigkeit ein zentrales politisches Projekt. Dabei setzt die Bundesregierung weiterhin auf die Beiträge des Rates, von dessen erfolgreicher Arbeit sie auch in Zukunft wichtige Impulse für unser Land erwartet.

Positionen

Nachhaltigkeit – der nächste Schritt

**Eröffnungsrede von Dr. Volker Hauff zur Jahreskonferenz
des Rates für Nachhaltige Entwicklung**

Staatsratsgebäude Berlin-Mitte, 13. Mai 2002

„Nachhaltigkeit: Der nächste Schritt. 10 Jahre nach Rio und 100 Tage vor Johannesburg“: Der Titel unseres Kongresses ist ein Motto und ein Aufruf. – Wo stehen wir in der Nachhaltigkeitspolitik zehn Jahre nach Rio und kurz vor dem Weltgipfel in Johannesburg?

Die weltweite Bilanz ist kritisch. Der Gipfel von Rio 1992 hat mehr versprochen als in den letzten zehn Jahren gehalten wurde. Da gibt es nichts zu beschönigen. Es ist nicht gelungen, den Megatrend Globalisierung mit dem politischen Gestaltungsansatz der Nachhaltigkeit zu verbinden. Die Globalisierung, mit all ihren schillernden Erscheinungen, hat einen Siegeszug angetreten. Die Nachhaltigkeitspolitik ist über erste Ansätze nicht hinausgekommen. Aber dennoch, die Gesamtbilanz hat auch positive Seiten. Wer die Nachhaltigkeitspolitik schon lange gestaltet und begleitet, der kann auch stolz sein:

Die zehn Jahre nach Rio haben de facto wichtige Elemente einer neuen Nachhaltigkeitspolitik in der internationalen Politik etabliert. Im nationalen Bereich gab es kein anderes Thema, das von so vielen Menschen mit so verschiedenen Aktivitäten aufgegriffen wurde. Die Initiativen aus der Wissenschaft und Wirtschaft, von gesellschaftlichen Gruppen, der Politik, bis hin zu den mehreren Tausend lokalen Aktivitäten vor Ort waren richtig und gut. Sie sollten auch in Zukunft Mut zu weiteren Schritten machen.

Ich hoffe, dass der Johannesburger Gipfel genutzt wird, um die politischen Grundlagen von Nachhaltigkeit und Globalisierung anzusprechen. So wichtig die Umweltpolitik und die Entwicklungszusammenarbeit sind, was wir heute mehr denn je brauchen, ist der politische Wille der Regierungschefs, die Nachhaltigkeit als Gestaltungschance zu

begreifen. Die Weltwirtschaft ist unser Schicksal – das sagte Walter Rathenau vor fast hundert Jahren. Heute wissen wir: Die Weltwirtschaft muss gestaltet werden. Eine mit den Maßstäben der Nachhaltigkeit gestaltete Wirtschaft wäre dann keine schicksalhafte Verstrickung mehr, sondern ein positiver Bezugspunkt für Zukunft.

Viele kritisieren, dass der Begriff Nachhaltigkeit ein Plastikwort sei. Er werde durch beliebigen Gebrauch in Politik und Wirtschaft aufgeweicht. Ich teile diese Kritik nicht. Im Gegenteil, ich meine, der Begriff wird noch viel zu wenig genutzt. Seine aktuelle politische Karriere ist – so hoffe und erwarte ich – erst der Anfang. Entscheidend ist, dass der Begriff ein Problembewusstsein über den Umgang mit der Natur, den sozialen Zusammenhalt und die Verantwortung für zukünftige Generationen schafft. Im Kern ist Nachhaltigkeit doch etwas ganz Einfaches und Naheliegendes: Intakte Familien, Nachbarschaften oder Lebensgemeinschaften entwickeln Regeln und Werte, die von Rücksicht und Respekt

Faktisch ist der Gedanke Nachhaltigkeit bei der Mehrheit der politischen und wirtschaftlichen Elite noch nicht angekommen.

voneinander und vor den gemeinsamen Lebensgrundlagen geprägt sind. Jedoch: Faktisch ist der Gedanke Nachhaltigkeit bei der Mehrheit der politischen und wirtschaftlichen Elite noch nicht angekommen, weder im Norden noch im Süden. Sie orientiert

sich noch viel zu wenig an den Regeln und Werten der Nachhaltigkeit. Das ist leider die Wahrheit.

Die Idee der Nachhaltigkeit muss jetzt endlich in unsere großen Debatten um Globalisierung, Bioethik, Innovation, den Wandel der Informationsgesellschaft, die Zukunft der Arbeit und die demografische Entwicklung eingehen. Darauf zielen die Themen der Foren des heutigen Tages ab.

Das Motto des Veranstaltungstitels ist „der nächste Schritt“. Hier und heute fragen wir alle Akteure nach ihrem nächsten Schritt. Was wollen sie tun, um den nächsten Schritt zur Nachhaltigkeit zu gehen? Entscheidend ist für uns nicht die Schrittlänge oder Schrittgeschwindigkeit; auch nicht, ob die Akteure – um im Bild zu bleiben - springen oder trippeln. Entscheidend ist alleine die Erkennbarkeit der Richtung des Schrittes.

Wichtig ist aber auch, dass die Richtung überprüfbar und transparent gemacht wird.

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist eine wichtige Wegmarke. Sie lässt richtigerweise keinen Zweifel daran, dass unsere Produktions- und Lebensweise in Deutschland noch lange nicht umweltgerecht und zukunftsfähig ist. Sie ist eine Steilvorlage für die zukünftige Umwelt- und Energiepolitik. Die Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie stellen die Innovationsfähigkeit Deutschlands vor eine deutliche Bewährungsprobe. Wir freuen uns, dass die Bundesregierung unserer Empfehlung gefolgt ist, sich auf quantifizierte Zielangaben einzulassen, die internationale Verantwortung hervorzuheben und eine regelmäßige Berichterstattung über die Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland zu etablieren. Aus Sicht des Rates gibt es natürlich auch Kritikpunkte und offen gebliebene Themen.

Aber an dieser Stelle ist mir heute der Hinweis wichtig, dass auch auf der Ebene der Bundespolitik jetzt der nächste Schritt folgen muss. Er sollte aus meiner Sicht in einem Regierungsprogramm zur Umsetzung und politischen Ausgestaltung bestehen. Da wir nicht an den allmächtigen Staat glauben, geht unsere Aufforderung aber noch weiter: Ich wünsche mir, dass die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes auch vor Ort in den Bürger- und Agendagruppen und vor allem in der Wirtschaft neue, weitergehende Schritte auslöst.

Der Johannesburger Gipfel bietet hierzu eine gute Gelegenheit. In Johannesburg sind nicht nur die Regierungen gefragt, Ergebnisse vorzubringen. Explizit wird der Gipfel auch Partnerschaften, Kooperationen und Vereinbarungen von Nicht-Regierungs-Organisationen enthalten. Ich rufe dazu auf, dass auch von deutscher Seite hiervon erkennbar Gebrauch gemacht wird. Bisher ist noch kaum etwas davon zu sehen. Vor allem die deutsche Wirtschaft ist hier gefragt.

Der Nachhaltigkeitsrat hat sich vorgenommen, aus dem spröden Begriff Nachhaltigkeit etwas sehr Persönliches zu machen. Nicht allein von Energieeffizienz-Quotienten, Biosiegeln und *modal split* soll die Rede sein, sondern das Reden über Nachhaltigkeit soll auch Wünsche, Gedanken, Träume, Fragen und Ängste umfassen dürfen. Wenn wir an den Begriff Nachhaltigkeit denken, dann soll uns nicht mehr automatisch das

Bild eines sterilen Seminarraumes einfallen, sondern Nachhaltigkeit soll mit Bildern von Kreativität, Aufbruch und Kommunikation assoziiert werden. Mit den Worten unserer Ratskollegin und Landesbischöfin Margot Käßmann: Begeisterte Nachhaltigkeit und nachhaltige Begeisterung. Das steht jetzt auf der Agenda.

Über 200 Jugendliche haben in sechs Schreibwerkstätten ihre Visionen zur Nachhaltigkeit zu Papier gebracht. Das Ergebnis sehen Sie im Foyer. Ich freue mich, dass es gelungen ist, die besten Autoren hier nach Berlin einzuladen. Herzlich willkommen.

Einer Anregung von unserem Ratskollegen Claus Hipp und Frau von Habsburg verdanken wir die Installation „Das Goldene Vlies“ von fünf

**Wir brauchen Kreativität,
Aufbruch und Kommunikation.
Das soll mit Nachhaltigkeit
assoziiert werden.**

Kunststudenten aus Georgien. Das Goldene Vlies ist einer der Urmythen zur Nachhaltigkeit. Die Berliner Theatergruppe Zentrifuge präsentiert uns literarische Suchbilder zur Nachhaltigkeit aus 2000 Jahren Literaturgeschichte.

Beim abendlichen Empfang wird das Trio Inner Life musikalisch das Motto unterstreichen: „Nachhaltigkeit klingt gut“.

Begeisterte Nachhaltigkeit oder nachhaltig begeistert?

Beitrag von Dr. Margot Käßmann für eine Sonderbeilage der
Zeitschrift „Politische Ökologie“, April 2002

Was halten Sie von Nachhaltigkeit? Umfrageergebnisse drücken oft ein Verständnis für ökologische Anliegen aus: Wasser sparen, Ressourcenknappheit, Luftverschmutzung. Und ganz gewiss kommt auch ein wenig schlechtes Gewissen zum Tragen: „Eigentlich müssten wir...“

Die Diskussion um Nachhaltigkeit findet aber nicht auf der Straße, sondern auf Foren, in Akademien, Agenda-Prozessen und durch Strategiepapiere statt. Hier herrscht große Sachlichkeit – eine Expertise für Zahlen und Indikatoren. Begeisterung und Motivation scheinen in der Nachhaltigkeitsdiskussion nahezu wie Gegensätze. Gleichzeitig wissen wir, dass jede Sachdiskussion, die ohne emotionales Engagement geführt wird, nur ein geringes Umsetzungspotenzial in sich trägt. Die Shell-Jugendstudie zeigt, dass sich nur engagiert, wer dabei auch Spaß im positiven Sinne hat.

Erst jetzt, mit zehn Jahren Verspätung, haben sich die Nachhaltigkeits- und Kulturpolitik gegenseitig entdeckt. Ansätze gab es schon in den Rio-Dokumenten, ernsthaft aufgegriffen wurden diese in Deutschland jedoch kaum – ein zentraler Grund für die gegenwärtige unbefriedigende Situation. Die Nachhaltigkeitsdebatte steckt in der Expertenfalle. Die Kulturpolitik nahm lange Zeit die Herausforderungen der Umwelt- und Entwicklungspolitik und der Globalisierung nur zögernd auf.

Wir sind nur wir selbst, wenn wir wissen, woher wir kommen – Archäologen und Religionswissenschaftlern blieb es vorbehalten, nach einem Kernstück der Nachhaltigkeit zu fragen, freilich ohne dies so zu nennen: nach dem „kulturellen Gedächtnis“ der Menschheit. Wissenschaftler wie Prof. Jan Assmann untersuchen, wie Wissen und kulturelle Normen über Generationen hinweg weitergetragen werden. Tradition und Kommunikation sind unzertrennlich. Riten, Bilder und Texte haben

dazu beigetragen, Ideen zu „versinnlichen“ und ihnen Geist zu geben. Nachhaltigkeit braucht eine kulturelle Dimension. Hier ist bisher zu wenig passiert. Nachhaltigkeit hat noch keine gültigen Bilder, hat noch kein Bewusstsein entstehen lassen, das an Historie anknüpft und Begeisterung ermöglicht. Im Gegenteil, es gibt im Nachhaltigkeitsdiskurs selbst große Hemmnisse. Denn die oft wiederholte Forderung nach intergenerativer Gerechtigkeit steht in eigenartigem Kontrast zu der historischen Selbstvergessenheit, mit der sie vorgetragen wird. Ist Generationengerechtigkeit wirklich etwas so Neues, ist unser heutiges Leben selbst nicht vielmehr Resultat dessen, was in früheren Zeiten gedacht und gefordert wurde?

„Wer im Handgemenge mit der Welt liegt, will nicht erlöst werden – er hat zu tun“ sagt der Medienphilosoph Norbert Bolz. Können wir das auf die Nachhaltigkeitsdebatte übertragen? Viele halten die Sinnfrage in der modernen Gesellschaft für überholt. Die Einrichtung im Gegenwärtigen wird zum Narzissmus der Gegenwart, wenn Vergangenheit ebenso verdrängt wird wie die Frage nach dem „Woher“, „Wodurch“ und „Warum“.

Aber es gibt auch neue Tendenzen. Die Trendforscherin Felizitas Romeiß-Stracke hat erklärt, es gebe eine zweite Phase der Freizeitgesellschaft. Sie prognostiziert einen „Abschied von der Spaßgesellschaft“, bei dem das private Glück als Maßstab aller Dinge durch eine Renaissance von Tiefe, Werten und Sinn abgelöst werde. Glaube und Spiritualität spielten dabei eine zentrale Rolle.

Heute fragen Menschen neu nach dem Sinn von Lebensläufen, von Lebenskunst, nach Religiosität und der Bedeutung von Gemeinschaft. Wissen, geschöpft aus den grundlegend neuen Einsichten der Forschung wird zum Kronschatz moderner Gesellschaften. Zur naturwissenschaftlichen Bildung und dem gesellschaftlichen Verstehen müssen Glaube und Kraft zur Hoffnung hinzutreten, damit Visionen entwickelt werden, die über das Vorfindliche und Machbare hinaus gehen. Das ist auch mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung vonnöten.

Faktenwissen in Bereichen wie Ökologie und Technik ist von zentraler Bedeutung, ebenso wie das Erlernen von Verhaltensprinzipien. Aber nur ein geringer Teil dieser Bildung wird durch schulisches Lernen abgedeckt, der überwiegende Teil der Lern- und Lebenserfahrung wird außerhalb der formellen Bildung gemacht. Hier muss die Nachhaltigkeitsdiskussion neu ansetzen, um verstehendes Lernen, lernendes Verständnis und das Erkennen sozialer Verantwortung zu vermitteln.

In unserer globalisierten Welt wird das Subjekt eine zunehmende Rolle spielen. Nein, das ist kein Widerspruch. Der Einzelne, seine eigenen Lebenserfahrungen und die Verantwortung gegenüber dem ethischen Urteil sind entscheidend für weltweite

Zukunftsherausforderungen. Deshalb wird sich Nachhaltigkeit um eine Kultur des Authentischen bemühen müssen – eine rein virtuelle Erfahrung kann Lebenserfahrung nicht ersetzen. Das Wahrhaftige und Sinnliche, das Unmittelbare, Echte und Anrührende

Das Wahrhaftige und Sinnliche, das Unmittelbare, Echte und Anrührende wird im Zentrum stehen müssen, um Begeisterung für Nachhaltigkeit zu erzeugen.

wird im Zentrum stehen müssen, um Begeisterung für Nachhaltigkeit zu erzeugen. Erste Anzeichen sind im Theater, in der bildenden Kunst zu erkennen. Nicht der Verzicht, sondern die Gestaltung kultureller Vielfalt, die neue Fülle und nachhaltigen Genuss ermöglicht, steht im Mittelpunkt. Intelligenz, Phantasie und Visionen sind Ressourcen, die sich durch Gebrauch vermehren – Ressourcen die für die Nachhaltigkeitsfrage erschlossen werden müssen.

Es gibt keine nachhaltige Kunst, es gibt keine per se nachhaltige Kultur. Aber es kann ein künstlerisches Schaffen geben, das zum Nachdenken über Nachhaltigkeit anregt. Und viel mehr davon ist vorstellbar. Beuys' Sozialplastik war, wie er meinte, Arbeit an der Gesellschaft. Neue Formen einer „Nachhaltigkeitsplastik“ wären Arbeit an Gesellschaft, Zukunft und dem Planeten. Das stellt auch neue Anforderungen an die Künstler: Geht die Idee der künstlerischen Avantgarde mit dem Erfordernis der Vernetzung zusammen? Kann Kunst weiterhin als „grenzüberschreitend“ gelten? Was wäre das im Blick auf die Nachhaltigkeit? Oder müssen Künstlerinnen und Künstler nicht zukünftig viel eher über Grenzen nachdenken? Grenzen – so verstanden – bedeuten nicht Ver-

zucht oder Einschränkung. Sie sind vielmehr die Grundlage für Vielfalt, Fülle, Kreativität und Wahl. Freiheit ist auch die Freiheit zur Selbstbegrenzung.

Begeisterung und Nachhaltigkeit: das darf kein Gegensatz bleiben, wenn Nachhaltigkeit in der Mitte des Lebens verankert werden soll. Die Klammer, die beides verbindet und Neues schafft, liegt wohl in der kulturellen Dimension der Nachhaltigkeit. Dazu gehören auch die Religionen.

Nachhaltigkeit – Fundament vorsorgender Friedenspolitik

Rede von Prof. Dr. Klaus Töpfer auf der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Staatsratsgebäude Berlin-Mitte, 13. Mai 2002

Nachhaltigkeit als ein Fundament vorsorgender Friedenspolitik? Ist das nicht ein Stück zuviel auf eine Schulter der Nachhaltigkeit gelegt? Was ist damit zu verbinden? Wäre das eine Querverbindung zum World Summit on Sustainable Development Ende August/Anfang September, zehn Jahre nach dem Weltgipfel in Rio de Janeiro? Ein Titel, dem die südafrikanische Regierung „3 P’s“ hinzugefügt hat: „People – Planet – Prosperity“. Das ist eigentlich eine sehr konkrete Übersetzung von Nachhaltigkeit. People für die soziale Komponente, Planet für die ökologische Komponente und Prosperity für die wirtschaftliche Komponente. Mein Chef, Kofi Annan, hat in seiner sehr wichtigen Rede in der London School of Economics gesagt, dieser Gipfel müsse ein „Summit on Responsible Prosperity for all“ werden, von verantwortlichem Wohlstand für alle. Mich hat diese Bezeichnung sehr gefreut. Als alter Politiker erinnere ich mich nämlich, dass in Deutschland nur ein einziges Mal eine Partei eine absolute Mehrheit der Bundestagswahl gewann. Und der Slogan, der damals verwandt wurde, war „Wohlstand für alle“. Es wurde nicht gesagt: „Armut für niemanden“, es wurde gesagt: „Wohlstand für alle“. Und was jetzt hier hinzu kommt, ist dieses Verantwortliche. Und ich glaube, dieses Verantwortliche ist deswegen sinnvoll herauszuarbeiten, weil es die zwei Teilbereiche, die diesen Gipfel prägen müssen, deutlich macht. Zum einen ist es die Frage, ob der Wohlstand in den Industrieländern, in den sogenannten entwickelten Ländern, verantwortlich ist. Zum zweiten die Frage nach der Verantwortbarkeit der Armut in der Welt – nicht nur in den Entwicklungsländern. Ich glaube, auf beiden Seiten muss man diese Aufgabe sehr ernst nehmen.

Ich beginne bewusst mit der Seite der Industrieländer; als Mitglied eines Rates für Nachhaltigkeit in einem der wichtigsten Industrieländer

dieser Welt ist das auch sinnvoll. Zunächst müssen wir uns fragen, ob unsere gesellschaftliche Realität nachhaltig ist. Darüber hinaus: ist nachhaltig, was sich in Europa ereignet? Und dann die zweite Frage nach Rückwirkungen auf die Armut in anderen Bereichen und auf die Nachhaltigkeit im globalen Maßstab.

Meine These ist, dass wir von einer Nachhaltigkeit Deutschlands oder Nachhaltigkeit Europas noch ein gutes Stück entfernt sind. Das heißt nicht, jetzt zu kritisieren und nur schlicht und einfach Schwarzmalerei zu betreiben, sondern ganz nüchtern zu analysieren. Nur, wer richtig analysiert, kann die Instrumente entsprechend ausrichten.

Es ist unstrittig, dass von den drei Bereichen des einzusetzenden Kapitals der wirtschaftliche Erfolg nicht voll berücksichtigt wird. Wir müssen berücksichtigen, dass wir für wirtschaftliche Tätigkeit Finanzkapital brauchen, Humankapital und Umweltkapital. Und deswegen werde ich nicht müde, auf die Frage hinzuweisen, ob wir jeweils in die drei Kapitalbereiche reinvestieren, was wir genutzt haben? Investieren wir genug in das Finanzkapital, um die Möglichkeiten zur Reinvestition zu bekommen und wirtschaftliche Entwicklungsprozesse voranzutreiben? Haben wir einen *return on investment*?

Zweitens, investieren wir genug in ein Humankapital, das unumgänglich notwendig ist und weitergeführt werden muss? Und drittens, investieren wir genug in das Naturkapital?

Ich komme aktuell aus Schanghai, wo die Development Bank tagt. Dort wurde natürlich in besonderer Weise über die Wachstumsdynamik Chinas gesprochen. Eine der Begründungen für das hohe Wachstum dieses Landes wird darin gesehen, dass China eine Sparquote zwischen 30 und 40 % hat. Unsere Sparquote in Deutschland liegt gut über 10 %, in Amerika liegt sie möglicherweise im Minus.

Bei der Veranstaltung war auch ein sehr angesehener Wirtschaftswissenschaftler aus Cambridge, Prof. Dasgupta, außerordentlich anerkannt in den Bereichen Umwelt- und Entwicklungsökonomie. Prof. Dasgupta hat auf Untersuchungen in China hingewiesen, bei denen festgestellt wurde, dass die Sparquote in China unter 10 % liegt, wenn die Finanzierung des Naturkapitals eingerechnet wird. Das heißt, dass man

einen Kapitalbereich nicht voll reinvestiv bedient und damit natürlich eine Zeitlang vorankommen kann. Genauso kann man eine Weile gut überstehen, ohne in Humankapital zu reinvestieren, oder auf Abschreibung verzichten und von der Finanzkapitalsubstanz leben. Aber es ist ganz deutlich zu verfolgen, dass dies zeitlich begrenzt ist.

Wir haben das an vielen Stellen sehr deutlich gesehen: Die Aufnahmefähigkeit der Natur für die verschiedenen Emissionen des Menschen – die gasförmigen, die festen, die flüssigen Abfallstoffe – ist bekannt, Erschöpfungserscheinungen der Natur sind vorhanden, und der Wachstumsprozess ist in Frage gestellt.

Das Naturkapital wird zum Engpassfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung.

Meine Feststellung ist, dass zunehmend das Naturkapital zum *bottleneck*, zum Engpassfaktor weiterer wirtschaftlicher Entwicklung wird. Darüber zu reden, wie wir wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig machen, ist nicht ein emotionaler Hang derer, die im Wohlstand alles erreicht haben. Von Nachhaltigkeit muss gerade auch der sprechen, der weitere tragfähige ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten schaffen will.

Ein Bereich, der uns in Johannesburg sehr beschäftigen muss, ist die Frage der Urbanisierung in der Welt. Wir sind jetzt zum ersten Mal in der Situation, dass in der Welt mehr als 50 % der Menschen in Städten wohnen. Und Sie können eine ganz enge Korrelation herstellen zwischen der ökonomischen Wachstumsfähigkeit eines Landes und der Leistungsfähigkeit der Städte. Das Bruttosozialprodukt Thailands wird zu über 40 % in Bangkok erwirtschaftet. Wenn eine städtische Entwicklung nicht nachhaltig ist, wenn sie sich verstopft an den verschiedenen Abwässern, Abfällen, an der Luftbelastung, dann verstopfen Sie genau den Schritt zu einer nachhaltigen Entwicklung, den Sie dringlich brauchen. Nachhaltigkeit ist kein Luxus, ist nicht emotional und nicht nostalgisch, sondern schlicht und einfach angewandte Ökonomie. Und darauf, glaube ich, muss man zusätzlich hinweisen. Dies ist nur eine Seite, aber es gibt unendlich viele gute Gründe, Nachhaltigkeit auch von der Ökonomie getrennt zu betrachten, als ein Ziel in sich selbst; und das sollte nicht übersehen werden. Das, was in den Industrieländern gegenwärtig Wohlstand

mit definiert, ist eine das Naturkapital nicht hinreichend refinanzierende Größe. Die Nicht-Refinanzierung des Naturkapitals bringt für die Entwicklungsländer Belastungen mit sich. Und deswegen muss man fragen, wie wir die Armutsbekämpfung umsetzen wollen. Ich glaube, es ist eine gute Sache, dass wir in der Vorbereitung auf Johannesburg einen *Global Deal*, ein globales Handeln fordern, im übrigen hat dies auch die Europäische Union beim Göteborg-Gipfel angemahnt. Ich sage immer dazu, dass mir der Begriff des *Global Deal* nicht allzu viel Freude macht, wenn man sich überlegt, dass man dann in Deutschland ein „Dealer“ ist. Das sind solche Querverbindungen, die vielleicht ein bisschen zu stark wiederum die allein ökonomisierende Größe mit betrachten. Aber ein „*Global Deal*“ hat vieles für sich, nämlich allein schon, dass man sich auch darüber Gedanken macht, was die einzelnen in diesen Deal einzubringen haben – ist es eine Wohltätigkeitsveranstaltung oder eine Veranstaltung zum beiderseitigen Interesse? Ich bin immer der Meinung, dass eine wirkliche Veränderung, eine Entwicklung nur ausgelöst werden kann, wenn sie im beiderseitigen Interesse erfolgt. Wenn dies als Almosen betrachtet wird, bekommen wir Schwierigkeiten. Von meiner Mutter habe ich den schönen Satz gelernt, dass Geben seliger ist als Nehmen, und man berücksichtigen muss, dass damit psychologische Komponenten verbunden sind.

Ich bin bis zum heutigen Tag davon überzeugt, dass das wichtigste Gesetz, das ich in Deutschland mitverantwortet habe, das Kreislaufwirtschaftsgesetz ist und dass es dringlich weiterentwickelt werden muss. Wir brauchen Produzentenhaftung und in der Frage nach Haftungssystemen haben wir Handlungsbedarf. In Deutschland gibt es ein Umwelthaftungsrecht. Können wir für Johannesburg erste Schritte für eine Rahmenkonvention zu *liability*, zur Haftung voranbringen? Ein unglaublich schwieriges, ein unglaublich wichtiges Thema, aber für mich deswegen so interessant, weil Haftung eines der wirklich unstrittig ökonomischen Instrumente ist. Wir sprechen immer über ökonomische Instrumente, marktwirtschaftliche Instrumente, denken an Preise, denken an Steuern. Eines, was mir in der ganzen Diskussion zu kurz kommt, ist die Frage der Haftung.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Diskussion in den USA und in Deutschland um die unterschiedlichen Strukturen für die Anlagenge-

Genehmigung schlicht und einfach in unterschiedlichen Konzepten für die Haftung begründet war. Wenn eine Genehmigung ausgesprochen und die damit verbundenen möglichen Risiken sozialisiert werden, dann muss ein ganz anderes, härteres Genehmigungsverfahren eingeführt werden, als würden die damit verbundenen Risiken weiter privatisiert und damit über Haftung abgesichert werden müssen. Damit wird die Haftungspolice zum Marktpreis für eingegangene Risiken.

Unsere Subventionen entziehen den Entwicklungsländern ihren Anteil an der Wertschöpfungskette.

Für eine Ökologisierung der Volkswirtschaft ist dies unglaublich spannend; nicht leicht, aber notwendig. Dann können wir wirklich sagen, dass es nicht so eine Veränderung zwischen der Sozialisierung und der Privatisierung von Risiken, von eingegangenen Risiken geben kann. Ich glaube, dass wir ein internationales Haftungsrecht in besonderer Weise auch brauchen, weil eine Globalisierung der Wirtschaft ohne eine solche Zuordnung von Verantwortung außerordentlich schwierig zu begründen sein wird. Das setzt sich fort in den Bereichen, in denen wir unsere Probleme auch in Wohlstands- und Handelsbereiche exportieren. Überall dort, wo wir Subventionen gewähren, tun wir nichts anderes, als dass wir bei uns die Wertschöpfung behalten, die andere Länder eigentlich dringend brauchen. Es muss erreicht werden, dass wir die Wertschöpfungsketten in die Entwicklungsländer verlegen. Ich halte das für ungleich viel wichtiger, als darüber nachzudenken, wo wir welchen Export boykottieren können, was eigentlich nur die erste Wertschöpfungskette darstellt. [...] Ich war einmal in grauer Vorzeit Lehrstuhlinhaber für Landesplanung und Raumordnung an der Universität Hannover. Und wir haben damals in der deutschen Regionalpolitik gesagt, es müsse entschieden werden zwischen den Konzepten „job to people“ oder „people to jobs“. Die Regionalpolitik war immer der Meinung, wir müssen die Arbeitsplätze in den ländlichen Raum bringen, damit nicht die Menschen aus dem ländlichen Raum in die Städte kommen, also „job to people“. Sind wir wirklich bereit, das international auch gelten zu lassen? Bringt das nicht eine völlig andere Dimension in Einwanderungsdiskussionen? Bei uns werden wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass Wertschöpfungen zurückverlagert werden müssen.

Und wenn die Welthandelsrunde einen Sinn haben kann als Entwicklungsrunde, dann nur, wenn uns ein Stück gelingt, Wertschöpfungsketten zurückzuverlagern. Hier ist einiges einzubringen, mehr als nur die so wichtige Frage, wie wir es mit der sogenannten Entwicklungshilfe halten, deren Begriff natürlich falsch ist.

Die Frage nach der Investition für Sicherheit, die wir dringlich brauchen, ist glücklicherweise durch die Konferenz „Finance for Development“ 2002 in Monterrey, Mexiko, einen guten Schritt nach vorn gekommen. Auch das Treffen der World Trade Organisation in Doha war ein guter Vorbereitungsschritt. Ich glaube, ein sehr engagiertes Handeln der Europäischen Union ist eine sehr gute Vorbereitung für Johannesburg. Wichtig ist, dass wir das Verhältnis zwischen der WTO und den UN-Konventionen zu Umwelt und Entwicklung zu erörtern haben. Wir wissen, dass da große Risiken und große Konflikte schlummern. Es ist gut, dass Umweltstandards wie das Ökolabeling jetzt auch im Rahmen der WTO mit verhandelt werden. Es steht außer Frage, dass wir mehr für die umweltbezogene Bewertung von Handelsmaßnahmen machen müssen. Und ich freue mich natürlich, dass die von mir geleitete Organisation *expressis verbis* genau diese Aufgaben zu übernehmen hat.

Was ist auf der anderen Seite? Ich glaube, die Entwicklungsländer bringen außerordentlich viel ein. Und ich möchte auf drei Dinge aufmerksam machen, die bisher vielleicht etwas zu knapp gekommen sind.

Auf der einen Seite bringen die Entwicklungsländer in hohem Maße Humankapital ein. Sie sind in der Regel Länder mit sehr vielen jungen Menschen, mit hochmotivierten, hochqualifizierten oder qualifizierungswilligen Menschen. Mit diesem Humankapital kalkulieren indessen schon andere Länder. Es wird ausgerechnet, dass wir in Deutschland 200.000 Zuwanderer pro Jahr brauchen, um uns zu stabilisieren und unsere Sozialversicherungssysteme zu erhalten. Was die Beurteilung dieser Dinge in Deutschland angeht, mag ich nicht weitergehen, ich möchte nämlich in diesem Bereich nicht dilettieren, dafür ist man in Nairobi zu weit entfernt. Aber dass wir alle unsere Aufmerksamkeit sehr viel stärker auf den Bereich des Humankapitals in dieser Welt ausrichten müssen, ist für mich unstrittig. Der Wegzug von Experten aus Afrika bedeutet einen großen Abfluss von Humankapital aus diesem Kontinent. Und er bedeu-

tet ökonomische Verluste von etwa einem Drittel der gesamten Entwicklungshilfeausgaben der entwickelten Länder.

Zweiter Bereich: Umweltkapital. Glücklicherweise wurden vor wenigen Tagen bei der Konferenz der Konvention über Artenschutz die Bonner Guidelines, wie sie so schön heißen, verabschiedet. Die Überschrift, entschuldigen Sie, wenn ich es in Englisch sage, ist „The Bonn Guidelines on Access to Genetic Resources and Benefit-sharing“. Artenvielfalt herrscht vor allem in den Entwicklungsländern. Und dieser Artenreichtum wird in dem Jahrhundert, das jetzt begonnen hat, dem Jahrhundert der Biologie, das Thema schlechthin sein. Es gibt eine ganz klare Korrelation zwischen Armut und Artenvielfalt. Bisher ist Artenvielfalt ein globales öffentliches Gut. Das heißt, dass die Länder und Menschen, die dafür verantwortlich sind, keinerlei Vorteil davon haben. Wir haben in der Welthandelsorganisation zwar eine Regelung zu den geistigen Eigentumsrechten, wir haben aber keine Regelung zu den Umwelteigentumsrechten. Dies auch im Zusammenhang mit dem, was wir als *indigenous knowledge*, also als Kenntnisse der indigenen Völker ansehen. Ich bin froh, dass wir hier einen Schritt weiter sind. Dieses Thema wird in Johannesburg eine große Rolle spielen.

Und schließlich: die Frage der kulturellen Vielfalt. Ich bin jetzt seit vielen Jahren unterwegs und vertrete die Meinung, dass wir eine Globalisierung nur stabil ermöglichen können, wenn sie mit einer kulturellen Identität und Vielfalt verbunden wird. Das haben wir aus der Natur immer wieder gelernt. Dort, wo Monostrukturen entstehen, entsteht Instabilität. Diese Identität, dieses Bekenntnis zur Vielfalt auch und gerade im kulturellen Bereich ist die Basis für Toleranz und nicht die Basis für die Abschottung nach außen. Wir brauchen diese Verbindung von Globalisierung und regionaler Identität unumgänglich. Und dies muss ein Thema in Johannesburg sein. An der Vielfalt einer Stadt können Sie oftmals die Stabilität einer Stadt ablesen – genau so werden Sie an der Vielfalt von spirituellen Werten, an der Vielfalt von Sprache, an der Vielfalt von Architektur, von kulturellen Zügen aller Art die Stabilität einer Gesellschaft auch in der Öffnung zu anderen hin ablesen können.

In einem *Global Deal* muss natürlich auch die Frage des *good government*, die Frage, wie wir gegen Korruption vorgehen und gegen Regie-

rungsstrukturen, die das Vertrauen der Menschen nicht mehr rechtfertigen und dadurch auch Privatinvestitionen erschweren. Aber auch hier zitiere ich – zum letzten Mal – meine Mutter. Sie hat drauf hingewiesen, wenn man mit einem Finger auf andere zeigt, soll man daran denken, dass drei Finger auf einen selbst zurückweisen. Also bevor wir dort als Grundbedingung für anderes Handeln moralische Höchstwerte einfordern, sollte man nicht vergessen, dass dort, wo betrogen wird und wo

Wenn man mit einem Finger auf andere zeigt, sollte man daran denken, dass drei Finger auf einen selbst zurückweisen.

Bestechung herrscht, einer ist, der bestochen wird und einer der besticht. Das heißt überhaupt nicht, dass ich Bestechung gut heiße, um Gottes willen, aber wir brauchen Partner in einer globalen Welt. Und ich hoffe, dass deswegen dieser Gipfel ein Gipfel der Partnerschaft

wird, der Partnerschaft von Staaten, der Partnerschaft mit der Wirtschaft, Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft, mit der Wissenschaft, mit denen, die in der Kultur ihre Beiträge leisten. So haben wir es in den Vereinten Nationen auch verstanden, als uns und in besonderer Weise natürlich Kofi Annan die Ehre zuteil wurde, den Friedensnobelpreis überreicht zu bekommen. Nachhaltige Entwicklung ist ein entscheidender Beitrag zu einer vorsorgenden Friedenspolitik. Ich danke Ihnen herzlich.

Bilanz von Rio

Rede von Jochen Flasbarth zur Panel Discussion des Weltbankforums: "Partnerships on their way to Johannesburg"

Haus der Wirtschaft Berlin, 22. Mai 2002

Die weltweite Bilanz zehn Jahre nach dem Erdgipfel für Umwelt und Entwicklung ist kritisch. Der Gipfel von Rio 1992 hat mehr versprochen als in den letzten zehn Jahren gehalten wurde. Die in Rio erwartete „Friedensdividende“ ist nicht gekommen. Der Rio-Ansatz war zwar richtig, aber es fehlt die Implementierung.

- Es ist nicht gelungen, den Megatrend Globalisierung mit dem politischen Gestaltungsansatz der Nachhaltigkeit zu verbinden. Die Nachhaltigkeitspolitik ist im globalen Maßstab über erste Ansätze nicht hinausgekommen: Klimapolitik, Biodiversität, Wüstenbekämpfung – lange hat es gebraucht bis die UN-Konventionen in Kraft treten konnten.
- Selbst das „Flaggschiff“ Klimapolitik zeigt, dass der Prozess langsam, detailbeladen und wenig transparent ist.
- WTO-Doha hat – nun endlich – den Gedankengang aufgegriffen, dass Welthandel nicht ohne Umweltkriterien gestaltet werden kann. Zugleich macht das aber auch das gravierende Problem auf Seiten der Umweltschützer deutlich. Die fachliche und personelle Verhandlungskapazität fehlt. Alle schauen auf UNEP. Aber UNEP in seiner heutigen Verfassung kann das nicht schaffen. Verbesserungen der institutionellen Standards in der UN-Umweltpolitik sind erforderlich.

Es fehlt aber noch mehr als nur die Implementierung von eigentlich guten Ansätzen. 1992 bis 2002 ist eine lange Zeit. Die Welt hat sich verändert. Neue Trends und eine neue Entwicklungsdynamik sind aufgetreten. Die zunehmende Globalisierung nimmt Züge an, die einer nachhaltigen Entwicklung zuwider laufen:

- Beschleunigung und Vergrößerung von Finanztransfer.
- Eigendynamik der Finanztransfers entzieht sich traditioneller finanz-

politischer Kontrolle (*off-shore-* und *hedge-funds*).

- Zunehmende Tendenz, dass Finanzströme von den materiellen Warenströmen und Werten entkoppelt werden.
- Globalisierung auch als kulturelles Phänomen: Ziel ist die Globalisierung in Vielfalt und aus dem Bewusstsein der eigenen Identität; als politischer Wertekanon.
- Der globale Steuersenkungswettbewerb der Industrieländer ist das falsche Signal. Umgekehrt gibt auch das Wettrennen der nationalen Agrar-Schutzzölle das falsche Signal.
- „Entwicklungshilfe“ wird faktisch immer noch vorwiegend als Almosen verstanden, entgegen häufigem Beteuern, und eben leider doch nicht als Investition für eine globale Friedenspolitik.
- Die UN-Konferenz Finanzen für Entwicklung (Monterrey, März 2002), hat erstmals wieder eine Steigerung dieser Zukunftsinvestitionen beschlossen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, 0,33 % des BIP bis 2006 für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Das ist ein Zeugnis guten Willens – es ist sicherlich noch kein substanzieller Beitrag zur Lösung der Weltprobleme und entspricht nicht den internationalen Vereinbarungen, 0,7 % des BIP in Entwicklungshilfe zu investieren.

Natürlich haben private Unternehmen und ihre Investitionen eine für viele Entwicklungsländer entscheidende Größenordnung neben den staatlichen Entwicklungsgeldern angenommen. Aber die privaten Direktinvestitionen fließen vorwiegend in wenige attraktive, große Entwicklungsländer – während zum Beispiel Afrika nur einen Anteil von zwei Prozent daran hat, mit sinkender Tendenz.

Das entwicklungsökonomische Hauptproblem ist aber:

- Die negativen Umwelteffekte werden immer noch aus der Wohlstandskalkulation ausgeklammert.
- Die globalen Gemeinschaftsgüter (*global commons*) sind noch nicht als zu schützende Güter akzeptiert. Gemeint sind z.B. die Atmosphäre und der internationale Luftraum, die Hohe See und internationale Fischgründe, der Wasserkreislauf, Wissen/Bildung (die Abwanderung hoch-

qualifizierter Experten aus den Entwicklungsländern, der so genannte *brain drain*).

- Aktuell ist auch die Frage: Gehören intellektuelle Eigentumsrechte am Genreservoir, zum Beispiel das Arteninventar des Tropenwaldes, zu den *commons*? Und wenn man dies bejahte, was bedeutet das dann für die Nutzungsrechte, den Besitz und Zugang zu diesem Gemeingut?
- Es fehlt ein neuer, übergreifender Politikansatz, um den *global commons* Geltung zu verschaffen. Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen hat hierzu kürzlich einen weiter führenden Vorschlag gemacht. Hier liegen die politischen Gestaltungsaufgaben einer nachhaltigen Globalisierung, die man nicht den liberalisierten Marktkräften überlassen kann.

Der Rat plädiert für die Einrichtung einer UN-Weltkommission Nachhaltigkeit und Globalisierung.

Die Bilanz hat auch hoffnungsvolle Seiten. Die zehn Jahre nach Rio haben de facto wichtige Elemente einer neuen Nachhaltigkeitspolitik international etabliert. Die Initiativen aus der Wissenschaft und Wirtschaft, von gesellschaftlichen Gruppen, der Politik, bis hin zu den mehreren Tausend lokalen Aktivitäten vor Ort waren richtig und gut. Sie sollten auch in Zukunft Mut zu weiteren Schritten machen.

Was erwarten wir von Johannesburg? Der Gipfel muss genutzt werden, um die politischen Grundlagen von Nachhaltigkeit und Globalisierung anzusprechen. So wichtig die Umweltpolitik und die Entwicklungszusammenarbeit sind – was wir heute mehr denn je brauchen, ist der politische Wille der Regierungschefs, die Nachhaltigkeit als Gestaltungschance zu begreifen. [...] Die Weltwirtschaft muss gestaltet werden. Eine mit den Maßstäben der Nachhaltigkeit gestaltete Wirtschaft wäre dann keine schicksalhafte Verstrickung mehr, sondern ein positiver Bezugspunkt für die Zukunft.

Der Rat hat der Bundesregierung empfohlen, sich in Johannesburg für die Einrichtung einer Weltkommission Nachhaltigkeit und Globalisierung einzusetzen. Sie soll die oben genannten politischen Fragen aufgreifen. Zugleich soll sie für eine Kontinuität der Nachhaltigkeitspolitik im Nach-Johannesburg-Prozess sorgen. Diese Botschaft ist angekommen:

Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 16.05.02: „Der freie Verkehr von Waren, Gütern und Dienstleistungen, für den wir alle sind, ist für sich genommen noch kein Wert. Die Freiheit des Marktes – nicht nur im eigenen Land, sondern weltweit – ist eine große Errungenschaft, wenn sie mit der Freiheit der Menschen und einer gemeinsamen Verantwortung für die Entwicklung der einen Welt verbunden wird. Auf diesem Weg sind wir gewiss erst am Anfang. Hilfe von außen können wir dabei ganz gut gebrauchen. Deshalb begrüßt die Bundesregierung den Vorschlag des Nationalen Rates für nachhaltige Entwicklung, weil er nach dem Vorbild der Brundtland-Kommission vorsieht, vor dem Hintergrund der Globalisierung eine Weltkommission der Vereinten Nationen zur Nachhaltigkeit einzusetzen.“

Insgesamt dürfte die Erwartung richtig sein, dass Johannesburg nicht der Ort für die Verabschiedung weiterer völkerrechtlicher Konventionen sein wird. Die Diplomaten sprechen von einem „soft law“-Gipfel, der vor allem auf eine bessere Implementierung der schon eingegangenen Verpflichtungen drängt.

In Johannesburg sind nicht nur die Regierungen gefragt, Ergebnisse vorzubringen. Explizit wird der Gipfel auch Partnerschaften, Kooperationen und Vereinbarungen von Nicht-Regierungs-Organisationen enthalten (*type-two-outcomes*). Davon wird von deutscher Seite noch zuwenig Gebrauch gemacht. Bisher ist noch kaum etwas davon zu sehen. Vor allem die deutsche Wirtschaft ist hier gefragt.

Dies darf jedoch nicht davon ablenken, dass die Regierungen in der Verantwortung stehen, die konkreten Schritte und politischen Maßnahmen zur Umsetzung der Kapitel der Agenda 21 voranzubringen. Der Verweis auf die privaten Initiativen und Partnerschaften kann nur eine Ergänzung verbindlichen Regierungshandelns sein. Vorreiter in Sachen Nachhaltige Entwicklung können als positive Beispiele herausgestellt werden, jedoch gibt es in der Wirtschaft ebenso Mittelmaß und Bremser. Politische Rahmensetzungen sind eine zwingende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Nur durch eine gestaltende Nachhaltigkeitspolitik weltweit kann globale Gerechtigkeit erreicht werden.

Nachhaltigkeitsstrategie und Industriepolitik

Vortrag von Dr. Volker Hauff zur Veranstaltung der Niedersächsischen Landesregierung „Niedersachsen gestalten Zukunft. Nachhaltige Entwicklung: von Rio nach Johannesburg“

Hannover, 3. Juni 2002

Kürzlich kommentierte die Süddeutsche Zeitung: „Ganz schön grün, diese Deutschen. Sie haben einen Rat für Nachhaltige Entwicklung, ein Green Cabinet, eine Nachhaltigkeitsstrategie und einen Kanzler, der sich zu einer Regierungserklärung über nachhaltige Entwicklung hinreißen ließ. Der Respekt davor hält sich aber in Grenzen.“

Das ist ein etwas ernüchternder Kommentar – angesichts der vielfältigen Projekte von Initiativen, Schulen und Unternehmen, der Kommunen und Verbände hier und in den anderen Bundesländern und Kommunen, aber auch in der Wirtschaft, die mit neuen Ideen, viel Spaß und Kreativität den Begriff Nachhaltigkeit mit Leben füllen.

Viele kritisieren, dass der Begriff Nachhaltigkeit ein Plastikwort sei. Er werde durch beliebigen Gebrauch in Politik und Wirtschaft aufgeweicht, sozusagen eine politische Vokabel mit der Leichtigkeit des Vorübergehenden. Auch das Eingangszitat stellt hierauf ab.

In der Tat ist der Begriff „Nachhaltigkeit“ sperrig und nicht auf den ersten Blick verständlich. [...] Lange Jahre war die Nachhaltigkeitspolitik von eher theoretischen und konzeptionellen Diskussionen etwa im Rahmen der Enquête-Kommissionen des Bundestages auf der einen Seite, und andererseits von einer bunten Vielfalt von Projekten und Initiativen geprägt. In ihrer überwiegenden Mehrheit sind diese Projekte immer noch vorwiegend Umweltprojekte oder Projekte im rot/grün-alternativen Nischenmilieu. Für sie ist Nachhaltigkeit oft nur eine Fortsetzung der Umweltpolitik unter einer anderen Überschrift. Ich halte das für unzureichend. Das Strategische an der Nachhaltigkeit, nämlich die politische Verknüpfung von Wirtschaft und Sozialem mit dem Ökologischen, ist noch nicht eingelöst.

Das hat sich kürzlich erstmalig geändert. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die am 17. April 2002 von der Bundesregierung beschlossen worden ist, integriert Perspektiven zur Ökologie mit denen zur Haushalts-, Bildungs- und Familienpolitik, um nur Beispiele zu nennen. Die Strategie lässt keinen Zweifel daran, dass unsere Produktions- und Lebensweise in Deutschland noch lange nicht umweltgerecht und zukunftsfähig ist.

Die Bundesregierung hat im April 2001 zu ihrer Beratung den nationalen Nachhaltigkeitsrat einberufen. Ihm gehören Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an. Sie kommen aus der Wirtschaft, den umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden, den Kirchen, Gewerkschaften, Verbraucherverbänden und der Wissenschaft. Der Nachhaltigkeitsrat

Nachhaltigkeit ist nicht die Fortsetzung der Umweltpolitik mit anderen Mitteln.

berät das Bundeskanzleramt, das die Federführung für den Arbeitsprozess auf Seiten der Bundesregierung hat und dadurch der „Chiefsache Nachhaltigkeit“ politischen Nachdruck verleiht. Die Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrates wurden gehört. Wir haben im Sinne einer grundsätzlichen Wegleitung empfohlen, die Verantwortung Deutschlands für die globale Entwicklung herauszuarbeiten und von einer nationalen Nabelschau der Situation in Deutschland wegzukommen. Wir haben ferner betont, dass die Strategie nicht nur auf programmatischen Aussagen aufbauen, sondern sehr konkrete, quantifizierte Ziele und Indikatoren präsentieren sollte. Die Politik wird mit dieser Vorgehensweise messbar und nachvollziehbar, mit ihren Erfolgen, aber auch mit dem, was nicht gelingt oder nicht in Angriff genommen wird. Dies ist ein modernes Management-Konzept. Wir haben – als einen dritten grundsätzlichen Punkt neben einzelnen sachbezogenen Vorschlägen – empfohlen, mit der Strategie ein Zeichen für die Abkehr von einer gewissen Staatsgläubigkeit zu geben. Nach unserer Beobachtung wurde in der Vergangenheit zu oft darauf gesetzt, dass Nachhaltigkeit vorrangig eine Angelegenheit des Staates ist. Richtig ist jedoch, dass der Staat Rahmenbedingungen zu setzen hat und die entsprechenden Anreize geben sollte, dass die nachhaltige Entwicklung im übrigen aber von der gesamten Gesellschaft getragen werden muss.

Die 21 Indikatoren und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie setzen vor allem folgende Maßstäbe:

- Mit dem Zwischenschritt, 2006 0,33 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungspolitik aufzuwenden, wird der jahrelangen Stagnation der Entwicklungsausgaben begegnet. Es kommt wieder Bewegung in die Entwicklungszusammenarbeit. Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Anstieg der Importe von Produkten aus Entwicklungsländern soll fortgesetzt werden. Dazu sollen faire Handelsbeziehungen geschaffen werden.
- Der internationalen Verantwortung der deutschen Politik wird stärkeres Gewicht beigemessen. Die Regierung kündigt an, die Folgen der Globalisierung auf internationaler Ebene zu thematisieren.
- Die Begrenzung des Flächenverbrauches von jetzt 130 auf 30 ha / Tag im Jahr 2020 ist ein Ziel, das äußerst ambitioniert ist und dem durch seine Auswirkung vor allem auf die Städtebau-, Fiskal-, Landes- und Kommunalpolitik eine große Signalwirkung zukommen kann.
- Erneuerbare Energien sollen bis zur Mitte des Jahrhunderts rund 50% des Energieverbrauches in Deutschland decken – ein Ziel, das die Innovationspolitik in Deutschland vor ganz neue Herausforderungen stellt.
- Die Bundesregierung unterstreicht ihre Absicht, die Vorreiterrolle im Klimaschutz auch weiterhin wahrzunehmen und ein anspruchsvolles Klimaziel für die nächste Etappe internationaler Vereinbarungen vorzuschlagen – der Rat sieht damit die Diskussion um die langfristigen Ziele der Klima- und Energiepolitik und den Platz, den die verschiedenen Energieträger darin haben werden, eröffnet.
- Alle fünf vom Rat vorgeschlagenen Projekte, mit denen die Idee der Nachhaltigkeit verdeutlicht werden soll, werden von der Regierung aufgegriffen. Es handelt sich um Projekte, die soziale und technische Innovationen verknüpfen und vielen Menschen die Chancen zur Beteiligung an der nachhaltigen Entwicklung ermöglichen: Energie-Contracting, Wärmedämmung mit dem Niedrigenergiehaus, nachhaltiger Warenkorb und Verbraucherpolitik, Welternährungspolitik durch Strategien der nachhaltigen Landnutzung gegen Welthunger, Strategien zur Veränderung des Verkehrsverhaltens.

- Nachhaltigkeit in der Naturschutzpolitik wird in Zukunft anhand einer auf Votum des Rates hin überarbeiteten Liste von Indikator-Tierarten messbar.
- Der Stickstoff-Indikator ist ein gut gewählter Maßstab für den Weg zur Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Die Nachhaltigkeitsstrategie strebt ferner einen Flächenanteil des Ökolandbaus von 20 % der Landwirtschaftsfläche an.
- Der Prozesscharakter der Nachhaltigkeitsstrategie wird ausdrücklich bestätigt und es werden nächste Schritte angekündigt – der Rat unterstützt das. Nachhaltigkeit ist ein Such- und Anpassungsprozess.

Natürlich wurden nicht alle unsere Empfehlungen aufgegriffen. So haben wir unter anderem dafür plädiert, schon zum jetzigen Zeitpunkt ein anspruchsvolles Klimaziel für das Jahr 2020 festzulegen und die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Investitionen anhand eines spezifischen Indikators zum „ethischen Investment“ zu messen sowie einen Indikator zum bürgerschaftlichen Engagement in der Nachhaltigkeits- und Agendapolitik einzuführen.

Der Bundeskanzler hat vor zwei Wochen eine Regierungserklärung zum Thema Nachhaltigkeit abgegeben. Erstmals macht ein deutscher Regierungschef die Nachhaltigkeit zu einem Kernpunkt der Regierungspolitik. Er unterstreicht, dass Nachhaltigkeit Chefsache ist. An die gute und sehr strategische Rede des Bundeskanzlers konnte die nachfolgende

An die gute Rede des Bundeskanzlers konnte die Parlamentsdebatte nicht anknüpfen.

Bundestags-Debatte allerdings nicht durchgängig anknüpfen. Sehr oberflächlich wurde bemängelt, dass die Nachhaltigkeitspolitik zu breit angelegt sei, eine bloße Wunschliste präsentiere und der Begriff schwammig bleibe. Als einziges Sachthema wurde die CO₂-Politik Deutschlands kritisiert – ausgerechnet der Politikbereich, wo Deutschland im internationalen Vergleich am meisten vorzuweisen hat und wo oberflächliche Kritik überhaupt nicht greift.

Die Idee der Nachhaltigkeitspolitik ist in der deutschen Politik und Medienöffentlichkeit noch nicht wirklich angekommen, jedenfalls nicht als gesellschaftliche Perspektive. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein wich-

tiger Zwischenschritt. Der Rat hat im Nachhaltigkeitskongress am 13.5.02 deutlich gemacht, dass weitere Schritte zur Nachhaltigkeit nicht allein Sache der Politik oder gar des Staates sein können. Um die Menschen zu eigenem Handeln zu ermutigen, müssen die Unternehmen, die Kommunen, die Konsumenten, die Umweltverbände, Gewerkschaften und Kirchen mitziehen.

II

Neben diesen aktuellen politischen Fragen will ich aber heute noch etwas ganz anderes ansprechen. Es geht um eine längerfristige Sicht, die über die Inhalte und den Handlungshorizont der Regierungsstrategie hinaus geht.

Es geht um die längerfristige Industrie- und Innovationspolitik.

Es stimmt schon: Deutschland ist international weder in der Innovations- und Wissenspolitik noch im Umweltschutz die Nummer eins oder zumindest der Trendsetter, der zu sein wir oftmals beanspruchen. Ich nenne nur wenige Stichworte, die das verdeutlichen.

- Stichwort Brennstoffzelle im stationären Betrieb: Wir dürfen nicht nur über die Technikentwicklung sprechen oder über technische Anwendungen nachdenken. Wir müssen uns auch darum kümmern, welche öffentliche und privatwirtschaftliche Infrastrukturpolitik wir brauchen für das virtuelle Kraftwerk aus stationären, dezentralen Brennstoffzellen.
- Stichwort Automobilwirtschaft: Für den perspektivischen Einsatz von erneuerbaren Energien der Wasserstoffwirtschaft ist ein langer Vorlauf und ist die Schaffung von Infrastrukturen erforderlich. Heute wird viel über zukunftsfähige Kraftstoff- und Antriebstechniken diskutiert – als verschiedene Optionen für Übergangstechniken auf dem Weg zur Brennstoffzelle mit Einsatz erneuerbarer Primärenergien. Der Einsatz von Brennstoffzellen im Auto wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren vorwiegend auf fossilen Energieträger basieren. Der Rat hält flankierende gesetzliche Regelungen für notwendig, um die Entwicklung von Technologie und Infrastruktur zu fördern. Soll die Schaffung eines Tankstellennetzes für neue Kraftstoffe dem Markt überlassen werden?

Weiß er das schon, hat er die richtigen Signale?

- Stichwort Offshore-Windenergie: Experten halten einen Anteil des Offshore-Windstroms von 15 % am Stromverbrauch bis 2030 für möglich. Die Beachtung des Natur- und Umweltschutz ist wichtig; noch viel zu wenig wird aber über die Konsequenzen für das Stromnetz nachgedacht. Welche Regeltechnik, Kraftwerkskapazität und sonstige technische Infrastruktur braucht das Stromnetz für die Aufnahme und Verteilung dieser Strommengen? Schließlich stellt sich hier die Frage nach dem Verhältnis von Energie- und Netzinnoation sowie liberalisierter Netznutzung und -zugang.
- Oder eine ganz einfache Frage: Welche Art von Kraftwerken werden wir eigentlich in acht Jahren als Ersatz für die Atomkraft bauen? Stichwort Zukunft der Steinkohle: Die aktuelle Diskussion dreht sich fast ausschließlich um die Subventionierung. Es fehlen die Fragen nach dem Stellenwert der deutschen Kohle-Technologien in einer Weltenergieversorgung, die auf absehbare Zeit weiterhin überwiegend auf Kohle aufbaut und sich den unabweisbaren Anforderungen der CO₂-Minimierung stellen muss. Wie schaffen wir es, die hohen Effizienzraten moderner Kohletechnologien in den Welt-Kohlendioxidmarkt zu exportieren?
- Stichwort Flächeninanspruchnahme: Die Bundesregierung hat sich – unserem Rat folgend – auf das Ziel verpflichtet, den Zuwachs an Siedlungsfläche bis 2020 auf 30 ha pro Tag zu verringern. Wie mein Ratskollege Matthias Platzeck kürzlich deutlich machte, ist dieses Ziel ein Signal für eine erforderliche Revision der Städtebaupolitik, der Stadtentwicklung und Raumplanung. Sind Bund, Länder und Kommunen wirklich bereit und vorbereitet für einen solchen Schritt?

Ist Nachhaltigkeit also eine gesellschaftliche Perspektive? Meine Antwort ist ein doppeltes Ja.

Ja, weil die kurz als Beispiele aufgezeigten Fragen unabweisbar angegangen werden müssen. Die industrie- und innovationspolitische Herausforderung ist mehr als deutlich. Das geht nur mit einer dezidierten Vorstellung einer Entwicklung, die Umwelt, Soziales und die Ökonomie gemeinsam betrachtet.

Ja aber auch mit Blick auf die internationale Ebene. Nachdem 1972 in Stockholm die erste weltweite Umweltschutz-Konferenz stattfand, hat die Brundtland-Kommission 1987 den Begriff nachhaltige Entwicklung geprägt und damit deutlich gemacht, dass die Entgegensetzung von Umweltaforderungen und Entwicklungspolitik überwunden werden muss, um der gesamten Welt eine gemeinsame Zukunft zu ermöglichen. Die Brundtland-Kommission endete 1987 mit dem Vorschlag für eine Weltkonferenz, der 1992 zu der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro führte. Zehn Jahre nach Rio steht die kommende Weltkonferenz in Johannesburg unter dem Titel „Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung“.

Die Vorbereitung auf Johannesburg macht keine Hoffnung auf große Durchbrüche. Das Spannende wird oft im Detail liegen, wenn man über Energie, Wasser, die Zukunft der Wälder und die anderen Themen redet. Man wird Johannesburg nicht an der Aufbruchstimmung des Rio-Gipfels vor zehn Jahren messen dürfen. Aber die Messlatte darf auch nicht zu niedrig hängen, mit bloßen Erklärungen zur Wichtigkeit der nachhaltigen Entwicklung ist keinem gedient. Nachhaltigkeitspolitik, Umweltschutz und globale Entwicklung, müssen mit der gleichen politischen Entschlossenheit voran getrieben werden wie der Kampf gegen den Terrorismus. Mein Wunsch ist, dass Nachhaltigkeit und Globalisierung zusammen gebracht werden.

Es ist wahr, dass seit Rio mehr Geldtransfers versprochen wurden als später geflossen sind. Deutschland hat die schon viel zu lang andauernde Stagnation der Entwicklungsfinanzierung durchbrochen und einen Anstieg der Geldmittel bis 2006 von jetzt 0,26 Prozent auf 0,33 Prozent des BIP beschlossen. Das ist freilich immer noch nicht die internationale angestrebte 0,7%-Marke.

Aber man muss klar sehen: Auch ein Erreichen des 0,7-Zieles würde grundsätzliche Fragen nach dem Sinn der Entwicklungsfinanzierung und der Richtung globaler

In der globalisierten Welt ist es fragwürdig, Entwicklung mit den Mitteln des vorigen Jahrhunderts zu betreiben.

Entwicklung nicht beantworten. Die traditionelle Gegenüberstellung von Nord und Süd ist nicht mehr richtig. Unter den 20 größten CO₂-emittie-

renden Staaten sind mittlerweile 10 Entwicklungsländer. Weltweit steigen Korruption und *bad governance* an - trotz aller gut gemeinten Konditionen, die mit öffentlicher Entwicklungsfinanzierung verbunden werden. Es darf nicht sein, dass öffentliche Gelder letztlich zur Stabilisierung von Korruptionsregimes beitragen und ihnen Freiräume für die Beschaffung von Militärgütern verschaffen.

Die innere Differenzierung der Gesellschaften in den Entwicklungsländern ist zu groß geworden, um die Entwicklungsbedingungen auf den einfachen Nenner zu bringen: hier der reiche Norden, dort der arme Süden. Natürlich bleibt das Ziel richtig, die Armut zu bekämpfen. Aber bei der Wahl der Mittel mache ich ein Fragezeichen. In der Welt der Globalisierung ist es fragwürdig, Entwicklung mit den Mitteln des vorigen Jahrhunderts betreiben zu wollen.

Der Johannesburger Gipfel kann nicht an der Lösung dieser Fragen gemessen werden. Damit täte man ihm unrecht. Aber es wäre gut, wenn der Name Johannesburg einstmals dafür stünde, dass hier ein Weg gebahnt wurde, der in die richtige Richtung führt. [...]

Umweltkommunikation und Nachhaltigkeitsstrategie – Das Forum Nachhaltige Entwicklung

Gesprächsbeitrag von Rainer Grohe

Umweltbundesamt Berlin, 19. November 2001

Die Nachhaltigkeitsdebatte wird, das zeigen die politischen Entwicklungen der letzten Jahre, das Umfeld des Handels und der Industrie entscheidend prägen und verändern. Insbesondere läuft die Diskussion über die Vor- und Nachteile der Globalisierung darauf hinaus, dass von den Unternehmen eine Verantwortung eingefordert wird, die über das wirtschaftliche Handeln weit hinaus reicht.

Die Herausforderungen

Unter dem Schlagwort „Corporate Citizenship“ wird insbesondere von international tätigen Konzernen verlangt, die Rahmenbedingungen vor Ort – etwa bei Auslandsdirektinvestitionen – mitzugestalten. Eine europaweite Umfrage im September hat versucht herauszufinden, was die Gesellschaft konkret von Unternehmen fordert. Diese Themen muss die Wirtschaft künftig in Strategie und Kommunikation stärker berücksichtigen, um die Akzeptanz ihres Handelns zu erhalten:

- Arbeitsschutz (77%)
- Einhaltung der Menschenrechte (72%)
- Umweltschutz (68%)
- Investitionen in Ausbildung und Training (59%)
- Dialog mit der Öffentlichkeit (49%)
- Beteiligung an der Lösung sozialer Probleme (43%)

(Quelle: *Market and Opinion Research International*, 09/00)

Unsere Ziele

Das Forum Nachhaltige Entwicklung „Econsense“ will als Think Tank der deutschen Wirtschaft eine aktive und konstruktive Rolle in der Diskussion um die Verpflichtung zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung spielen. Als Partner der Politik geht es uns darum, die notwendigen Veränderungsprozesse auf Grundlage eines breiten Konsenses in Wirtschaft und Gesellschaft mitzugestalten. Die Gesetzgebungsverfahren sollen im Interesse einer zukunftsorientierten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung konstruktiv, aber auch kritisch begleitet werden.

Als Voraussetzung für einen tragfähigen Konsens müssen alle Akteure zunächst ein Verständnis von Nachhaltigkeit entwickeln und in der gesellschaftlichen Diskussion Stellung beziehen. Das Forum Nachhaltige Entwicklung will dies für die deutsche Wirtschaft leisten und seine Position mit Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft, Medien und Initiativen diskutieren. Dies soll gleichzeitig ein Beitrag dazu sein, das Thema Nachhaltigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern.

Natürlich bleibt ein weiterer Schwerpunkt des Forums Nachhaltige Entwicklung die Analyse der Auswirkungen unseres Wirtschaftens, die Weiterentwicklung von sinnvollen Ansätzen und die Suche nach innovativen Lösungen. Daran werden die Mitglieder des Forums intensiv arbeiten, um das Wirtschaften der Zukunft nachhaltig und erfolgreich zu gestalten sowie auch andere Unternehmen zu nachhaltigem Handeln zu motivieren.

Die Dialogpartner von Econsense sind zahlreich. Dabei ist zu unterscheiden zwischen internen und externen Zielgruppen. Für den langfristigen Erfolg des Forums ist entscheidend, dass beide in gleichem Maße angesprochen werden.

Interne Zielgruppen sind

- die Vorstände, deren Commitment die Grundlage von Econsense bildet
- die Unternehmensvertreter in den Projektgruppen des Forums
- Führungskräfte, die für die Umsetzung von Nachhaltigkeit gewonnen und motiviert werden sollen

- Vorstände und Führungskräfte von Tochterunternehmen und Beteiligungen im Ausland
- Betriebsräte

Externe Zielgruppen sind

- Entscheidungsträger, Arbeitsgruppen und Fachausschüsse in der Politik
- Organisationen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungshilfe
- Stakeholder und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
- internationale Organisationen der Bereiche Handel, Umweltschutz und Soziales
- Unternehmen, die sich bislang mit dem Thema noch nicht auseinandergesetzt haben
- Meinungsbildner und Multiplikatoren (Wirtschaftspresse, Fachpublikationen im Bereich Soziales und Ökologie).

Die Hindernisse und Probleme bei Kommunikationsaufgaben sind vielfach auf die Abstraktheit und Formelhaftigkeit des Begriffes Nachhaltigkeit zurückzuführen. Nachhaltigkeit ist ja keine Lösung an sich, sondern ein ständiger Prozess des Abwägens und der kontinuierlichen Verbesserung hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die Wohlstand für viele mit einer intakten Umwelt vereint.

In Vorträgen, Diskussionen ebenso wie in unserer Imagebroschüre setzt das Forum Nachhaltige Entwicklung deshalb auf konkrete Beispiele nachhaltigen Wirtschaftens, gekoppelt mit einem eindeutigen Commitment. Beispiele helfen, den abstrakten Begriff mit Leben zu füllen, sie regen zur Nachahmung an, sind allgemeinverständlich und überprüfbar und schaffen Glaubwürdigkeit.

Die Commitments unserer Mitglieder zeigen, dass persönlich Verantwortung übernommen wird. Sie öffnen die Sichtweise auf die Handelnden und tragen damit zur Transparenz im Dialogprozess bei. Dadurch wollen wir Vertrauen und Akzeptanz in der Gesellschaft schaffen

und zu einem Klima beitragen, das gemeinsames Lernen und Innovation fördert.

Dieses Motto setzen wir konsequent in unseren Aktivitäten um. Im Rahmen des Forums nutzen wir dafür Werkstattveranstaltungen, Kongresse, Multiplikatorendialoge, Projektpatenschaften, gute Praxisbeispiele und eine möglichst breite Kommunikation. Das Forum Nachhaltigkeit ist bestrebt, eine wichtige Stimme in der Nachhaltigkeitsdiskussion zu sein. Die aufgezeigten Kommunikationsansätze sollen Vertrauen für das Bestreben der Wirtschaft schaffen, ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltig zu wirtschaften.

Nachhaltige Entwicklung als Projekt der internationalen Politik

Vortrag von Prof. Dr. Edda Müller vor einem Expertenkreis des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Berlin, 15. April 2002

Ich freue mich über die Gelegenheit, in diesem Kreis einige Überlegungen zur Bedeutung des Projektes einer nachhaltigen Entwicklung für die internationale Politik darlegen zu können. Das Nachhaltigkeitskonzept ist – wie wir alle spätestens seit Rio wissen – ein Produkt internationaler Politik. Umso erstaunlicher ist es, dass es als politisches Handlungsprogramm bisher im wesentlichen in der Innenpolitik eine Rolle spielt. Das signalisierten die Ergebnisse der zwei Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages sowie die Erarbeitung der ersten „nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ Deutschlands durch die Bundesregierung.

Auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat von der Bundesregierung eine vorwiegend auf die nationale Binnendiskussion ausgerichtete Aufgabenstellung auf den Weg bekommen. Berufen wurden überdies ausschließlich Persönlichkeiten, die in Deutschland beheimatet sind. Vielleicht wäre es eine für die Zukunft zu überdenkende Option, als Mitglieder eines deutschen Nachhaltigkeitsrates auch einige Persönlichkeiten aus anderen Ländern zu berufen. Die Politik hinkt hier im Vergleich zu den großen Konzernen der Entwicklung noch hinterher.

Aber lassen Sie mich dies einmal so dahinstellen. Ich werde im folgenden zunächst Bilanz ziehen. Meine Thesen hierzu sind: Der Zustand der Welt gibt Anlass zu großer Besorgnis. Für eine nachhaltige Entwicklung wird noch zu wenig getan.

Im zweiten Teil meiner Ausführungen werde ich eine Reihe von Vorschlägen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zu neuen Initiativen

aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die internationale Politik vorstellen.

Wo stehen wir heute?

Im August dieses Jahres treffen sich die Regierungschefs der Welt zum UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Zehn Jahren zuvor – im Jahre 1992 – hatte die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro den Aufbruch für eine Nachhaltige Entwicklung geschafft, sicherlich aber noch nicht den Durchbruch zu einem allseits akzeptierten nachhaltigen Handlungsprogramm erreicht. Die Völkergemeinschaft verständigte sich auf den grundsätzlichen Gedanken und die Ziele der Nachhaltigkeit. Danach soll die „nachhaltige Entwicklung“ sicherstellen, den nachfolgenden Generationen in Deutschland und in der Welt ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge zu hinterlassen, d.h. Umweltgesichtspunkte stehen in der Zielhierarchie gleichberechtigt neben sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. In der globalisierten „Einen Welt“ soll Nachhaltigkeit der entscheidende Maßstab und Kompass für die Beantwortung der drängenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft sein.

In der Folge der Rio-Konferenz wurde eine Reihe von Umweltabkommen, so die Konventionen zum Schutze des Klimas und der Biodiversität sowie zur Wüstenbekämpfung konkretisiert. Durch UNEP wurden weitere Themen aufgegriffen. Lange Verhandlungen und teilweise mühevollen Kompromisse kennzeichnen seither die internationale Umweltpolitik. Immerhin ist diese aber in Bewegung gekommen. Sie ist durch das Bemühen charakterisiert, die schwierige Aufgabe der Integration von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Belangen zu bewältigen. In anderen internationalen Regimen, so etwa in der Sicherheits-, der Handels- und Finanzpolitik ist dies noch kaum erkennbar.

Wie sieht die Bilanz zehn Jahre nach Rio aus?

Armut, ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen, Bevölkerungsentwicklung und zunehmende kriegerische Auseinandersetzungen in Teilen der Welt überlagern die zaghaften Fortschritte der Umweltpolitik.

Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten schreitet fort, Überschwemmungen und die Wüstenbildung nehmen zu, die Emission klimaschädlicher Gase steigt, im Weltmaßstab breiten sich Infektionskrankheiten aus. Die Kluft zwischen Norden und Süden hat sich weiter vertieft. Für rund 800 Millionen Menschen ist es heute noch ein unerreichbarer Luxus, sich satt zu essen. Die reichen Industrienationen sind weit von dem Ziel entfernt, mit 0,7% ihres Bruttosozialprodukts Entwicklungspolitik zu machen. Bewaffnete Konflikte um Land, Rohstoffe, Wasser und Nahrung nehmen zu. 15 % der Weltbevölkerung verbrauchen 56 % des gesamten Weltkonsums, während die ärmsten 40 % der Weltbevölkerung sich 10 % der Konsummenge teilen. Die Entwicklungspolitik kommt nur langsam voran. Gemessen am Ausmaß von Armut und Umweltproblemen sind wir also noch weit von einer nachhaltigen Entwicklung entfernt.

Die Bilanz von Rio zeigt also ein übergroßes SOLL und ein nur kleines HABEN. Dies heißt aber nicht, dass der in Rio begonnene Prozess falsch ist.

Die Bilanz von Rio zeigt ein übergroßes SOLL und ein nur kleines HABEN.

Erstens wäre eine einfache Soll-Haben-Bilanz zu oberflächlich. Sie geht an dem wichtigsten Ergebnis von Rio vorbei. Rio hat Umwelt und Entwicklung nicht mehr als gegeneinander, bestenfalls parallel ausgerichtete Politiken verstanden. Die Integration war das eigentlich Neue. Dafür steht der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ so wie ihn die Brundtland-Kommission in die politische Debatte eingebracht hatte.

Zweitens wird ein positives Moment in der Bilanz nicht deutlich. Viele Menschen warten zu Recht nicht auf politische Verhandlungserfolge. In Gemeinden, Wirtschaftsunternehmen, in Schulen, Kirchen und freien Initiativen haben sie begonnen, die Rio-Agenda 21 in konkrete Projekte umzusetzen. Ergebnisse der Agenda-Politik sind allerdings in der Welt unterschiedlich verteilt. Agenda-Initiativen haben in den Industrieländern teils beachtliche Erfolge vor allem in der Umstrukturierung des Energie- und Transportsystems erreicht. In Entwicklungsländern sind solche Initiativen kaum erkennbar. Insgesamt findet der Nachhaltigkeitsprozess dort wenig Interesse und kaum politische Unterstützung.

Drittens gilt natürlich auch und insbesondere für die „Weltpolitik“ die Erkenntnis Max Webers, wonach Politik „das Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft“ ist.

Es ist deshalb gut, dass eine wachsende Zahl von Verbrauchern und Unternehmen dazu beiträgt, nachhaltige Entwicklung auch zu einem Marktfaktor zu machen. Erfolge ermutigen; sie müssen verbreitert werden. Was im Kleinen (vor Ort) zählt wird im Großen (der Politik) nicht dauerhaft übersehen werden können.

Anregungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Wir raten der Bundesregierung, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie stärker zu „internationalisieren“ und wir raten ihr, die Thematik „Nachhaltigkeit und Globalisierung“ aufzugreifen und zu einem Politikfeld der Auswärtigen Politik zu machen. Warum wir dies empfehlen, will ich an drei Punkten kurz aufzeigen:

Zur strategischen Ausrichtung der Nachhaltigkeitsstrategie haben wir unter anderem empfohlen, die Verflechtung nationaler Ziele zur Energie-, Agrar- und Verkehrspolitik mit der internationalen Dimension

Was im Kleinen zählt, wird im Großen nicht dauerhaft übersehen werden können.

deutlicher zu machen. Ich zitiere die entsprechende Passage aus unserer Stellungnahme zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung: „Nationale und internationale Handlungsziele sind in der Nachhaltigkeitspolitik eng miteinander

verwoben; die nationale Vorreiterrolle und die politische Einbindung in die internationale Politik sind je nach den zu erreichenden Ziel probate Mittel. Der Regierungsentwurf betont vor allem durch die inhaltliche Ausrichtung der Sachkapitel die nationale Handlungsebene. Obwohl in einigen voran gestellten, allgemeinen Passagen auf die Verflechtung der deutschen Politik mit der europäischen und der globalen Handlungsebene hingewiesen wird, vermittelt der Entwurf insgesamt den Eindruck, dass die nationale Handlungsebene durchgängig die entscheidende und Nachhaltigkeit allein oder vorwiegend mit den Mitteln der Politik in Deutschland durchsetzbar sei. In vielen Sachthemen sind jedoch europäische und internationale Verträge, Politiken und Wirtschaftsbeziehungen ausschlaggebend. Negativ bemerkbar macht sich diese unzureichende Ausrichtung der Strategie, wenn es z.B. um so exponierte Themenstellungen wie das CO₂-Ziel geht. Glaubwürdigkeit der Politik

wird u.a. auch damit geschaffen, dass die Rahmenbedingungen für die Erreichung von Zielen im vorhinein klar angesprochen werden. Dies gilt insbesondere für die Energiepolitik sowie für bestimmte Aspekte der Agrarpolitik und für den Güterverkehr. Der Rat regt an, die Verflechtung nationaler Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in den Schwerpunktthemen mit der internationalen Dimension deutlicher zu machen.“

Unzweifelhaft besteht ein Defizit an Umsetzung der Rio-Agenda. Allerdings kann es nicht ausschließlich um die Implementation der Rio-Ziele gehen. Denn die Welt hat sich in den letzten zehn Jahren stark verändert. Die Globalisierung der Weltfinanzen und der Weltkommunikation trägt dazu ebenso bei wie neue Formen der Gewalt und sozialen Vertreibung, die Ausbreitung von Krankheiten und neue Umweltprobleme und die Welternährungslage. Vor diesem Hintergrund ist die globale Nachhaltigkeitspolitik nicht einfach ein Problem der langsamen Umsetzung im Prinzip richtiger Ziele. In Frage steht vielmehr das Ziel und die Vision der globalen Politik selbst, das Verhältnis von Globalisierung und Nachhaltigkeit.

Dazu kommt, dass die Rede vom Gegensatz zwischen „Nord“ und „Süd“ den Zustand der Welt nicht mehr hinreichend beschreibt. Zu ausdifferenziert ist die Marginalisierung von Weltregionen, zu weit voran geschritten ist die Binnendifferenzierung des „Südens“. Unter den 20 größten CO₂-Emittenten sind heute 10 Entwicklungsländer.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung empfiehlt der Bundesregierung, sich in Johannesburg für die Schaffung einer Weltkommission für Nachhaltigkeit und Globalisierung einzusetzen. Die Einsetzung einer Weltkommission Nachhaltigkeit und Globalisierung würde ein deutliches Zeichen für ein neues, globales Denken setzen. Der Vorschlag macht das Verhandlungsprogramm für Johannesburg nicht obsolet. Vor allem steht er in keinem Gegensatz zu dem Bemühen, die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Umweltpolitik der Vereinten Nationen zu verbessern. Unsere Empfehlung setzt vielmehr an Überlegungen zum „Post-Johannesburg-Prozess“ an. Wie schaffen wir es, dass die Nachhaltigkeit auch nach Johannesburg auf der politischen Agenda bleibt? Wir brauchen hier einen strukturellen Prozess, der es erlaubt, das Zukunftsthema Nachhaltigkeit politisch hochrangig aktuell zu halten – und zwar

unabhängig davon, wie gut oder schlecht die Ergebnisse des Johannesburg – Gipfels sein werden.

Wir fühlen uns in diesen Gedanken unterstützt durch die in Deutschland erst kürzlich wieder vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen aufgegriffene Diskussion um die Politik der „Global Commons“, die Politik hinsichtlich der globalen Gemeinschaftsgüter Internationaler Luftraum und Hohe See. Die Enquête-Kommission zur Globalisierung hat ebenfalls wichtige Themen einer neuen globalen Politik zum Beispiel hinsichtlich der sozialen Grunddienste aufgegriffen.

Wir fühlen uns aber vor allem auch von zwei Diskussionssträngen aus Frankreich unterstützt.

Im Februar 2002 haben Michael Gorbatschow und Maurice Strong zusammen mit international bekannten Politikern in Lyon das Earth Dialogues Forum durchgeführt, das in Deutschland zu Unrecht kaum Beachtung gefunden hat. Im Abschlussdokument sprechen sie von zentralen Anliegen für die Weltpolitik (auszugsweise):

- *Ethische Maßstäbe*: Es ist dringend notwendig, unsere Prioritäten zu ändern. Zu korrigieren sind die Kräfte, die materiellen Wohlstand über globale Wohlfahrt und Gerechtigkeit stellen. Die Grundwerte, die der Zivilisation auf der ganzen Welt als Basis dienen, sollten bestärkt werden: Mitgefühl und Respekt für einander und für die natürliche Umwelt, Toleranz und Solidarität, und Friedensbemühungen. Die Erdcharta wird als ein Dokument willkommen geheißen, das einen ethischen Rahmen vorlegt, der gleichermaßen anwendbar ist, um die Entscheidungen von Individuen, Unternehmen und Staaten anzuleiten.
- *Rechtsstaatlichkeit*: Die universellen Werte der Rechtsstaatlichkeit müssen übersetzt werden in angemessene und umsetzbare Rechtsinstrumente zur nachhaltigen Entwicklung. Wesentliche Prinzipien wie das Verursacherprinzip und das Vorsorgeprinzip sollten durch die internationalen und nationale Gesetzgebung generell anerkannt werden.
- *Souveränität*: Die geänderte Rolle der Nationalstaaten, der zunehmende Einfluss der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft führen zu wesentlichen Veränderungen in den letzten Jahren. Die politische Landschaft ist komplexer geworden, mit mehr und oft konfliktträchtigen Macht-

zentren, die integriert und zur Kooperation gebracht werden müssen. Viele der ernstesten Probleme wie der Klimawandel, Epidemien und Terrorismus haben keine nationalen Grenzen. Für sie müssen Lösungen auf internationaler Ebene gefunden werden.

Eine grundlegende Korrektur des Mandats des UN-Sicherheitsrates?

- *Sicherheit:* Es wird keine dauerhafte Sicherheit in der Welt geben, solange die Ungleichheit und Ungerechtigkeit so offenkundig sind. Die Ziele zur Armutsbekämpfung und zum Umweltschutz müssen unlösbar verzahnt werden mit der Friedens- und Sicherheitspolitik.
- *Aktion:* Wir haben nicht den Luxus, über viel Zeit zu verfügen. Aktives Handeln ist dringend nötig. Um zu Aktionen zu kommen brauchen wir einen starken ethischen Rahmen, politischen Mut auf Seiten der führenden Weltpolitiker, eine Reform des gegenwärtigen Systems der Global Governance und des Finanzmarktes, eine verbesserte und zielgenaue Entwicklungszusammenarbeit und die Verstärkung des individuellen Problembewusstseins und der Bereitschaft zum Handeln.

Gorbatschow und Strong sehen einen dringenden Bedarf für eine ethische Korrektur der Kräfte des materiellen Reichtums, die sich über globalen Wohlstand und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Im Lichte des globalen Wandels der Umwelt, angesichts des Ausmaßes neuer Infektions-epidemien und des Terrorismus, aber auch durch die Veränderungen staatlicher Aufgaben und das Anwachsen der Zivilgesellschaft sehen sie eine zunehmende globale Verantwortlichkeit der Politik, die sich durch eine stärkere Verantwortung der großen Länder für die komplexen Probleme der nachhaltigen Entwicklung artikulieren müsse. Zu diesem Zweck verlangen sie eine grundlegende Korrektur des Mandats des UN-Sicherheitsrates. Zitat: „Der UN-Sicherheitsrat wird zunehmend von bestimmten Staaten beim Management der internationalen Sicherheit umgangen. Sein anachronistisches Konzept muss überprüft und im Lichte der neuen internationalen Ordnung reformiert werden, um öffentliche Legitimität wiederzugewinnen. (...) Ein zentrales Problem der letzten zehn Jahre war, dass die Agenda der Nachhaltigkeit ohne Verbindung mit der Agenda der Sicherheitspolitik blieb.“ [...]

Rio + 10 und danach: Perspektiven für die Lokale Agenda 21

Rede von Dr. Angelika Zahrnt auf dem
Ersten Ostdeutschen Agendatag

Lauchhammer, 23. Mai 2002

Wir stehen kurz vor dem zehnjährigen Jubiläum des Gipfels von Rio – und der Agenda 21. Das ist die richtige Zeit für Bilanzen und Ausblicke. Ich freue mich, dass Sie sich dies in Lauchhammer beim ersten Lokale Agenda-21-Tag in Ostdeutschland vorgenommen haben. Was ist bisher passiert? Was haben wir erreicht? Es ist aber auch die Zeit, sich zu fragen: Was haben wir trotz aller Bemühungen nicht erreichen können? Warum haben wir es nicht erreichen können? Und vor allem: Was können wir tun, um größere Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit zu machen?

Ich möchte Ihnen berichten, was es auf nationaler Ebene für Bemühungen gibt, nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.

Lokale Agenda-Prozesse - weltweit betrachtet

Weltweit haben sich seit der Rio-Konferenz 1992 mehr als 6000 Kommunen einer Lokalen Agenda 21 verpflichtet, davon über 5000 in Westeuropa. Deutschland ist der Spitzenreiter mit 2200 Kommunen. In Schweden haben alle Kommunen eine Lokale Agenda 21, und in Großbritannien ist dies in 90% der Kommunen der Fall. In Zentral- und Osteuropa gibt es in ca. 100 Kommunen eine Lokale Agenda 21. ICLEI, der internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen, hat im Auftrag der UN für den Johannesburg-Gipfel eine weltweite Auswertung lokaler Agenda-Prozesse vorgelegt. Sie kommt zu dem Schluss, dass es auf lokaler

Ebene bedeutende Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit gegeben hat in der Frage der „good governance“, also des guten politischen Steuerns, und in einem besseren Umgang der Verwaltung mit den kommunalen Aufgaben.

ICLEI benennt aber auch Barrieren für den Erfolg der Lokalen Agenda. Die Fachverwaltungen arbeiten zu wenig miteinander, was den Austausch von Informationen erschwert. Die Legitimation des politischen Handelns der Kommune wird geschwächt durch die mangelnde Einbeziehung von Bürgern, mangelnde Transparenz, ungenügende Berücksichtigung der Stakeholderinteressen und durch Korruption. [...] Eine weitere Barriere: Durch Liberalisierung und Deregulierung geht Macht zunehmend von dem öffentlichen auf den privaten Sektor über, wodurch Handlungsmöglichkeiten und demokratische Legitimation verloren gehen können. Die Ausstattung mit Ressourcen und deren Management lassen oft zu wünschen übrig. Auch mangelnder politischer Wille ist ein Hemmnis: Es gibt zuwenig Anreize für politische Führungskräfte, sich für eine Nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Insbesondere die Kürze der Wahlperioden belohnt es, kurzfristige Ziele zu verfolgen, die zu unmittelbaren Ergebnissen führen, und erschwert es, sich für langfristige Nachhaltigkeitsziele einzusetzen, deren Nutzen erst in ferner Zukunft spürbar sein wird. Die Kommunikation über Nachhaltigkeit gestaltet sich nach wie vor als schwierig, und auch die Vorbildfunktion der Produktions- und Konsumtionsmuster der Industrieländer für Entwicklungsländer stellt sich als Barriere dar.

Strategien zur Überwindung dieser Hindernisse sind indessen bekannt. Angemessene Ressourcen, um die Prioritäten adressieren zu können, Kooperation zwischen den Verwaltungseinheiten, die Integration von nationaler und lokaler Politik, größere Partizipation der zivilgesellschaftlichen Organisationen, Dezentralisierung der fiskalischen und verwaltungsbezogenen Entscheidungsfindung, verstärkte Partnerschaften und Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor und den verschiedenen Politikebenen: Die kombinierte Umsetzung dieser Strategien könne, so ICLEI, die Effizienz, Zurechenbarkeit und Transparenz des Regierungshandelns erhöhen.

Lokale Agenda-Prozesse - national betrachtet

Soviel zur internationalen Ebene. Wie sieht es in Deutschland aus? Die Zahl von über 2200 Lokale-Agenda-21-Prozessen klingt zunächst beeindruckend, v.a. angesichts von ca. 6500 Lokalen Agenda 21 - Prozessen weltweit. Der Eindruck relativiert sich jedoch stark, wenn man die deutsche Verwaltungsstruktur in Betracht zieht: Es gibt in Deutschland mehr als 15.000 Kommunen! Prozentual betrachtet weisen 16% der deutschen Kommunen eine Lokale Agenda 21 vor.

Dabei sind zwischen den Bundesländern und insbesondere auch zwischen West und Ost starke Unterschiede festzustellen: NRW, Hessen und das Saarland haben eine Abdeckung von über 50%. Alle neuen Bundesländer kommen nicht an den bundesdeutschen Durchschnitt heran, jedoch liegen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen im vorderen Mittelfeld, während Sachsen-Anhalt und Brandenburg die Schlusslichter in der Tabelle sind mit einem Anteil von ca. 4% an Lokale-Agenda-21-Prozessen.

Wie kommt es zu diesen Unterschieden zwischen Ost und West, aber auch zwischen Ost und Ost? Sicher spielen Interesse, Geld, die Unterstützung durch die jeweilige Landesregierung eine wichtige Rolle. [...]

Neben diesen Unterschieden zwischen den neuen Bundesländern gibt es zwischen Westen und Osten politisch-strukturelle wie thematische Unterschiede. Die Zivilgesellschaft und ihre Akteure (Verbände, Vereine etc.) sind in Ostdeutschland vergleichsweise jünger als in den alten Bundesländern; und die Lokale-Agenda-21-Prozesse in Ostdeutschland betonen stärker als in Westdeutschland die sozialen Themen. Für die Probleme der Arbeitslosigkeit lassen sich lokal vermutlich jedoch noch schwieriger Lösungen finden und Erfolge verzeichnen, als dies bei Umweltthemen der Fall ist – was sich durchaus negativ auf die Motivation der Agenda-Aktiven auswirken kann. Günstig ist, dass es in Ostdeutschland Erfahrungen mit den Runden Tischen der Wendezeit gibt und auch die Erfahrung verschiedener Initiativen (z.B. Beschäftigungsinitiativen), vielfältige Akteure einzubeziehen.

Wichtig sind – gerade auch für Ostdeutschland – die positiven Beispiele, die es durchaus zum Beispiel in Güstrow, Leipzig, aber auch in kleinen Gemeinden wie Bützow gibt. [...] Erfolgsfälle lokaler Agenda-

Initiativen zeichnet in der Regel aus, dass es in ihnen eine optimale Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement, politischer Unterstützung und der Bereitstellung finanzieller Ressourcen gibt. Dies scheint mir ein zentraler Punkt zu sein: Es geht nicht ohne engagierte, motivierte BürgerInnen und überzeugte PolitikerInnen (am besten den Bürgermeister, die Bürgermeisterin) – aber es geht auch nicht ohne Geld. Wir hoffen, dass durch den im letzten Jahr intensivierten nationalen Prozess für Nachhaltige Entwicklung Synergien für die Lokale Agenda 21 geschaffen werden.

Es muss darum gehen, die bestehenden lokalen Prozesse zu verstetigen, und neue Prozesse anzustoßen, wo es noch keine gibt. In allen Bundesländern gibt es inzwischen auf Landesebene Agenda-Büros oder AnsprechpartnerInnen, die beim Einstieg und der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 helfen und durch Vernetzung den Erfahrungsaustausch fördern – auch wenn diese Stellen unterschiedlich gut ausgestattet sind. Die Erfahrungen zeigen dabei übrigens, dass besonders bei kleinen Gemeinden – mehr als 80% der ca. 15.000 Gemeinden in Deutschland haben weniger als 5.000 Einwohner – noch mehr Hilfestellung zum Einstieg in die Lokale Agenda 21 erforderlich ist.

Erfolge zeichnen sich aus durch eine optimale Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement, politischer Unterstützung und der Bereitstellung finanzieller Ressourcen.

Im Herbst 2001 haben die Umweltminister der Länder die Einsetzung des Bund-Länder-Arbeitskreises Nachhaltige Entwicklung beschlossen. Es gibt nun einen geregelten Informationsfluss zwischen den Ländern und auch im Austausch mit der Bundesebene.

Im April letzten Jahres hat die Bundesregierung zwei Gremien für Nachhaltige Entwicklung berufen: Den Rat aus Vertretern der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und den Staatssekretärsausschuss („Green Cabinet“), der unter Federführung des Bundeskanzleramts die Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Unser Rat hat ihn dabei beraten und Beiträge geliefert. Eine zweite Aufgabe des Rates besteht darin, der Bundesregierung konkrete Projekte zur Umsetzung vorzuschlagen. Die dritte Aufgabe ist die Intensivierung des gesellschaftlichen Dialogs.

Das Bundeskabinett hat am 17. April 2002 die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Diese Strategie bildet den deutschen Beitrag zum UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Die Nachhaltigkeitsstrategie zeigt in 21 Zielen und Indikatoren die Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung auf. Die Politik lässt sich damit auf quantifizierte, überprüfbare Zielangaben ein. Sie folgt hierin einer zentralen Empfehlung des Nachhaltigkeitsrates.

Es wird eine Berichterstattungspflicht festgelegt, die über die statistische Fortschreibung der Indikatoren hinaus auch die politische Überprüfung der Ansätze enthält und Gelegenheit zu einer unabhängigen Justierung gibt. Konstitutives Merkmal dieser Politik ist die mittel- und langfristige Perspektive.

Kürzlich haben die Koordinationsstellen zum umweltorientierten Transfer der Agenda-Arbeit und zum Service für entwicklungspolitische Städteinitiativen ihre Arbeit aufgenommen. Das ist ermutigend, denn die Koordination der Agenda-Arbeit ist dringend erforderlich.

Der Rat setzt sich dafür ein, dass die Koordination auf Dauer sichergestellt und genutzt wird für die Qualitätsverbesserung der Initiativen, die Professionalisierung der Arbeit, den Ausbau und die Stärkung bestehender und neuer Netzwerke und die Fortentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements.

Viele Menschen haben sich Gedanken gemacht, wie man Lokale Agenda 21-Prozesse stärker voranbringen kann. Zu nennen sind beispielhaft die „Iserlohner Resolution“, die „Kommunale Rio+10-Erklärung von Berlin“, der schon erwähnte Bericht von ICLEI. Auch der Nachhaltigkeitsrat hat sich mit Agenda-Akteuren getroffen, um darüber zu sprechen, welchen Beitrag der Rat leisten kann, um der Lokale Agenda 21 Unterstützung zu geben.

Aus diesen Berichten, Gesprächen und Beschlüssen ergeben sich weitgehend übereinstimmende Schlussfolgerungen:

- *Agenda als Komplex*: Lokale Agenda 21 braucht Visionen und Leitbilder, konkrete Ziele und Maßnahmen und sichtbare Projekte. Weder schöne Visionen allein, noch eine Ansammlung von Projekten reichen aus, die verschiedenen Anforderungen gehören zusammen.

- *Zwischenanalysen des Prozesses:* In jedem Lokale-Agenda-21-Prozess ist eine regelmäßige nüchterne Bilanz vonnöten: Was hat nicht funktioniert, und warum nicht? Was können wir besser oder anders machen? Gibt es neue Perspektiven, die wir bislang nicht berücksichtigt hatten? Wie können wir Überzeugungsarbeit leisten bei den verschiedenen Akteuren in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, wie finanzielle Ressourcen generieren? Solch eine Analyse ist hilfreich, um Widerstände aufzuspüren und zu überwinden.
- *Best practice und Erfolgsbedingungen:* Wie waren die Mechanismen in Kommunen, in denen es funktioniert hat? Als eine Erfolgsbedingung hat sich in Analysen immer wieder herausgestellt: Nachhaltigkeit als Chefsache zu verankern. Insbesondere in Kommunen, in denen die politische Spitze von der Agenda-Arbeit überzeugt war und sie politisch unterstützt hat, waren Erfolge zu verzeichnen. Die Suche nach und das Werben um Promotoren in Politik und Wirtschaft kann hierbei zielführend sein. – Auch die Kooperation mit anderen Kommunen hat sich als fruchtbar erwiesen. Voneinander zu lernen, andere Erfahrungen kennen zu lernen, Netzwerke zu schaffen sind hier die Stichworte.
- *Politikintegration:* Die stärkere Integration des Nachhaltigkeitsprinzips in alle Politikbereiche - besonders in Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Landwirtschafts-, Verkehrs- und Entwicklungspolitik – bleibt weiterhin eine große Herausforderung bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung: Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Auch hier ist denkbar, an die nationale Nachhaltigkeitsstrategie „anzudocken“. Ebenso bieten kommunale Verwaltungsreformen oft Anknüpfungspunkte.
- *Organisation des Prozesses:* Partizipation und bürgerschaftliches Engagement können durch die systematische Einbindung von NGOs, Vereinen und Verbänden, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse erreicht werden. Die konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen verstärkt die politische Relevanz von Agenda-Prozessen. Gerade angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in verschiedenen Regionen sollte versucht werden, die Menschen vor Ort einzubeziehen für die Entwicklung der Lokalen Agenda 21. Partizipation ist wesentlich: Durch den lokalen Agenda-21-

Prozess hat sich vielerorts die Kommunikationskultur verbessert. Die Bedeutung der Lokalen Agenda 21 liegt in Deutschland bisher auch im erfolgreichen Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren bzw. in der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. – Die Professionalisierung des Prozesses (z.B. bei der Moderation) und die Festlegung von Verantwortlichkeiten haben sich als notwendig erwiesen.

- *Organisation der kommunalen Verwaltung:* Eine Herausforderung liegt in der Weiterentwicklung und Umsetzung des Leitbildes der „Dienstleistungs-“ zur „Bürgerkommune“. Der Lokale-Agenda-21-Prozess kann dazu beitragen, dass sich durch neue Kommunikations- und Kooperationsformen auch die Verwaltungsarbeit effizienter gestalten lässt.
- *Finanzielle Ressourcen:* Die Nutzung von ABM- und SAM-Finanzierung (Strukturanpassungsmaßnahmen) hat sich gerade in Ostdeutschland in manchen Fällen als kontraproduktiv erwiesen: Als die Stellen ausliefen, brach die Agenda-Arbeit zusammen. Dabei können diese Mittel eine wichtige Anschubfinanzierung für Agenda-Prozesse sein: Langfristig müssen jedoch dauerhaft sichere Gelder für die Lokale Agenda 21 zur Verfügung stehen. Die Agenda-Arbeit ist ein wichtiger Pluspunkt für die Gemeinde, dessen Finanzierung sich kommunalpolitisch lohnt. Zudem sollten neue Finanzierungsmöglichkeiten z.B. durch die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in bestehende Förderinstrumente und Stiftungen, geprüft werden.
- *Monitoring der Ergebnisse:* Die Pflicht zum Monitoring und Berichterstattung ist auch auf kommunaler Ebene unerlässlich. Hierbei können Checklisten oder ein Prüfschema hilfreich sein. [...]

Zukunftsfähigkeit ist die Herausforderung, verantwortbares Leben in Grenzen neu zu organisieren. Es ist eine Herausforderung an die Technik, an die Kreativität, die Phantasie und die Fähigkeit zur Kooperation. Es ist ein Prozess der Selbstreformation der Gesellschaft, der ökonomischen, technischen, sozialen und kulturellen Wandel bedeutet. Dieser kann nicht technokratisch verordnet werden, sondern nur demokratisch gewollt sein. Deswegen ist eine breite gesellschaftliche Diskussion um die Zukunft wichtig.

Und deshalb danke ich Ihnen, die Sie in lokalen Agenda-Prozessen engagiert sind, sehr herzlich. Und ich möchte Sie bitten, dabei zu blei-

ben, trotz zwischenzeitlicher Enttäuschungen. Die Agenda-Arbeit ist keine Eintagsfliege, auch keine Zehnjahres-Fliege, sie ist ein langwieriger, teilweise langweiliger aber zum Glück auch motivierender und ermutigender Prozess. Nachhaltigkeit beinhaltet die lange Frist, ich hoffe und wünsche, dass Sie lange und intensiv dabei sind und in ihren Prozessen vor Ort erfolgreich am Fundament der Nachhaltigkeit bauen.

Deutschland auf dem Weg zur Nachhaltigen Entwicklung:

Bilanz, Ausblick und Anforderungen. Eine Bewertung aus Sicht des Nachhaltigkeitsrates

Rede von Hubert Weinzierl zur Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung „Countdown für Johannesburg“

Umweltforum Berlin, 31. Mai 2002

Das Jahr 2002 ist das Jahr der Positionsbestimmung zehn Jahre nach dem Rio-Gipfel, und es muss zum Jahr neuer Initiativen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden. Alle sind gefragt, ihren nächsten Schritt zu tun. Bessere Lebenschancen für mehr Menschen eröffnen, eine gerechte Zukunft schaffen und die Umwelt erhalten – das ist der Suchprozess der Nachhaltigkeit. Vermeintlich endgültige Antworten sind genauso falsch wie Nichtstun. Das Bundeskabinett hat am 17. April 2002 die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Diese Strategie bildet den deutschen Beitrag zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, der vom 26. August bis 4. September dieses Jahres in Johannesburg stattfindet. Sie ist auch der Startpunkt für die deutsche Nachhaltigkeitspolitik.

Die Nachhaltigkeitsstrategie beginnt mit einer nüchternen Bilanz. Sie lässt keinen Zweifel daran, dass unsere Produktions- und Lebensweise in Deutschland noch lange nicht umweltgerecht und zukunftsfähig ist. Sie eröffnet daher einen neuen Anlauf der Politik, mit neuen Zielen für die Ressourcenschonung, den Umweltschutz und die Entwicklungspolitik.

Neu ist vor allem, dass sich die Politik auf quantifizierte Zielangaben festlegen lässt. Sie folgt hierin einer zentralen Empfehlung des Nachhaltigkeitsrates. Die Politik wird mit dieser Vorgehensweise messbar und nachvollziehbar, mit ihren Erfolgen, aber auch mit dem, was nicht gelingt oder nicht in Angriff genommen wird. Das ist der Regierung nicht leicht gefallen. Aber schließlich erhöht es die Glaubwürdigkeit der Nach-

haltigkeitspolitik, die auf das selbstständige Mitmachen einer Vielzahl von Menschen angewiesen ist. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie kommt vor allem die Umwelt- und Energiepolitik einen großen Schritt weiter.

Der Nachhaltigkeitsrat sieht seine Empfehlungen in einer Reihe von wichtigen Punkten aufgegriffen:

- Mit dem Zwischenschritt, in 2006 0,33 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungspolitik aufzuwenden, wird der jahrelangen Stagnation der Entwicklungsausgaben begegnet.
 - Es kommt wieder Bewegung in die Entwicklungszusammenarbeit. Der internationalen Verantwortung der deutschen Politik wird stärkeres Gewicht beigemessen. Die Regierung hat zugesagt, die Folgen der Globalisierung auf internationaler Ebene zu thematisieren.
 - Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Anstieg der Importe von Produkten aus Entwicklungsländern soll fortgesetzt werden. Dazu sollen faire Handelsbeziehungen geschaffen werden.
- Mit der Nachhaltigkeitsstrategie kommt vor allem die Umwelt- und Energiepolitik einen großen Schritt weiter.**
- Die Begrenzung des Flächenverbrauches von jetzt 130 auf 30 ha / Tag im Jahr 2020 ist ein Ziel, das äußerst ambitioniert ist und dem durch seine Auswirkung vor allem auf die Städtebau-, Fiskal-, Landes- und Kommunalpolitik eine große Signalwirkung zukommt.
 - Erneuerbare Energien sollen bis zur Mitte des Jahrhunderts rund 50% des Energieverbrauches in Deutschland decken – ein Ziel, das die Innovationspolitik in Deutschland vor ganz neue Herausforderungen stellt.
 - Auf Drängen des Rates unterstreicht die Bundesregierung ihre Absicht, die Vorreiterrolle im Klimaschutz auch weiterhin wahrzunehmen und ein anspruchsvolles Klimaziel für die nächste Etappe internationaler Vereinbarungen vorzuschlagen – der Rat sieht damit die Diskussion um die langfristigen Ziele der Klima- und Energiepolitik und den Platz, den die verschiedenen Energieträger darin haben werden, eröffnet.
 - Die vom Rat vorgeschlagenen Projekte, mit denen die Idee der Nachhaltigkeit verdeutlicht werden soll, werden von der Regierung aufge-

griffen. Es handelt sich um Projekte, die soziale und technische Innovation verknüpfen und vielen Menschen die Chancen zur Beteiligung an einem Element der nachhaltigen Entwicklung ermöglichen: Energie-Contracting, Gebäudedämmung mit dem Niedrigenergiehaus, nachhaltiger Warenkorb und Verbraucherpolitik, Welternährungs- politik durch Strategien der nachhaltigen Landnutzung gegen Welthunger, Strategien zum intermodalen Stadtverkehr und zur Veränderung des Verkehrsverhaltens.

- Nachhaltigkeit in der Naturschutzpolitik soll in Zukunft anhand einer Liste von Indikator-Tierarten messbar werden. Bei der Zusammenstellung der Liste ist die Bundesregierung dem Rat nur teilweise gefolgt. Eine integrierte Bewertung der Landnutzung ist mit der derzeitigen Liste nicht möglich. Der Rat hat Nachbesserungen gefordert.
- In der agrarpolitischen Konzeption hat die Regierung den zunächst vorgelegten Entwurf auf Empfehlung des Rates überarbeitet und betont, dass in der Produktion von Lebensmitteln, in der Verbraucher- und Konsumpolitik und der Politik für den ländlichen Raum eine grundlegende Neuorientierung erforderlich ist.
- In der Formulierung des Stickstoff-Indikators als Maßstab für den Weg zur Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ist die Regierung dem Rat gefolgt. Sie hat allerdings – entgegen dem Votum des Rates – einen zweiten Indikator festgelegt, der den Ökolandbau als den Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft schon heute in besonderem Maße gerecht werdend bezeichnet und einen Flächenanteil des Ökolandbaus von 20 % der Landwirtschaftsfläche anstrebt. Der Rat spricht sich zwar grundsätzlich auch für die angezielte Expansion des Ökolandbaus aus, hält aber den Öko-Flächenanteil als Indikator einer nachhaltigen Landbewirtschaftung für ungeeignet.
- Einer weiteren Empfehlung des Rates folgend, hebt die Nachhaltigkeitsstrategie die Rolle der Kulturpolitik hervor und beschreibt die ethischen Grundlagen der Nachhaltigkeitspolitik.
- Der Prozesscharakter der Nachhaltigkeitsstrategie wird ausdrücklich bestätigt und es werden nächste Schritte angekündigt – der Rat unterstützt die Konzeption der Strategie als ein Such- und Anpassungspro-

zess. Nicht fertige Konzepte gilt es abzuhaken, sondern den Wettbewerb um die besten Konzepte für die Zukunftsfähigkeit gilt es zu fördern.

Allerdings wurden nicht alle Empfehlungen des Rates aufgegriffen. So hatte der Rat unter anderem dafür plädiert, schon zum jetzigen Zeitpunkt ein anspruchsvolles Klimaziel für das Jahr 2020 festzulegen, die Subventionierung der Steinkohleförderung zu beenden, die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Investitionen anhand eines spezifischen Indikators zum „ethischen Investment“ zu messen und einen Indikator für das ehrenamtliche und demokratische Engagement in der Nachhaltigkeitspolitik einzuführen sowie die Ressourcenschonung nicht nur an den Maßstäben der Intensität (das tut die Regierung), sondern auch an absoluten Verbrauchszahlen zu messen.

Es bleiben also Differenzen zur Regierungspolitik. Nachhaltigkeit ist Langfristpolitik. Sie wird sich im Laufe der Zeit – im Lichte des Erreichten und des vergeblich Angestrebten – selbst auch ändern müssen. Entscheidend wird in naher Zukunft sein, wie die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung fortgesetzt wird.

Johannesburg und die Perspektiven für Deutschland

Vortrag von Dr. Volker Hauff zur Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Gesellschaft für Nachhaltigkeit, neue Umweltökonomie und nachhaltigkeitsgerechtes Umweltrecht

Berlin, 24. Oktober 2002

Um es vorweg zu sagen: Johannesburg hat sowohl Defizite als auch Erfolge gebracht und Perspektiven aufgezeigt. Wer den Gipfel einseitig als gescheitert oder als Erfolgsstory wertet, liegt wohl falsch. Solche Bewertungen sagen mehr über die Zugehörigkeit des Autors zu einer bestimmten Organisation aus als über den Gipfel selbst. So gab es vor Johannesburg einen Wettbewerb unter den Nichtregierungsorganisationen, wer die größten Erwartungen an den Gipfel formuliert und nach dem Gipfel übertraf man sich gegenseitig in der Diagnose, dass der Gipfel gescheitert sei, eine Enttäuschung darstelle und dass die Umweltpolitik verraten worden sei. Auch bei einigen staatlichen Einrichtungen ist zu beobachten, dass die Bewertung des Gipfels längst feststand, noch bevor er überhaupt begonnen hatte.

Einige Leitartikel großer Zeitungen spekulierten, ob Johannesburg der letzte Weltgipfel dieser Art war. Ich halte das für eine wohlfeile Beurteilung. Sie geht an der Sache vorbei, weil sie kurzatmig ist und den Gipfel ausschließlich aus der tagesaktuellen Perspektive betrachtet.

Um die Ergebnisse des Weltgipfels von Johannesburg richtig einzuordnen, ist es hilfreich, die Entwicklung der letzten dreißig Jahre Revue passieren zu lassen. Die UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm hatte grundlegende Prinzipien des Umweltschutzes auf der Tagesordnung, die uns heute selbstverständlich erscheinen, die damals jedoch höchst umstritten waren, wie z.B. das Verursacherprinzip. Die Stockholmer Konferenz hat die Umweltpolitik als ein globales Politikfeld fest etabliert. Das zweite Ereignis, das ich erwähnen möchte, ist der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der Brundtland-Bericht, aus dem

Jahre 1987. Bis dahin wurde die globale Umweltpolitik vornehmlich aus sich selbst heraus begründet (Umweltschäden, Naturzerstörung) und als eine Ressortpolitik mit relativ kleinem Zuschnitt betrieben. Das führte mithin immer wieder zu nicht auflösbaren Konflikten mit anderen Politikbereichen. Es ist das Verdienst des Brundtland-Berichts, erstmals einen konzeptionell tragfähigen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Umwelt hergestellt zu haben. Als roter Faden zog sich durch diesen Bericht die Vorstellung von einem „sustainable development“, ein Begriff, dessen Wiedergabe im Deutschen als „nachhaltige Entwicklung“ ungenügend und abgehoben erscheint, weil er nicht die Alltagsbedeutung von Sustainability trifft, die diese im Englischen als etwas sehr Unmittelbares und Konkretes hat. Die – wie sich erst später herausstellte – wichtigste Empfehlung der Brundtland-Kommission war der Vorschlag, eine Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung durchzuführen. Diese fand 1992 in Rio de Janeiro statt. Rio steht für Aufbruch, Begeisterung und Vision. In Rio wurde der Startschuss für die multilateralen Regelwerke zum globalen Umweltschutz (Klima, Wüstenbildung, Biodiversität) gegeben. Zugleich wurde beschlossen, nach zehn Jahren Bilanz zu ziehen, um nach der Umsetzung der Rio-Agenda 21 zu fragen und neue Herausforderungen aufzugreifen. Dafür steht Johannesburg 2002. Erst aus dieser Abfolge wird die Rolle des Weltgipfels von Johannesburg deutlich. Ihr Verständnis ist wichtig, um Maßstäbe für die Beurteilung der Ergebnisse von Johannesburg zu entwickeln.

Für eine abschließende Bewertung der Johannesburger Ergebnisse ist es sicher noch zu früh. Der in Johannesburg beschlossene „Plan of Implementation“ beschreibt Maßnahmen und Handlungsansätze. Diese kann man erst wirklich bewerten, wenn sie umgesetzt sind, noch nicht, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Trotzdem: Eine vorläufige Bilanz kann man ziehen.

Ich persönlich glaube, man kann mit Recht sagen, Johannesburg brachte weniger als erhofft, aber mehr als befürchtet. Der Gipfel bietet Perspektiven für Deutschland und die EU. Die Regierungsverhandlungen waren zäh. Aber es ist ein ordentliches Ergebnis herausgekommen. Außerhalb der offiziellen Verhandlungen und Dokumente wurde in Johannesburg die Vielfalt, Spannbreite und positive Energie der Zivilgesellschaft sichtbar. NGOs, die Wirtschaft, Verbraucherverbände, insbe-

sondere auch die Städte und Gemeinden haben nicht auf den Staat gewartet. Diese positiven Energien gilt es zu nutzen, um einen wirklichen Schritt in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Johannesburg hat die Chancen hierfür verbessert.

Diese Beurteilung will ich Ihnen heute gerne erläutern.

Mein erster Punkt gilt den Unterschieden zwischen Rio und Johannesburg. Johannesburg war nicht wie Rio von einem weltumspannenden Optimismus getragen. In Rio 1992 glaubte man nach dem Ende der Blockgegensätze an die Verteilung einer Friedensdividende und an einen weltpolitischen Aufbruch. Johannesburg fand in einer ernüchterten Atmosphäre statt. Die Unterschiede zwischen arm und reich, Gewinnern und Verlierern der globalen Entwicklung sind in den vergangenen zehn Jahren noch größer geworden. Und während wir im Prinzip wissen, dass Kriege, Spannungen und der internationale Terrorismus auch in der Armut und der Ungerechtigkeit in großen Teilen der Welt wurzeln, zeichnen sich hier noch keine wirklichen Lösungen ab. Die Globalisierung erscheint vielen als eine Bedrohung. Ihre positiven Auswirkungen werden oft übersehen. Schließlich: Der Rückzug der USA aus einigen internationalen Politikprozessen und ihr Widerstand gegen multilaterale Verpflichtungen waren eine weitere Belastung.

Zwischen Rio und Johannesburg: Hoffen auf die Friedensdividende – und neue Härte der internationalen Politik.

Johannesburg hat diesem Druck standgehalten. Das war nicht selbstverständlich. Die Verhandlungen hätten sich auch in den Fallstricken der Handelspolitik und in Finanzierungsfragen rettungslos verfangen können. In Johannesburg ist es gelungen, die globale Nachhaltigkeitspolitik auf Kurs zu halten und zugleich auch neue Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Das war der Erfolg von Johannesburg. Die internationale Gemeinschaft meint es ernst mit der Nachhaltigkeitspolitik.

II

Was hat der Gipfel in der Sache gebracht? Das Verhandlungsergebnis ist ein Mosaik aus Fortschritten, Stillstand und Fehlstellen. Es zeigt aber

auch das „Momentum“, das von Johannesburg auf die Nachhaltigkeitspolitik ausgeht. Das Prinzip der „common but differentiated responsibility“ wurde bestätigt. Es ist die Grundlage für die Vereinbarung wichtiger Umwelt- und Entwicklungsziele. Aber nochmals: Ob diese Ziele wirklich greifen werden und wie viel sie tatsächlich wert sind, hängt von der Umsetzung des Implementationsplanes ab. Zu den wesentlichen Zielstellungen zähle ich:

· *Trinkwasser / Sanitäre Grundversorgung:*

Der Anteil der Weltbevölkerung ohne sanitäre Abwasserentsorgung soll bis 2015 halbiert werden. Ebenso soll der Zugang der Menschen zu sauberem Trinkwasser verbessert werden.

· *Erneuerbare Energien/ Zugang zu Energie:*

Der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieversorgung soll weltweit deutlich erhöht und die Umsetzung dieses Ziels als Vorgabe in den kommenden Jahren regelmäßig überprüft werden. Die Festlegung eines konkreten Zeitziels ist am Widerstand der USA, Japans und der OPEC gescheitert. Auf deutsche Initiative hin kam es zu einer Erklärung gleichgesinnter Staaten zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien. Der Bundeskanzler hat in seiner Rede vor dem Gipfel zu einer internationalen Konferenz über erneuerbare Energien nach Deutschland eingeladen.

Ein Mosaik aus Fortschritt und Fehlstellen.

· *Klimaschutz:*

China, Kanada und Russland haben in Johannesburg ihre Ratifizierung des Kyoto-Protokolls angekündigt. Das ist ein wichtiges Signal für sein Inkrafttreten.

· *Nationale Nachhaltigkeitsstrategien:*

Die Bedeutung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien wurde hervorgehoben. Die Staaten haben vereinbart, die Einrichtung oder die Verbesserung von Nationalen Nachhaltigkeitsräten zu unterstützen, um einen „high level focus on sustainable development strategies“ zu schaffen.

· *Unternehmensverantwortung:*

Mit der Unternehmensverantwortung (accountability, corporate responsibility) wird ein weiterer großer politischer Bereich angesprochen, der gegenüber dem Stand von Rio neu und zusätzlich ist. Die Unternehmensverantwortung soll weiter gefördert und voran getrieben werden. Die Staaten sollen Rahmenbedingungen für freiwillige Vereinbarungen schaffen und die Unternehmen dazu motivieren, diese aufzugreifen. Dialog- und Management-Initiativen werden ermuntert. Eine effektive Implementierung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen, internationalen Initiativen und nationalen Regelungen zur Unternehmensverantwortung wird gefordert.

Nach meiner Beobachtung sind viele durchaus vorzeigbare Aktivitäten der Wirtschaft in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Sie machen gleichwohl deutlich, dass die Nachhaltigkeit zunehmend aus dem Feld staatlicher Politik in einen gesellschaftlichen Bewegungsrahmen hinein wächst. Zukünftig wird die strategische Verbindung von Unternehmensverantwortung und Haftungsrecht eine große Herausforderung darstellen.

Johannesburg hat ferner weitere Ziele und wichtige Maßnahmen zur Chemikalienpolitik, zur biologischen Vielfalt und den natürlichen Ressourcen, zu Fischerei, Gesundheit, Konsum- und Produktionsmustern vereinbart, die ich hier nicht im Einzelnen ansprechen kann.

III

Diese erreichten Vereinbarungen sind Fortschritte im Sinne von kleinen Schritten in die richtige Richtung. In das Mosaik gehören aber auch die negativen Punkte und Fehlstellen.

Bedauerlich ist, dass Johannesburg die bestehende Balance der UN-Einrichtungen nicht angetastet hat. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist nicht endlich zu einer eigenständigen Umweltorganisation der Vereinten Nationen aufgewertet worden. Vielfältige Widerstände wurden dagegen vorgetragen; Befürchtungen wurden geäußert, dass neue Zuständigkeiten geschaffen würden, weitere UN-Bürokratien entstehen oder einer einseitigen Veränderungen der politischen Balance

zwischen Umwelt und Entwicklung Vorschub geleistet werden könnte. Gleichwohl wäre es aus meiner Sicht richtig gewesen, die herausragende Arbeit, die Klaus Töpfer als Leiter des UN-Umweltprogramms leistet, in einen angemessenen Rahmen zu stellen. Der Gipfel hat vielmehr beschlossen, den UN-Generalsekretär um das Monitoring zur Umsetzung des beschlossenen Aktionsplanes innerhalb des UN-Apparates zu bitten. Angesichts der thematischen Breite der globalen Nachhaltigkeitspolitik dürfte dies nach meiner Einschätzung nur realisierbar sein, wenn es gelingt, innerhalb der UN eine klar erkennbare und eindeutig legitimierte Struktur zu schaffen. Klare Mechanismen und Richtlinien sind hierfür unabdingbar, auch wenn sie noch nicht in Johannesburg beschlossen werden konnten.

Leider ist man dem von der EU mitgetragenen deutschen Vorschlag, eine UN-Weltkommission „Nachhaltigkeit und Globalisierung“ einzurichten, nicht gefolgt.

Beim Thema Abbau von umweltschädlichen und wettbewerbsverzerrenden (Agrar-) Subventionen konnte zwar eine Vorrangstellung der WTO-Regeln gegenüber den internationalen Umweltvereinbarungen verhindert werden, aber eine eigenständige politische Initiative des Johannesburger Gipfels ebenfalls verhindert. Eine Verpflichtung zum Abbau dieser Subventionen wurde letztlich nicht akzeptiert.

IV

In diesem Mosaik von Plus und Minus scheinen mir als Momentum und Perspektive folgende Punkte wichtig:

Der Multilateralismus hat eine Zukunft:

Johannesburg hat den Wert multilateraler Vereinbarungen verteidigt und gegen viele Angriffe bestätigt. Es prägte sogar eine neue Art des Multilateralismus. Multilaterale Vereinbarungen können mehr als nur Ergebnis völkerrechtlicher Verhandlungen mit Rücksicht auf den langsamsten im internationalen Geleitzug sein. Die bisher ausschließlich als Alternative gedachte politische Vorgehensweisen – entweder eine multi-

laterale Vereinbarung anstreben, oder den Rückzug in unilaterale Politik (beispielsweise der USA) antreten – werden womöglich zusehends Übergangsformen herausbilden. Das Thema Erneuerbare Energien gibt ein Signal für die Entwicklung unterschiedlicher Formen der internationalen Zusammenarbeit. Ein „Multilateralismus der verschiedenen Geschwindigkeiten“ sollte entstehen. Während der Kyoto-Prozess als Beispiel für den klassischen Multilateralismus mit dem Anspruch, alle mitzunehmen, langsam verläuft, bildet sich nun – hoffentlich – eine Führungsgruppe von Staaten heraus, die schneller voran geht und sich damit auch Zukunftsmärkte erschließt.

Nationale Vorreiterrollen werden international honoriert.

Johannesburg hat deutlich gemacht, was eine politische Vorreiterrolle eigentlich ausmacht. Sie besteht darin, dass man tatsächlich vorangeht und nicht darin, nur über sie zu reden.

Deutschland konnte in Johannesburg vor allem beim Klimaschutz und bei der Entwicklung erneuerbarer Energien zeigen, dass der oft behauptete Gegensatz zwischen nationaler Vorreiterrolle und internationaler Vereinbarung in dieser Allgemeinheit nicht mehr besteht. Es kommt vielmehr auf die konkreten Inhalte der nationalen Vorreiterpolitik an. Eine überzeugende nationale Vorreiterpolitik ist ein erfolgreiches Mittel, um in der Staatengemeinschaft insgesamt voran zu kommen.

Weltgipfel-Veranstaltungen haben Zukunft.

Johannesburg hat deutlich gemacht, dass ein solcher Gipfel in Zukunft einen neuen Ansatz braucht. Die bisherige Arbeitsteilung zwischen Staaten und Zivilgesellschaft gehört überdacht. Während die Regierungen das harte Verhandlungsgeschäft verfolgen, sind die zivilgesellschaftlichen Akteure für die „Stimmung“ zuständig. So war Johannesburg. Diese Arbeitsteilung ist zu sehr staatsfixiert. Sie entspricht längst nicht mehr der Wirklichkeit der Nachhaltigkeitspolitik. Wir brauchen in der Zivilgesellschaft neuen Formen der Kommunikation und neue Formen der verbindlichen Zusammenarbeit. Ich bin sicher: Auch in 15 Jah-

ren wird es Weltgipfel geben, aber sie werden völlig anders aussehen. Die Zivilgesellschaft in ihren unterschiedlichen Facetten in der Wirtschaft, der Industrie, den NGOs, der Wissenschaft und den anderen Gruppen muss in Zukunft in viel stärkerem Maße Anteil an Gipfel-Vereinbarungen nehmen. Damit wird nicht etwa einer Verwischung der jeweiligen Verantwortlichkeit von Regierungen, NGOs und Zivilgesellschaft darf das Wort geredet. Diese müssen klar bleiben, denn nur sie begründen die Legitimität, mit der völkerrechtlich bindende Vereinbarungen überhaupt geschlossen werden können. Aber ein Weltgipfel sollte in Zukunft mehr verhandlungsrelevante Facetten haben und mehr Ergebnis-Verantwortung abfragen als wir es in Johannesburg sahen. Die Partnerschaften (in Johannesburg als so genanntes *type two outcome* bezeichnet) weisen dabei in eine Richtung, für die ich hier eine Zukunft sehe.

Partnerschaften sind eine Zukunftsoption.

Partnerschaften und Allianzen von verschiedenen Akteuren werden weiterhin und zunehmend eine große Rolle spielen. Aber sie werden nicht ernsthaft in Konkurrenz zu den Regierungsvereinbarungen treten können. Insofern erwiesen sich anfängliche Befürchtungen, das Instrument der Partnerschaften könnten dazu ausgenutzt werden, die Regierungsverhandlungen des Weltgipfels zu marginalisieren, als unbegründet. Im Gegenteil, ich meine, das Instrument der Partnerschaften verdient es, weiter ausgebaut zu werden und mit Kriterien und Erfolgsbilanzen auch zu einem nachvollziehbaren und transparenten Instrument gemacht zu werden. Die freiwilligen Vereinbarungen der Industrie, die in Deutschland wie zum Beispiel die Zielvereinbarung zum Papierrecycling erfolgreich gelaufen sind, sind auch auf globaler Ebene zur Nachahmung empfohlen.

Impulse

Erwartungen an die Forschung aus der Sicht praktischer Nachhaltig- keitspolitik

Vortrag von Dr. Angelika Zahrt zur Auftaktkonferenz des BMBF
„Zukunft gewinnen – der Beitrag der sozial-ökologischen Forschung“

Berlin, 6. Mai 2002

Nachhaltigkeits*politik* lässt fortwährend neue Fragen und Herausforderungen entstehen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Bedeutung der Forschung für die Nachhaltigkeit bereits unterstrichen. „Nachhaltigkeit braucht Vordenken“ – das war das Stichwort in der Rede des Vorsitzenden des Rats bei der Auftaktkonferenz im September 2001.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat im April 2001 seine Arbeit aufgenommen. Seine Aufgabe ist die Beratung der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik und die Kommunikation in die Öffentlichkeit. Der Rat hat unter anderem Leitbilder und Ziele sowie Leuchtturmprojekte vorgeschlagen. Das politische Gewicht des Rates liegt in seiner sehr breiten Zusammensetzung und in dem Willen der Ratsmitglieder, über inhaltliche Differenzen hinweg politische Anstöße zu geben.

Die Nachhaltigkeits*forschung* kann heute auf eine solide Basis einer breit angelegten wissenschaftlichen Bearbeitung blicken. Ich erinnere nur an die Studie zum Zukunftsfähigen Deutschland, die Forschungsarbeiten des Umweltbundesamtes und die Studien im Rahmen des Nachhaltigkeitsprojektes der Helmholtz-Gesellschaft, an die Programme des Bundesforschungsministeriums, aber auch an die Vielzahl weiterer Studien der Länder und anderer Forschungseinrichtungen.

Als BUND-Vorsitzende liegt es nahe, auf die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ näher einzugehen – nicht nur, weil es die erste umfangreichere und konkrete Studie zu den Anforderungen einer Nachhaltigkeits-

politik in Deutschland war; nicht nur, weil es diese Studie war, die bis heute die größte öffentliche Resonanz erfahren hat; sondern auch, weil ich sie forschungspolitisch für ein gelungenes Nachhaltigkeitsexperiment halte.

Der Ausgangspunkt war die Gegenkonferenz der NGOs zum G7-Gipfel in München 1992, als Manus van Brakel von der niederländischen Partnerorganisation unseres internationalen Netzwerkes „Friends of the Earth“ über die Studie „Sustainable Netherlands“ berichtete. Der Versuch, Nachhaltigkeit konkret für die praktische Nachhaltigkeitspolitik in den Niederlanden zu übersetzen, hatte große öffentliche Resonanz gefunden. Diese internationale Anregung haben wir als BUND aufgegriffen, die niederländische Studie übersetzen lassen und damit ihre die Diskussion anregende Wirkung testen können. Daraufhin beschlossen wir, dass wir für die Bundesrepublik auch eine derartige Studie brauchen, die aufzeigt, was die Bekenntnisse von Rio für ein Industrieland wie die Bundesrepublik in der Nachhaltigkeitspolitik konkret bedeuten würden. Um dem Anspruch der Rio-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung gerecht zu werden, sahen wir uns nach einem entwicklungspolitischen Partner um und fanden ihn in Misereor. Als wissenschaftlichen Auftragnehmer – mit eigener finanzieller Beteiligung – wählten wir das Wuppertal-Institut aus: wegen dessen Fähigkeit zu interdisziplinärer Arbeit, der Bereitschaft zu transdisziplinärem Arbeiten mit Praxispartnern und zu einem etwas ungewöhnlichen Forschungsablauf. Es wurde ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet, in dem auch die Auftraggeber vertreten waren, und während der Erstellung waren immer wieder Beratungsschritte mit uns als Praxispartnern vorgesehen. Zur Halbzeit war eine wissenschaftliche Fachdiskussion in größerem Kreis vorgesehen, die auch zu einer deutlichen Korrektur des Projekts führte. Gleichzeitig mit der wissenschaftlichen Erarbeitung wurde von BUND und Misereor ein umfangreiches Kommunikationskonzept erarbeitet.

Rückblickend kann ich in diesem Projekt einiges ausmachen, was inzwischen gängige Anforderungen an Nachhaltigkeitsforschung sind: die internationale Anbindung, die Interdisziplinarität, die Transdisziplinarität, die Sondierungsphase, die Ausgestaltung als lernendes Projekt, die anschließende und gleich mitgedachte Kommunikationsphase.

Als wir das Projekt angegangen sind, ging es uns allerdings nicht um eine forschungspolitische Innovation, sondern um die politische Zielsetzung. Und all die Begriffe zum Forschungsdesign habe ich eigentlich erst während meiner Zeit als Mitglied im Strategiebeirat des Forschungsprogramms „sozial-ökologische Forschung“ kennen gelernt.

Dies zu dem Hintergrund, vor dem ich meine Thesen zum Verhältnis von Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik und einige konkrete Erwartungen an die Forschung formuliere. Diese Erwartungen sind keine *self-fulfilling prophecies*. Ihre Realisierung geht nicht von allein. Sie erfordern Nachdruck und Ausdauer.

Erste Erwartung: Der wissenschaftliche Input in die Nachhaltigkeitspolitik ändert auch die Wissenschaft selbst.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist nicht im wissenschaftlichen Elfenbeinturm entstanden, sondern im Kontext praktischer bzw. politischer Notwendigkeit, und dies gleich zweimal.

- Im Mittelalter führten Raubbaumethoden der Waldnutzung und exzessive Rodungen zu einem Mangel und zu mangelhafter Qualität der Resource Holz. Die Krise betraf sowohl die Ökologie als auch die sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse. Die Forstwirtschaft reagierte mit Bemühungen zur Wiederaufforstung und dauerhaften Nutzung der Wälder. Aber erst im 18. Jahrhundert wurden diese Bemühungen zu einem systematischen Konzept zusammengefügt und mit dem Begriff der nachhaltigen Nutzung belegt.
- 1987 wurde dieses Nutzungskonzept im Brundtlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung verallgemeinert und trat seine politische Karriere an. Die wissenschaftliche Ausarbeitung des Konzepts und der Managementregeln fand in der Folge statt.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist nicht im wissenschaftlichen Elfenbeinturm entstanden, sondern im Kontext praktisch-politischer Notwendigkeit.

Nicht die Wissenschaft hat Nachhaltigkeit also erfunden und ge-

prägt. Sie hat den Begriff aber schnell aufgenommen. Kritisch muss man sagen, dass Nachhaltigkeitsforschung oft jedoch nur das ist, was sich an bestehende wissenschaftliche Forschungsrichtungen (und nebenbei, meist: Technikentwicklungen) als Zusatz „anbauen“ lässt und ansonsten nicht stört. Wissenschaft versteht sich so als Dienstleister und Beobachter. Ich erwarte, dass es in Zukunft aber auch Rückwirkungen der Nachhaltigkeitspolitik auf die Organisation und Struktur der Wissenschaft geben wird. Aus dem eindimensionalen Verhältnis des „Dienstleisters“ Wissenschaft zur Gesellschaft wird ein wechselseitiges Beeinflussen werden müssen.

Es ist zu erwarten, dass die Nachhaltigkeitsforschung einige überkommene wissenschaftsimmanente Maßstäbe verschieben und neu aushandeln muss. Ich möchte dies an einigen Punkten verdeutlichen:

Der erste betrifft den normativen Gehalt von Zielen. Es heißt oft aus den Reihen der Wissenschaft, teils auch der Politik, normativ gesetzte Ziele seien der Feind der Wissenschaft. Eine Vorgabe von Zielen – wie der Nachhaltigkeit – sei ideologisch und letztlich unwissenschaftlich.

Nachhaltigkeitsforschung ist bisher oft nur das, was die etablierten Forschungsstraditionen nicht stört.

Begegnet ist mir dieser Vorwurf sehr häufig bei der Vorstellung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die auf dem Konzept des Umwelt-raums und der expliziten Grundlage einer Gleichverteilung des Umwelt-raums an alle Menschen beruht. Dieses ethische Postulat wurde als ideologisch bezeichnet, die aktuelle Ungleichverteilung, nach der 20% der Bevölkerung 80% der Ressourcen nutzen, jedoch als objektive, nicht hinterfragbare, wissenschaftlich saubere Basis angesehen. Wenn sich diese Auffassung argumentativ nicht mehr halten ließ, wurde auf der normativen Ebene diese Verteilung zur „Besitzstandswahrungsgerechtigkeit“ erhoben.

Ein zweiter Punkt hängt mit der *Konkretion* von Zielen zusammen. Nachhaltigkeitspolitik braucht konkrete quantifizierbare Ziele. Die Ziele für eine Nachhaltigkeitsforschung werden allerdings oft nicht klar und eindeutig, präzise und abgrenzbar beschrieben werden können. Denn neben konkreten Zielen wie der Entwicklung eines emissionsfreien Autos geht es um schwer eingrenzbar Ziele wie die Steigerung der Attraktivität

tät des öffentlichen Verkehrs.

Das Spannende an der Nachhaltigkeit ist der Such- und Optimierungsprozess. Insofern fragt Nachhaltigkeit auch nach einer neuen Forschungspraxis. Das Neue besteht wohl darin, die Zahl der möglichen Antworten auf eine Frage gezielt auszuweiten. Das steht im Widerspruch zur traditionellen Forschungslogik, die in der Regel die empirische Suche im Labor oder am Schreibtisch schon zum möglichst frühen Zeitpunkt einengt. Reduzierung, Fraktionierung, Fragmentierung, Operationalisierung macht das Projekt für den Forschenden und seinen Auftraggeber einfacher, wird aber dem vielschichtigen Ganzen der Realität immer weniger gerecht. Dieses ökonomisierte Forschungs- und Denkmanagement moderner Wissensproduktion verkürzt die Suchprozesse oft unzulässig. Von daher bewerte ich die Sondierungsphase des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ als sehr positiv.

Eine Erwartung der Nachhaltigkeitspolitik an die Organisation von Wissenschaft ist von daher, dass die Organisation von Wissensprozessen systematisch die Art und Zahl von möglichen Antworten erweitert. Das kann zum Beispiel geschehen, indem der Kreis der beteiligten Wissenschaftler vergrößert und neue wissenschaftliche Kooperationen ermöglicht werden.

Richtig verstanden, fragt Nachhaltigkeit aber nach einer neuen Forschungspraxis.

Nachhaltigkeit ist also kein separates Forschungsfeld. Nachhaltigkeit ist kein Forschungsgebiet, das sich den bestehenden Forschungsgebieten als zusätzliches angliedern ließe. Vielmehr ist Nachhaltigkeit eine Denkrichtung und die Art und Weise der Wissensproduktion innerhalb der Forschungsfelder und zwischen den Forschungsfeldern. Von einer Realisierung dieser Erwartungen sind wir trotz guter Ansätze tatsächlich noch weit entfernt, in der Hochschulforschung noch mehr als im Bereich der außeruniversitären, insbesondere der alternativen Forschungsinstitute (falls die sich heute noch so bezeichnen lassen wollen). Deshalb ist es heute auch zunächst richtig, die Nachhaltigkeitsforschung ein gutes Stück parallel zu herkömmlichen Forschungsfeldern zu fördern. Parallelität ist in diesem Sinn ein Wettbewerb um das bessere Konzept. Lernprozesse, das gute Beispiel und die überzeugendere Lösung von Sachproblemen sollten diese Parallelitäten in Zukunft dann wieder zueinander führen.

Zweite Erwartung: Nachhaltigkeitspolitik bringt neue Themen für die Wissenschaft und neue Rollen für die Wissenschaftler: Vom Beobachter zum Mitgestalter

In der Debatte um die Nachhaltigkeit geht uns oft die Formel so ganz leicht über die Lippen, wir wollen eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Rahmen der Leitplanken, die sich aus der Belastbarkeit der Umwelt ergeben.

Eine wichtige Frage dabei ist jedoch: Kann die Wissenschaft diese Leitplanken schon hinreichend exakt bestimmen, um darauf aufbauend

**Nicht wissenschaftliche
Vorausschau hat zur
Agrarwende geführt, sondern eine verrückte Kuh.**

teils harte und schmerzliche Einschnitte für die Naturnutzung durch die Menschen oder durch einzelne Gruppen zu begründen? Oder müssen wir uns an Korridore der Unsicherheit gewöhnen und ist es ein Kennzeichen von Nachhaltigkeitspolitik,

mit dieser Unsicherheit vorsorglich umzugehen, statt sie fortschrittsoptimistisch zu vernachlässigen oder gar zu leugnen?

Haben wir die *driving forces* der Umweltkrise und der nicht-nachhaltigen Entwicklung wirklich schon wissenschaftlich durchdrungen? Nicht wissenschaftliche Vorausschau hat zur Wende in der Agrarpolitik geführt, sondern eine verrückte Kuh. Die offenkundige Hilflosigkeit und Ratlosigkeit der Agrarwissenschaft gegenüber den Folgen der gegenwärtigen Tierhaltungsmethoden, z.B. bei der Verfütterung von Tiermehl, lässt Fragen nach der Relevanz von Forschung und den von ihr verfolgten Interessen aufkommen.

Ist die Organisation der Wissenschaft in der Lage, die eigene begrenzte Aussagefähigkeit selbst zu thematisieren? Wie geht sie mit den Grenzen des Wissens und den Grenzen des technisch/biologisch/ethisch Machbaren um? Wird diese Grenze als positive ethische Kategorie erfahren, aus der sich Konsequenzen ableiten, oder als bloßer Ansporn, sie zu überwinden?

Wissenschaft stößt allenthalben an Politik, ethische Haltungen und Normen, die sich – so scheint es zunächst – der Wissenschaft entziehen. Ein Beispiel ist das Problem des Flächenverbrauchs und der Zersiedelung.

130 ha pro Tag werden in der Bundesrepublik versiegelt, die Luftbilder zeigen deutlich die zunehmende Zerschneidung der Landschaft mit Verkehrsadern und das Ausufernde der Siedlungen. Das Statistische Bundesamt hat berechnet, dass bei Fortsetzung dieses Tempos der Versiegelung die Bundesrepublik in ca. 80 Jahren vollversiegelt ist. Die Problemanzeige ist klar – aber wo sind die Grenzen? Reichen für den Biotopschutz nicht vielleicht 20 % der Fläche, können wir nicht unsere Lebensmittel aus dem Ausland importieren und unsere Ferien in naturbelassenen Ländern des Südens führen – und bei uns weiter Häuschen, Einkaufszentren und Straßen bauen? Spiegeln sich hierin nicht individuelle und gesellschaftliche Präferenzen wider, die von der Wissenschaft gefälligst akzeptiert werden sollten? Darf Wissenschaft sich hier einmischen? Oder andersherum: Kann Wissenschaft verantworten, sich *nicht* einzumischen – bei normativen Fragen wie der Verringerung des Fleischkonsums, der zunehmenden Mobilität, des Flächenverbrauchs durch ständig steigende Wohnansprüche? Sind Fragen der Einstellung, sind Lebensbilder der wissenschaftlichen Bearbeitung anders als deskriptiv zugänglich? Oder ist das Privatsache oder Politik und die Wissenschaft kann sich auf den Standpunkt zurückziehen: Liebe Menschen, ändert Ihr erst mal eure Werthaltungen, dann liefern wir euch die Handlungskonzepte?

Darf Wissenschaft sich hier einmischen? Kann sie verantworten, sich nicht einzumischen?

Meine Überzeugung ist, dass Wissenschaft sich hier nicht heraus halten kann, sondern im Kontext praktischer Nachhaltigkeitspolitik ein erweitertes Aufgabenspektrum hat:

- Sie muss die Konsequenzen des gegenwärtigen nicht-nachhaltigen Handelns aufzeigen.
- Sie muss selbst Zukunftsentwürfe für nachhaltige Entwicklungen formulieren, und sie muss die Entwicklung gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe unterstützen und Methoden hierzu entwickeln – wie z.B. Zukunftswerkstätten und Planungszellen.
- Sie muss Instrumente und Maßnahmen für ein Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit entwickeln.
- Sie muss die Behändigkeit, wenn nicht gar Widerspenstigkeit von Institutionen und Bürokratien gegenüber Veränderung analysieren und

Bedingungen für Kursänderung und Innovation erarbeiten.

- Sie muss analysieren, was der Macht der Gewohnheit entgegen gesetzt werden kann, um neue Verhaltensweisen zu erproben und dauerhaft zu übernehmen.

Change Management ist nicht nur ein Thema für Unternehmensberater. *Change Management* ist ein wissenschaftliches Aufgabenfeld für die gesamte Gesellschaft, wenn Nachhaltigkeit nicht nur eine Ankündigung, sondern eine Anleitung für das Handeln sein soll.

Dritte Erwartung: Nachhaltigkeit fordert von allen Akteuren - auch von der Wissenschaft - neue Maßstäbe der Transparenz und Partizipation

Forschung für eine nachhaltige Entwicklung muss ausreichende Transparenz gewährleisten. Die Transparenz des Prozesses nachhaltiger Entwicklung ist besonders notwendig, weil nur so ein Vertrauen in den Erfolg und eine Akzeptanz für Kompromisse entstehen kann.

Wie geht die Nachhaltigkeitsforschung mit dem Gegensatz von Wissenschaftlern und Praktikern, Laien und Experten um? Bleibt es bei dem traditionellen Bild; „beforscht“ der Wissenschaftler den Praktiker, der ihm reines Objekt und „Feldzugang“ bleibt? Oder – was zu wünschen wäre – beeinflusst die praktische Erfahrung des Laien die Problemformulierung und damit auch den Lösungsweg? Nachhaltigkeitspolitik fragt nach der Urteilskraft von Verfügungswissen, Orientierungswissen, wissenschaftlich-technischem Verstand und moralisch-politischer Vernunft. Wir brauchen eine neue Urteilskraft im Umgang mit Wissen, nicht-empirischem Wissen und Nicht-Wissen. Wir brauchen eine Kultur der Vorsorge.

Auch das übliche Bild von Laien und Experten muss in diesem Zusammenhang korrigiert werden. Denn in unserer hochspezialisierten Wissenschaftspraxis ist jeder Wissenschaftler schon in Themen, die seinem Fachgebiet benachbart sind, ein Laie. Jeder Wissenschaftler ist also bei der überwiegenden Zahl von Fragen Laie. Und jeder Laie ist irgendwo wiederum Experte. Deshalb sind Erfahrungen und Experten der Alltagswelt und der politischen und wirtschaftlichen Praxis mit einzubeziehen.

Das ist auch ein Plädoyer für eine neue Offensive zur Stärkung des

kritischen Wissenschaftsjournalismus. Wissenschaftsjournalismus ist gut, wenn er gut kommuniziert, was wissenschaftlich gut erarbeitet wurde. Die Wissenschaft und ihre Organisationen tun da noch viel zu wenig.

Ich wünsche mir eine Wissenschaftskultur der Einmischung und eine Wissenschaftskultur, die gesellschaftliche Einmischung ermöglicht. Das, was große Unternehmen bereits tun – durchaus umstritten und teils auch kritisch zu sehen, aber immerhin aktiv betreiben – nämlich den Dialog mit ihren Stakeholdern zu suchen, das sollte die Wissenschaft auch tun.

Jeder Wissenschaftler ist bei der überwiegenden Zahl von Fragen Laie.

Vierte Erwartung: die Internationalisierung der Wissenschaft in Deutschland

Die deutschen wissenschaftlichen Beiträge zur Nachhaltigkeit sind im Ausland fast völlig unbekannt. Es geht uns hier so wie mit den vielen beispielgebenden und guten Aktionen der Lokalen Agenda-Initiativen. Sie setzen Maßstäbe für die kommunale Politik, die auch für das Ausland sehr interessant sind, aber wegen der Sprachbarriere nicht kommuniziert werden. Genauso wenig darf sozial-ökologische Forschung ein deutsches Nischenprodukt sein.

Mein Appell ist: Wir dürfen uns nicht selbst genug sein. Meine Erwartung ist, dass die WissenschaftlerInnen sich nicht nur in der fremdsprachigen Literatur auskennen, sondern dass sie mit ihren Beiträgen dort mitdiskutieren. Der Nachhaltigkeitsrat hat die Bundesregierung dazu gedrängt, die internationale Komponente in ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu verstärken. Auch die Wissenschaft muss internationaler werden, im Austausch mit anderen Ländern, aber auch in der Aufnahme internationaler Themen. Mein Eindruck ist, dass z.B. die zentrale Frage zum Verhältnis von Globalisierung und Nachhaltigkeit wissenschaftlich noch sehr unterbelichtet ist. Der Nachhaltigkeitsrat hat hier der Bundesregierung vorgeschlagen, in Johannesburg eine World Commission on Globalisation and Sustainability auf den Weg zu bringen.

Zum Schluss möchte ich meine Erwartungen zusammenfassen:

- Nachhaltigkeitspolitik bringt neue Themen für die Wissenschaft und neue Rollen für die Wissenschaftler; sie werden vom Beobachter zum Mitgestalter.
- Nachhaltigkeit fordert auch von der Wissenschaft neue Maßstäbe im Hinblick auf Transparenz und Partizipation der Beteiligten.
- Nachhaltigkeit braucht Internationalisierung der Wissenschaft.

Und schließlich:

- Nachhaltigkeit soll und wird die Forschungslandschaft verändern.

Meine Vision: Eine enge Verflechtung von universitärer und außer-universitärer Forschung wird neue, durchlässige Karrierewege schaffen. Forschungsprogramme werden Fragestellungen praktischer Nachhaltigkeitspolitik aufnehmen, es gibt genügend Zeit für Sondierungsphasen zum genaueren Forschungszuschnitt. Es gibt genügend Zeit für Verständigungsprozesse und für die Flexibilität, um Projekte zu lernenden Systemen zu machen. Interdisziplinarität und Transdisziplinarität gehören zum Forschungsstandard, ebenso wie die Kommunikation von Forschung in Öffentlichkeit und Politik. Frauen machen nicht nur rund die Hälfte der Nachwuchsforscherinnen, sondern auch der Professorinnen aus, bringen neue Sichtweisen und Fragestellungen ein.

Nachhaltigkeit braucht Vor- und QuerdenkerInnen.

Nachhaltige Entwicklung – eine Herausforderung für die Wissenschaft

**Abendvortrag von Dr. Volker Hauff zur Abschlusstagung des HGF-
Verbundprojektes „Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspek-
tiven für Deutschland“**

Berlin, 26. Mai 2003

Meine Ausführungen heute Abend verstehen sich sicherlich nicht als Kommentar Ihrer wissenschaftlichen Diskussionen. Das sehe ich auch nicht als meine Aufgabe an. Auch dürfen Sie von mir als einem ehemaligen Forschungsminister nicht erwarten, dass ich Ihnen und den für die Forschungspolitik Verantwortlichen zu erklären versuchte, wie ich den Stand der deutschen Forschungspolitik bewerte, oder etwa wie Forschung und Entwicklung heutzutage zu organisieren wären.

Stattdessen werde ich mich ganz auf meine Rolle als Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung konzentrieren. Lassen Sie mich daher mit Bemerkungen zum Stand der Nachhaltigkeitspolitik beginnen, an die ich einige Grundüberlegungen aus dem Rat zum Thema Wissenschaft und Nachhaltige Entwicklung anschließe. Und ich werde eine Reihe von offenen Fragen aufwerfen, die uns beschäftigen. Aber das ist es ja auch, wozu ein Vortrag im Rahmen einer wissenschaftlichen Veranstaltung geradezu auffordert.

I

Nachhaltige Entwicklung – eine Herausforderung für Wissenschaft und Forschung: Dieses Thema haben Sie mir gestellt. Was treibt die Wissenschaft voran? Ist es das der Wissenschaft immanente Wechselspiel aus Fragestellung und Antwort, folgt der wissenschaftliche Fortschritt also im wesentlichen wissenschaftseigenen Gesetzen? Oder aber ist es die Gesell-

schaft, die der Wissenschaft Aufgaben und Anforderungen stellt? Ich bin mir sicher, beide Aspekte spielen eine Rolle. Beide wollen gewürdigt werden und das gilt sowohl für die angewandte als auch für die Grundlagenforschung.

Also ist natürlich auch die Nachhaltigkeit eine Herausforderung für die Wissenschaft, auch und gerade wenn die Nachhaltigkeit ein außerwissenschaftliches Konzept ist. Die Frage ist also nicht, ob die Nachhaltigkeit eine wissenschaftliche Herausforderung ist, sondern wie diese von der Wissenschaft aufgegriffen und beantwortet wird.

Nachhaltige Entwicklung ist etwas ganz Einfaches und zugleich etwas sehr Schwieriges. Einfach ist die Idee, die Umwelt zu erhalten und die wirtschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass kommenden Generationen die Erfüllung ihrer Lebensbedürfnisse nicht verbaut wird. Sehr schwierig ist es, diese Idee in konkrete Handlungen und Maßnahmen umzusetzen. Es ist eben keine Rechenaufgabe. Und es war auch nicht leicht, die Idee überhaupt in die Politik zu bringen und als eine politische Leitvorstellung zu formulieren. Das war kein Selbstläufer. Immerhin: Es bedurfte hierzu der Einrichtung einer UN-Weltkommission, nämlich der Brundtland-Kommission. Das war die erste und bisher einzige Weltkommission, die sich mit Fragen der Umwelt und Zukunftssicherung beschäftigte.

Auf die Stockholmer UN-Umweltkonferenz von 1972 reagierte die Öffentlichkeit noch mit teils hämischen und skeptischen Kommentaren. Es wurde gefragt, haben die denn keine anderen Probleme als sich um Fische und Vögel zu kümmern? Aber heute, dreißig Jahre später, bestreitet niemand mehr, dass damals das Fundament der Umweltpolitik gelegt wurde und dass dieses ein wichtiges und tragendes Fundament ist. Übrigens war der Input der Wissenschaft damals enorm hoch.

Es ist das Verdienst des Brundtland-Berichtes, 1987 erstmals einen konzeptionell tragfähigen Zusammenhang zwischen der Wirtschaft und Umwelt hergestellt zu haben. Als roten Faden des Berichts haben wir die Vorstellung von einem *sustainable development* geprägt, ein Begriff, dessen Wiedergabe im Deutschen als nachhaltige Entwicklung ungenügend und abgehoben erscheint, weil er nicht die sehr unmittelbare und konkrete Alltagsbedeutung der englischen *sustainability* trifft.

Aber wie man immer das auch nennt und wie auch immer man zu dem Begriff Nachhaltigkeit steht, die tatsächlichen Probleme, um die es geht, sind deutlich zu erkennen: Eine vielerorts in der Welt zerstörte Natur, geplünderte Ressourcen, Hoffnungslosigkeit und Bitternis von Hunderten von Millionen Menschen, die von Wohlstand und Fortschritt ausgeschlossen sind, das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaften.

Als Resultat des Brundtland-Berichtes fand 1992 die UN-Konferenz in Rio statt. Eigentlich war es nur eine Verfahrensempfehlung am Rande des Brundtland-Berichtes. Aber Rio hat mehr als alle sonstigen Überlegungen des Berichtes die Welt verändert. Rio steht für Aufbruch und Visionen in einer Zeit, wo die Blockgegensätze überwunden waren und man eine Friedensdividende erwartete. In Rio wurden mutige, teils auch vollmundige Beschlüsse gefasst. Und wiederum wurde ein wichtiger, auf den Prozess ausgerichteter Beschluss gefasst, nämlich der, nach zehn Jahren Bilanz zu ziehen. Das war der UN-Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung im September 2002 in Johannesburg. Johannesburg steht für Beharrlichkeit und vor allem für die Verbreiterung des Anliegens in die Zivilgesellschaft hinein. Es sind wichtige Schritte zur Implementierung gelungen und die Versuche konnten abgewehrt werden, die Nachhaltigkeitspolitik aufzuweichen und ad absurdum zu führen.

II

Die Bundesregierung hat im letzten Jahr einen bemerkenswerten Schritt gemacht. Sie hat im Mai 2002 die Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet.

- Die Nachhaltigkeitsstrategie beendet die sehr wichtige politische Phase, in der es in Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages und anderswo um das politische Ausloten der Nachhaltigkeitsidee, um Konzeptionen und Entwürfe, ging.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie setzt das Zeichen, dass es jetzt vorrangig um Umsetzung, Aktion und Maßnahmen gehen muss.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie führt den Begriff der Nachhaltigkeit als politische Querschnittsaufgabe des Regierungshandelns ein. Die Abkehr vom Prinzip der strikt voneinander getrennten Ressortpolitik reicht von der Finanz- über die Sozial- bis zur Umweltpolitik. Das wird

auch durch die Einrichtung unseres Rates beim Bundeskanzleramt deutlich.

- Und die Nachhaltigkeitsstrategie führt etwas Neues ein: Sie verbindet Programmaussagen mit quantifizierten Zielen und Indikatoren. Sie macht sich ganz bewusst messbar. Nur das, was sich messen lässt, ist letztlich auch zieladäquat zu managen. Dabei umfasst das Messbare auch qualitative Gesichtspunkte. Als politischer Grundsatz ist das neu.
- Schließlich, die Nachhaltigkeitsstrategie startet ab 2004 einen regelmäßigen Review-Prozess.

Im Einzelnen mag und soll man über die Inhalte der Nachhaltigkeitsstrategie durchaus streiten. Der Rat hat das jedenfalls gemacht. Insgesamt aber überwiegt die deutliche Einschätzung, dass mit der Nachhaltigkeitsstrategie etwas gelungen ist, was sich sehen lassen kann. Das gilt auch im internationalen Vergleich.

Und die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass die Nachhaltigkeitspolitik weiter geht. Frank Walter Steinmeier hat als Chef des Bundeskanzleramtes die Leitung dieser Politik übernommen. In der vorigen Woche hat das Bundeskabinett die Berufung von fünf neuen Mitgliedern im Nachhaltigkeitsrat beschlossen. Das sind gute Signale.

Trotzdem muss an dieser Stelle ein kritisches Aber folgen. Ich meine, dass die politische Debatte im ganzen Land, also einschließlich der Parteien, der Länder, der Medien, der politischen Leitartikler eine große Chance vertut. Es ist ja keine Frage, dass wir in Deutschland am Vorabend von weit reichenden sozialpolitischen Veränderungen stehen. Die Agenda 2010 setzt einen Anfang. Sie zeigt meines Erachtens sehr deutlich, wie schwierig es in Deutschland ist, die aktive Veränderung der Partialinteressen und Besitzstände an einer – neu zu definierenden – Gemeinwohlorientierung auszurichten. Ich habe großen Respekt vor diesem Versuch. Die Menschen stimmen großen und weit reichenden Veränderungen um so eher zu, als sie den Sinn und Zweck von Einschränkungen und neuen Regeln erkennen. Die knappste Ressource der Politik, das Vertrauen der Bevölkerung, kann man mit Geld nicht kaufen.

Deshalb bedauere ich, dass mit der Agenda 2010 nicht an die Nachhaltigkeitspolitik angeknüpft wird. Man war mit der Nachhaltig-

keitsstrategie schon einmal konzeptionell deutlich weiter. Stattdessen beobachte ich bei vielen, die sich wortgewaltig an der Diskussion um die Agenda 2010 beteiligen, dass man wieder auf den alten Fehler reinfällt, Nachhaltigkeit als eine Öko-Nische abzutun. Wir, der Nachhaltigkeitsrat, buchstabieren Nachhaltigkeit viel weiter. Wir negieren das Umweltthema nicht. Wir halten es für sehr wichtig. Aber immer eingebunden in den Ansatz der Generationengerechtigkeit und einer sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Dem sozialen Zusammenhalt kommt eine steigende Bedeutung zu.

Nachhaltigkeit ist der Kompass, den wir alle brauchen, wenn wir uns an die Veränderungen auf sozialem, ökonomischen und ökologischen Gebiet machen wollen.

- Wenn man die Rede der Philosophen von der neuen Unübersichtlichkeit ernst nimmt, und ich glaube daran, dann brauchen wir einen solchen Kompass nötiger denn je.
- Ohne Kompass ist es schwer, die Pole von Modernisierung und Gerechtigkeit auszubalancieren.
- Ohne den Kompass Nachhaltigkeit ist es schwer, den Mut zur Veränderung zu machen. Positiv ausgedrückt: Mit Nachhaltigkeit lässt sich Zukunft als Hoffnung, Sicherheit, Sinn für das Ganze und Verantwortung buchstabieren.

**Die politische
Debatte ist im Be-
griff, eine große
Chance zu vertun.**

Die Menschen in Deutschland sind längst bereit zu auch tiefgreifenden Veränderungen. Sie sind nicht so erstarrt wie es vielen Verbandsfunktionäre und politische Leitartikel glauben machen wollen. Die deutsche Wiedervereinigung lehrt uns doch alle, dass die Veränderungsbereitschaft groß ist, wenn der Sinn und das Ziel klar benannt sind.

III

Nach diesem Ausflug in die Politik will ich auf das Thema Nachhaltigkeit und Wissenschaft zurückkommen. Wir haben bei unseren Beratungen im Rat schon mehrfach das Thema Wissenschaft angeschnitten. Zum Beispiel können Sie das in unseren Empfehlungen zur Verbraucherpolitik,

Konsum und Nachhaltigkeit – Stichwort: der nachhaltige Warenkorb – nachlesen; auch in unseren Stellungnahmen zur Nachhaltigkeitsstrategie und zu den Pilotprojekten zur Nachhaltigkeit. Angelika Zahrnt hat als Mitglied unseres Rates unsere Überlegungen zu den Anforderungen an die sozialökologische Forschung im Rahmen einer Konferenz des BMBF im vorigen Jahr vorgetragen.

Nachhaltigkeit ist eine größere Herausforderung für die Wissenschaft, als bisher oft wahrgenommen wird. Vor dreißig Jahren hat die Umweltfrage entscheidende Anstöße für die Wissenschaft gegeben. Und die damalige Wissenschaft hat diese Anstöße aufgenommen. Nach kurzer Zeit hat die Wissenschaft die Rolle des Vorantreibenden und des konzeptionellen Vordenkens übernommen. Sie hat tiefgreifende Lösungskapazität unter Beweis gestellt. Ich frage mich, ob die heutige Wissenschaft den aktuellen Anforderungen ebenso gerecht wird, ob sie auch heute eine solche Vordenkerrolle inne hat. Ich habe Zweifel.

Wir haben in Deutschland viele gute Ansätze zur Nachhaltigkeitsforschung, sei es beim BMBF, in der HGF, oder in den Universitäten und bei der Industrie. Ich halte es auch für sehr richtig, die Organisation der Nachhaltigkeitsforschung mit Wettbewerbs-Elementen zu verbinden.

Aber trotz allem: Ist es nicht bedenkenswert, dass Frau Prof. Gesine Schwan in ihren viel beachteten Beitrag in der Süddeutschen Zeitung fragt, „Braucht Wissenschaft Religion?“. Sie spricht ein auch aus meiner Sicht durchaus beachtliches Defizit der Wissenschaft an. Sie nennt es den ganzheitlichen Wahrheitshorizont. Wissenschaft braucht ein außerwissenschaftliches Kriterium, an dem sich Wahrheitssuche ausrichten kann und zwar neben den wissenschaftsimmanenten Kriterien, die völlig unverzichtbar sind. Sollte nicht die Wissenschaft den vermissten ethischen Wertebezug durch Nachhaltigkeit in viel stärkeren Maße aufnehmen als sie dies derzeit tut?

Die Wirtschaft greift dies vergleichsweise gut auf. Einige große Wirtschaftsunternehmen sind dabei, die Nachhaltigkeit zum Bestandteil ihrer Geschäftspolitik zu machen. Sie begegnen dabei grundlegenden ethischen und sozialen Herausforderungen und noch ist nicht ausgemacht, wie der Versuch ausgehen wird, Nachhaltigkeit in die Unternehmenspolitik zu integrieren. Aber meines Erachtens wird hier mehr

getan als in Politik, Zivilgesellschaft und auch in der Wissenschaft.

Eine weitere Herausforderung entnehme ich den Stimmen, die über eine Neuorientierung der deutschen Forschungsorganisation nachdenken: Anlässe gibt es genug: mangelndes Agenda-Setting, mangelnde gesellschaftliche Legitimation von Forschung und Entwicklung, mangelnde Hygiene gegen Korruption und Missbrauch, das Defizit der Außenpräsenz der deutschen Wissenschaftler. Zu welcher Lösung man auch immer kommt, wichtig erscheint mir die Frage, wie die Wissenschaft in Zukunft ihren gesellschaftlichen Resonanzboden vergrößert und wie sie es schafft, Anstöße aus der Gesellschaft aufzunehmen und selbst Anstöße zu geben. Das Thema Nachhaltigkeit ist hier durchaus ein Gradmesser.

Das Defizit eines „ganzheitlichen Wahrheitshorizontes“ ist eine große Herausforderung für die Wissenschaft.

Die Generationengerechtigkeit ist keine ganz neue Idee. Aber durch die Verbindung mit der Umweltfrage und dem sozialen *burden sharing* erhält sie eine völlig neue Dimension. Die demografische Entwicklung in Deutschland muss viel mehr Beachtung finden. Wir laufen in ein verwirrendes Wechselspiel aus Schrumpftum und Wachstum hinein. Die Rentenmathematik ist ein außerordentlich wichtiges Thema. Die finanzielle Umverteilung, die mit der Rentenpolitik gemacht wird, müssen wir endlich auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen diskutieren, die der absehbare demografische Wandel auf unser Leben, die Städte, die soziale Versorgung hat. Hier ist vieles noch überhaupt nicht verstanden. Ich wünsche mir hier viel mehr Neugier und Wachheit in der politischen Kultur.

Die grundlegende Herausforderung für die Wissenschaft ist hierbei die Ausbildung. Unser Engpass ist das Bildungsniveau. Wir entfalten zu wenig Spannkraft für Innovation und Techniksprünge. Viele alte Weisheiten müssen überprüft werden. Zwei Beispiele:

Das alte Bild des Marktes, wo Kaufentscheidungen des Einzelnen die letzte Entscheidung darüber fällen, welche technischen Entwicklungen sich am Markt durchsetzen, stimmt so nicht mehr. Der Markt kann allein nicht die Entscheidung treffen, welche Basistechnologie sich durchsetzt. Dafür sind die Infrastrukturkosten zu hoch. Das zeigen die Beispiele

Kraftstoff- und Antriebstechniken für KFZ, der Aufbau eines Tankstellen-Netzes für Wasserstoff und Erdgas; die Zukunft der Energieträger Kohle und erneuerbare Energien. Hier muss uns die Wissenschaft Entscheidungsalternativen vorlegen. Tut sie das schon in ausreichendem Maße?

Das Bild des spezialisierten Wissenschaftlers, der sein Fachgebiet immer weiter spezialisiert, wird meines Erachtens nicht mehr den Anforderungen einer nach nachhaltigen wissenschaftlichen Lösungen fragenden Gesellschaft gerecht. Nachhaltigkeit als Herausforderung fragt auch nach der Art, wie über Forschungsthemen und Forschungsfinanzierung entschieden wird. Führt das, was bei spezialisierten Fragestellungen richtig ist, auch zu richtigen Ergebnissen bei Querschnittsfragen und dem Erfordernis koordinierter Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinweg?

Wie wird die Wissenschaft in Zukunft ihre gesellschaftliche Resonanz vergrößern?

Nachhaltigkeit fördert und fordert wissenschaftliches Denken. Ich sehe mehr Anfänge als Ergebnisse. Aus diesem Grund habe ich in meinem Vortrag eine Reihe von Fragen einfließen lassen, die ich unbeantwortet lassen muss. Ich tue das in der Hoffnung, dass diese Fragen bei Ihnen, bei Wissenschaftlern, in guten Händen sind. Immerhin: Unter allen sozialen Gruppen sind es die Wissenschaftler, die auf das Wort „Herausforderung“ in der Regel positiv reagieren. Während andere Gruppen sich durch Herausforderungen oft eher belästigt und gestört fühlen, entspricht es dem wissenschaftlichen Grundverständnis, Herausforderungen und gesellschaftliche Anforderungen als so etwas wie ein Grundnahrungsmittel zu betrachten.

Nachhaltige Raumentwicklung – mehr als eine Worthülse?

Rede von Oberbürgermeister Matthias Platzeck zur Eröffnung der wissenschaftlichen Plenarsitzung der Akademie für Raumordnung und Landesplanung

Nicolaisaal Potsdam, 25. April 2002

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen die hochentwickelten Staaten in einer besonderen Verantwortung. Die anhaltenden verkehrserzeugenden und freiflächenvernichtenden Zersiedlungstendenzen wirken einer nachhaltigen Entwicklung genauso entgegen wie die ressourcenintensiven Produktions- und Konsummuster der modernen Gesellschaft. Bei der Nutzung der Ressource „Boden“ zeigt sich besonders eindrucksvoll, dass eine ständig wachsende Inanspruchnahme in vielen Fällen die Nachhaltigkeit nur unzureichend berücksichtigt. Menschliches Leben und Wirtschaften ist an einem Punkt angelangt, an dem es Gefahr läuft, sich seiner eigenen nachhaltigen Grundlagen zu berauben. Diese Entwicklungen forcieren Kurskorrekturen, die der Knappheit von Boden, Energie, Wasser und sauberer Luft besser gerecht werden und Optionen für die Zukunft offen halten.

Seit der Rio-Konferenz hat sich die Diskussion um „Nachhaltigkeit“ und „nachhaltige Entwicklung“ in Politik und Wissenschaft kommunal, regional und global verfestigt, und zahlreiche Konzepte sind entwickelt worden. Die Vielfältigkeit der Prozesse und der handelnden Akteure verlangt mehr den je regionales und globales Denken und Handeln, um die Prozesse der nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung zu erfassen, Strategien zu entwickeln und kooperatives Umsetzen zu ermöglichen.

Die Umsetzung der Konzepte „nachhaltige Entwicklung“ in der Stadt- und Regionalentwicklung zeigt in Deutschland ein sehr differenziertes Bild und wird mit einer gewissen Skepsis begleitet. Stellvertretend dafür möchte ich aus der Studie des Instituts für Management in der Umweltplanung der TU Berlin zitieren, in der unter anderem folgendes Ergebnis nachzulesen ist:

„Die empirische Untersuchung zur Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten in der deutschen Regionalplanung ergab, „... dass Nachhaltigkeit als Leitbild bzw. nachhaltige Raumentwicklung als leitendes Handlungsziel nicht durchgehend bestimmt sind. Allenfalls kann das für Teilbereiche von einzelnen Plänen gelten. Zentrale Aspekte des Konzepts der Nachhaltigkeit wie die Langfristorientierung der Planung (Dauerhaftigkeitsaspekt), wie globale Aspekte, wie die Konsistenz, Transparenz und Reduktion von Stoff- und Ressourcenströmen werden fast völlig ausgeblendet. Gleichwohl sind einige positive Ansätze zu erkennen.“

Ich fühle mich hiervon in doppelter Hinsicht herausgefordert. Und zwar als Oberbürgermeister von Potsdam und als Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, den der Bundeskanzler vor gut einem Jahr berufen hat.

II

Hier in Potsdam ist die Nachhaltigkeit nicht Worthülse oder beliebiges Plastikwort geblieben. Wir hatten in den Neunzigerjahren die Hinterlassenschaften der Roten Armee zu bewältigen. Potsdam als traditionelle Garnisonsstadt musste Hunderte Hektar militärischer Altlasten sanieren und einer nachhaltigen Nutzung zuführen.

Potsdam hat auf Bracheflächen Wohnungen gebaut, zum Beispiel im Bornstedter Feld. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Lebensqualität der Stadt. Wir bieten jungen Familien Wohnraum an, weil wir sie nicht ins Umland abdrängen wollen. Zusammen mit einer Vielzahl anderer Maßnahmen ist das für die Entwicklung einer funktionsfähigen Stadt wichtig. Für die Zukunft unserer Stadt sind Ziele und konkrete nachhaltige Maßnahmen für die soziale, wirtschaftliche und Umweltentwicklung sowie für die Gestaltung der Stadträume ein zwingendes Muss.

Generell muss man aber sagen, dass die ostdeutschen Städte an einer mangelnden Mobilisierung von Industrie- und Militärbrachen leiden. Vielerorts in Ostdeutschland (Leipzig als Beispiel) verhindern die von den Banken 1992/93 geschriebenen hohen Buchwerte für Bracheflächen eine sinnvolle städtische Entwicklung. Hochpreis-Gewerbeflächen sind oft noch zu realisieren; mit Wohnungsbau sieht das schon schwieriger aus,

ganz zu schweigen von Grün- und Sozialflächen. Ich meine daher, wir müssen die Bodenpreise sozial- und umweltpolitisch neu justieren. Fondslösungen sind oft ein guter Weg. Das Ruhrgebiet hat das vorgemacht. Der Ruhrgebietsfond war im Grunde eine Nachsubventionierung des Bergbaus. Und das war auch sicherlich richtig so. Ich rege an, über eine – wenn man so will – Nachsubventionierung der öffentlichen Infrastruktur und der großen Brachflächen nachzudenken. Nachhaltigkeit ist ein Zukunftskonzept. Es verlangt aber auch einen vernünftigen Umgang mit den Lasten der Vergangenheit. Hier gibt es noch viel zu tun.

III

Nachhaltigkeit heißt für uns auch nicht nur, Brachliegendes einer neuen Nutzung zuzuführen, sondern auch ein besonderes Augenmerk auf die Innenentwicklung und damit auf die Bestandssicherung zu werfen.

Nachzudenken ist über eine Nachsubventionierung der öffentlichen Infrastruktur.

Das Holländische Viertel ist in den wesentlichsten Teilen saniert. Der unmittelbare historische Innenstadtbereich zieht wieder eine zunehmende Zahl Besucher an. Babelsberg bekommt mit seinem fast vollständig sanierten Kernbereich einen städtebaulichen Glanzpunkt zurück.

Die Bestandssanierung erhält mit der zunehmenden Zahl am Wohnungsmarkt nicht mehr vermittelbarer Wohnungen einen besonderen Stellenwert. Potsdam hat zwar zur Stunde, gesamtstädtisch gesehen, keine Leerstandszahlen in erschreckender Höhe. In unserer Stadt leben aber rund die Hälfte der Bürger in Quartieren des industriellen Wohnungsbaus, im wesentlichen in sieben großen Plattensiedlungen. Im „Schlaatz“ sind Segregationserscheinungen besonders deutlich spürbar geworden. Mit dem Programm „Soziale Stadt“ wollen wir ein integriertes Handlungskonzept mit realistischen Zielen eines effizienten Stadtteilmanagements unter Aktivierung der lokalen Akteure umsetzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu sichern.

IV

Die ostdeutschen Städte sind unfreiwillige Vorreiter einer Entwicklung,

die mehr oder weniger die gesamte deutsche und europäische Stadtentwicklung betrifft. Ich meine das Tabuthema Schrumpfung der Städte.

Heute hat Deutschland 82 Millionen Einwohner. Experten sagen in 50 Jahren nur noch 65 Millionen Menschen voraus, auch bei einer jährlichen Zuwanderung von 200.000 Personen. Das hat Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung und den Wohnungsbestand, aber auch auf die

Die Schrumpfung der Städte ist bisher ein Tabuthema.

Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt. Auch Städte im Westen verlieren Bevölkerung ans Umland. Für Kiel zum Beispiel gehen die Prognosen von einem Wegzug von dauerhaft 3000 Menschen pro Jahr ins Umland aus. Dort verursachen sie zusätzliche Mobilität und Flächenverbrauch. Auch auf dem Lande bahnen sich Probleme an, wenn große Räume entleert werden. Dies widerspricht eigentlich dem Postulat der Raumordnung, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Und trotzdem meiden alle dieses Thema. Wirtschaftsberater, Städte und Gemeinden reden lieber vom Wachstum und ständig steigender Flächen-

nachfrage. Das ist wie das Pfeifen im Walde. Dabei bietet das Konzept der nachhaltigen Entwicklung doch Lösungsmöglichkeiten. Dazu aber brauchen wir ein neues Planungsdenken.

V

Der Nachhaltigkeitsrat hat der Bundesregierung empfohlen, die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme von heute 129 auf zukünftig 30 ha pro Jahr zu einem Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu machen. Die Bundesregierung hat dies aufgegriffen.

Wir kennen die kritischen Einwände der Architekten und Städtebauer hinsichtlich dieses Zieles. Manche halten das Ziel für illusorisch und übertrieben. Den Flächenverbrauch könne man nicht steuern; er sei ein Wohlstandsphänomen und keine Planungsgröße. Die Umweltpolitik trage das 30-Hektar-Ziel seit Jahren schon wie eine Monstranz vor sich her, ohne dass man ihm näher gekommen sei.

Ich will Ihnen unsere Überlegungen kurz erläutern. Wir wollen mit dem 30-Hektar-Ziel ein politisches Signal geben. Das Signal ist: Städtebau,

Stadtentwicklung und Raumplanung sind für die Nachhaltigkeitspolitik wichtig. Hier kann wirklich Wichtiges getan werden – vom Thema Bauen und Wohnen über den Städtebau bis hin zur Raumentwicklung. Und: wir brauchen die landwirtschaftlichen Flächen für eine ökologische Agrarpolitik.

Das 30-Hektar-Ziel ist nicht mit dem Hinweis auf die bestehenden Ziele der Raumordnung und Landesplanung umzusetzen (wie das die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie tun will). Dass das nicht geht, hat die Vergangenheit gezeigt. Vielmehr sind neue Ideen gefragt. Aus meiner Sicht kann und muss die Akademie für Raumordnung und Landesplanung hier eine ganz zentrale Rolle spielen. Und zwar vor allem bei der Förderung einer neuen, eingreifenden Kooperation der Beteiligten.

Das 30-Hektar-Ziel ist ein politisches Signal, keine Monstranz der Umweltbewegung.

Ein Beispiel: Sollten wir nicht in Zukunft das Verhältnis von Einwohnerzahl und Arbeitsplätzen zum Maßstab für den Finanztransfer nehmen? Ein ausgewogenes Verhältnis von ca. 2,5 bis 3 : 1 würde belohnt, die Abweichung bestraft. Manche Städte (im Westen, Bonn z.B.) brauchen keine Arbeitsplätze mehr. Sie haben schon (im Fall von Bonn: 90 000) Einpendler. Und kleine ländliche Gemeinden setzen heute oft auf eine Entwicklung als Schlafburg, weil ihnen das Schaffen von Arbeitsplätzen als zu teuer erscheint. Auch ein Baurecht auf Zeit, die Gestaltung der Eigenheim-Pauschale, ein örtlich differenzierter Ladenschluss dürfen keine Tabuthemen sein. Die Kommunen sollten in Zukunft für eine raumordnerisch nachhaltige Planung belohnt werden.

VI

Wichtig ist, dass sich Nachhaltigkeit bereits im Gedankengut der jüngeren Generationen festigt. So haben wir beispielsweise das Projekt „Unseren Schulhof gestalten wir“ ins Leben gerufen. Dazu veranstalteten 12 Potsdamer Schulen im Rahmen der BUGA 2001 Projektwochen, um Teile ihres Schulhofes neu zu gestalten. Beteiligt waren SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern. Es entstanden Klassenzimmer im Freien, Teichanlagen, Trockenmauern, Kunstmauern und Pflanzbeete mit Sträuchern

und Stauden. Die so geschaffenen, von den SchülerInnen selbst gestalteten Räume fördern die Aufmerksamkeit im Umgang mit ihrer direkten Umwelt. Gleichzeitig wird die soziale Integration durch das erzeugte Gemeinschaftsgefühl voran getrieben. Gemeinsames Handeln erzeugt ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Durch gemeinsame Arbeit wird der Schulhof für alle erhaltenswerter und die Zerstörung, Vernachlässigung und der Verfall werden gemindert. Gleichzeitig wurden verschiedene Bildungsinhalte (soziale Aspekte, Umweltbildung, kreatives Gestalten und geplantes, systematisches Arbeiten) miteinander verbunden. Die damit geschaffene Lebendigkeit fördert wiederum die körperliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. In diesem Projekt sind somit mehrere Schwerpunkte der Lokalen Agenda 21 (Umwelt, Bildung, Gesundheit, Nachhaltigkeit) vereint worden, um schließlich Nachhaltigkeit bereits bei unseren Jüngsten zu fördern.

VII

In meiner Funktion als Oberbürgermeister spüre ich natürlich auch, dass trotz zahlreicher Erfolge das Umsetzen einer nachhaltigen Entwicklung durch Entscheidungen und tägliches Handeln einem Hürdenlauf mit zusätzlichen Stolpersteinen gleichkommt. In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend nur zwei Aspekte ansprechen:

Erstens. Es ist äußerst kompliziert, einen integrierten städtebaulichen Ansatz unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und eines optimalen Einsatzes von Finanzressourcen zu finden, weil oft die Wirkungszusammenhänge nicht transparent genug sind, in der konkreten Umsetzung und im Entscheidungsprozess zahlreiche Zielkonflikte auftreten und weil die Definition von Prüf- und Wirkungskriterien sehr schwierig ist. Weiterhin wird deutlich, dass die Kriterien zur Prüfung der Rechtmäßigkeit für Entscheidungen, eine Hauptaufgabe der Verwaltung, aufgrund der neuen Anforderungen für eine nachhaltige Entwicklung zu erweitern sind und in das tägliche Verwaltungshandeln einfließen müssen. Dies verlangt ein Umdenken der Verwaltung im Innenverhältnis und im Rollenverständnis gegenüber unseren Bürgern. Nachhaltige Stadtentwicklung steht im engen Zusammenhang mit einer modernen Steuerung des Verwaltung.

Zwar gibt es zahlreiche Konzepte und Vorstellungen, wie sich nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens widerspiegeln sollte, aber die Umsetzung und das koordinierte Handeln verschiedener durch unterschiedliche Interessen geprägter Akteure ist äußerst komplex und kompliziert. Daher sind insbesondere Dialog-, Kommunikations- und Kooperationsprozesse zu fördern, um regionale Ziele zu definieren, diese koordiniert umzusetzen und Konflikte zu bearbeiten. Dies verlangt kommunikativ-kooperative Strategien, die einerseits eher administrativ initiiert werden und auf Kooperation gesellschaftlicher Multiplikatoren setzen und andererseits durch Bürger und Bürgerinnen ins Leben gerufen und getragen werden. Darin sehe ich als Oberbürgermeister eine besondere Herausforderung.

Nachhaltigkeit – ein neues Geschäftsfeld?

Natur – Macht – Märkte

Vortrag von Rainer Grohe

Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, 2002

Bevor ich auf die Fragestellung komme, ob nachhaltige Entwicklung einen neuen Ansatz für Unternehmergeist bilden kann, möchte ich Ihnen gerne mich als Person, die Institution, für die ich heute hier stehe, unsere Ziele, unsere Motive und unsere Vorgehensweise darstellen. Sie werden dann sehen, dass ich kein Anhänger der relativ simplen Theorie bin, dass Nachhaltigkeit und nachhaltiges Verhalten automatisch zu neuen Geschäftschancen führt.

Ich bin von der Ausbildung her Ingenieur und von der Berufsausübung her Manager, d.h. ich war fast 20 Jahre in Vorständen großer Industrieunternehmen tätig. Nebenamtlich habe ich mich bereits vor vielen Jahren auf den Gebieten Umweltschutz und später beim Thema Nachhaltigkeitsstrategien engagiert. Ich war für fast acht Jahre der Vorsitzende des Umweltausschusses beim BDI und bin heute der Sprecher des Lenkungskreises des Forums Nachhaltige Entwicklung, auch bekannt unter dem Namen econsense. Der Sprecher des Kuratoriums hat zu Beginn dieser Veranstaltung bereits zu Ihnen gesprochen. Schließlich bin ich auch Mitglied und Stellvertretender Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung bei der Bundesregierung und Chairman des Industrial Affairs Committees bei UNICE, also auf europäischer Ebene mit diesem Thema befasst. Wenn Sie mich persönlich fragen würden, weshalb ich dieses tue, dann hätte ich nur als Erklärung die Hoffnung, dass ich auf diese Art meine Sünden schon in diesem Leben abbüßen kann. Wahrscheinlich habe ich dann sogar noch einige Sünden gut!

Zum Forum Nachhaltige Entwicklung – econsense – haben sich 21 der größten deutschen Wirtschaftsunternehmen zusammengeschlossen

und die Verpflichtung übernommen, sich mit Geld, Wissen und dem Commitment, d.h. durch Delegation des Vorstandsvorsitzenden ins Kuratorium für die Nachhaltige Entwicklung zu engagieren.

Was hat uns zu dieser Initiative getrieben? In den vielen Jahren der Umweltdiskussion haben viele Unternehmer den Eindruck gewonnen, dass die Diskussion um Umweltprobleme sehr eng verläuft und den Blick

Die Diskussion um Nachhaltigkeit ist teilweise anmaßend.

auf die eigentlichen Herausforderungen stellt. Trotz Brundtland-Kommission und trotz Rio konzentriert sich auch die Nachhaltigkeitsdiskussion immer wieder auf Umweltthemen.

In den letzten Jahren kommen noch Fragen der Globalisierung und auch dort meist in Form von Ängsten und Befürchtungen dazu. Die Fragen einer gesunden Wirtschaft und die nach sozialer Sicherheit wirken oft wie Feigenblätter. Was noch kritischer ist: Viele der Teilnehmer dieser Diskussion erwecken den Eindruck, als ob man die Lösung zum Thema Nachhaltigkeit bereits kenne und es nur am politischen Willen mangle, sie umzusetzen. Sie sehen als Adressaten für ihre Botschaft daher zum einen die Politik und zum anderen die Menschheit im allgemeinen und im speziellen natürlich hier in Europa. Was sie bewirken wollen, sind bei der einen Gruppe politische Entscheidungen bzw. Eingriffe in unser Leben und bei der anderen eine Änderung der Lebensstile, d.h. eine Veränderung des Verhaltens. Mich und uns beunruhigt das, wir empfinden es zum Teil als anmaßend.

Nun sehen auch wir selbstverständlich die Probleme und die Herausforderungen die aus dieser Debatte erwachsen. Unser Anliegen ist es, ein Partner in diesem Dialogprozess zu sein. Unsere Botschaft lautet:

Nachhaltigkeit ist ein Prozess.

Unsere Zielgruppe sind die Meinungsbilder und die Entscheidungsträger. Und unser Ziel ist es, eine Atmosphäre zu schaffen, in der es möglich wird, tatsächliche Lösungen durch Innovation zu entwickeln.

Warum versuchen wir dieses und wie wollen wir es umsetzen?

Wir haben die Sorge, dass auf der Basis des heutigen limitierten Wissens Entscheidungen getroffen werden, die die Entwicklung unserer Volkswirtschaft und unserer Länder nachhaltig und nachteilig beeinflus-

sen. Wir verkennen nicht die Probleme, plädieren aber für wirkliche Lösungen, die über reine Verzicht- und Sparverordnungen hinausgehen und vor allem nicht irreversibel sind, falls über neue Erkenntnisse oder neue Technologien Alternativen sichtbar werden. Wir streiten gar nicht ab, dass wir dabei durchaus egoistische, nämlich auf unsere Unternehmen bezogene Ziele verfolgen, glauben aber, dass letztlich eine gesunde Wirtschaft die Basis einer gesunden Entwicklung einer Nation ist.

In den Diskussionen auf nationaler europäischer und globaler Ebene finden Sie immer unterschiedliche Denkschulen. Dies spiegelt sich unter anderem auch in der Zusammensetzung des nationalen Rates für Nachhaltige Entwicklung wider. Beim Vorsitzenden Dr. Volker Hauff und seinen drei Stellvertretern – von denen ich einer bin – finden Sie Personen, die jeweils für eine Richtung zu stehen scheinen. Ähnliches finden Sie im gesamten Rat. Die Diskussionen sind damit naturgemäß zunächst sehr kontrovers. Sie sind manchmal sogar lebhaft zu nennen und haben zumindest einen hohen Unterhaltungswert. Ohne jeden Scherz muss man aber sagen, dass die Bemühungen fast aller Mitglieder von großem Ernst und hohem Verantwortungsbewusstsein getragen sind. Trotzdem wird es nicht immer gelingen, was aber kein Nachteil sein muss, zu gemeinsamen Beschlüssen und Empfehlungen zu kommen. Es kann daraus deutlich werden, wie man ein gemeinsames Ziel auf unterschiedlichen Wegen zu erreichen glauben kann. Hierzu einige Anmerkungen:

Wann immer von Nachhaltigkeit die Rede ist, wird die Dreisäulenstrategie verkündigt, d.h. die Balance von ökonomischen sozialen und ökologischen Fragen. Sie werden vielleicht gemerkt haben, dass ich das Wort Balance benutze und nicht von der Gleichgewichtigkeit der drei Elemente ausgehe, erst recht aber nicht vom Übergewicht des einen oder des anderen. Nach meiner Einschätzung wird es zu unterschiedlichen Phasen unterschiedliche Gewichtungen der drei Elemente geben müssen. Ich lehne dezidiert die Dominanz des Ökologischen ab. Ich bin überzeugt, dass man die Diskussion um Nachhaltigkeit aus der Ecke des reinen Umweltschutzes herausführen muss. Die Rangfolge der drei Elemente lässt sich vielleicht wie folgt umschreiben:

Ohne eine gesunde, erfolgreiche und damit auch wachsende Ökonomie, werden Sie keine sozialen Wohltaten verteilen können, keine soziale Sicherheit schaffen können und auch keine Mittel für die erforder-

lichen Maßnahmen des Umweltschutz zur Verfügung haben. Die Grenzen des Wachstums werden natürlich auch von der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und von der Tragfähigkeit der Erde bestimmt. Schließlich wissen wir alle, dass eine intakte Gesellschaft notwendig ist und durch erfolgreiches Wirtschaften abgesichert werden kann.

Dem gegenüber steht natürlich die ökologische Fraktion, die von der Dominanz der ökologischen Faktoren überzeugt ist. Diese Fraktion neigt darüber hinaus zu dem Glauben, man habe bereits die Antworten und Lösungen für die Herausforderung nachhaltigen Wirtschaftens, man

müsse sie nur politisch umsetzen wollen.

Die Ökonomie muss die Basis bieten; die Ökologie setzt die Grenzen.

Dieses halte ich nun für eine massive Fehleinschätzung. Für mich und für uns im Forum ist Nachhaltigkeit ein Prozess, in dem es nie einzelne Entscheidungen

gibt, die Zielerreichung bedeuten. Es wird immer wieder Weichenstellungen geben und wir müssen ständig überprüfen, ob wir die richtigen Ziele verfolgen, die richtigen Mittel und Wege zum Ziele eingeschlagen haben und das erforderliche Tempo gehen. Wichtig ist dabei, die Rollenverteilung zwischen Politik und den übrigen Gruppierungen. Es ist unbestritten, dass die Politik die Ziele setzen muss und das Recht und die Pflicht hat zu kontrollieren, ob diese Ziele erreicht werden. Wünschenswert wäre es aber, bereits bei der Formulierung der Ziele mit den gesellschaftlichen Gruppierungen zu sprechen, die über Kompetenz und Sachverstand zur Beurteilung der Richtigkeit und Angemessenheit der Zielsetzung verfügen. Entscheidend dabei ist die richtige Kombination aus zeitlichen Horizont, Anspruchsniveau sowie der Adressatengerechtigkeit aller Zielvorgaben. Es wird vielfach bemängelt, dass die Politik lediglich „auf Sicht“ steuere und nicht wirklich langfristige Ziele formuliert, die auch eine Richtschnur für die nächsten fünfzig Jahre darstellen. Dies ist nett gesagt, nur: Welches Ziel, das – wer auch immer – vor vierzig Jahren formuliert hätte, würde heute noch wirklich Bestand haben? Wären die Akteure, die man damals identifiziert hätte, heute die maßgeblichen? Wären die Instrumente, auf die man seinerzeit abgestellt hätte, heute überhaupt noch anwendbar?

Ich verspüre ein starkes Unwohlsein, wenn irgendeine Institution glaubt, ganzheitlich die Problematik dieser Welt zu verstehen und ganz-

heitliche Lösungsansätze vorgeben zu können. Ich habe auch schwere Zweifel, wenn kühne Zielvorgaben gemacht werden, ohne dass die wissenschaftliche Basis genügend abgesichert ist. Ich bin mir überhaupt nicht sicher, ob das vielzitierte Ziel einer 80%igen Reduktion der Klimagase uns wirklich weiterbringt. Die Frage ist nicht allein, ob eine solche Größe wünschenswert erscheint. Zielvorgaben sollten dazu führen, konkrete Entscheidungen verantwortlich handelnder Menschen in die richtige Richtung zu leiten. Für diese Funktion eignen sich konkretisierte Zielgrößen für überschaubare Zeiträume m. E. deutlich besser. Ich nenne hier z. B. die im letzten Jahr abgeschlossene Klima-Schutzvereinbarung zwischen Bundesregierung und Wirtschaft mit dem definierten Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2012 um 35 %. Man muss sich darüber hinaus fragen, ob es Sinn macht, Ziele für „Deutschland als Ganzes“ zu formulieren. Wichtig ist doch, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich das Richtige tun. Ich kenne z.B. kein derartig operationalisiertes Klimaschutzziel für kommunale Wohnungsbauunternehmen. Ich kenne allerdings viele für uns als Wirtschaft.

Wie bewegen wir uns nun als Unternehmer innerhalb dieser vorgegebenen Ziele?

Wir versuchen zwei Dinge zu tun: Zum einen weisen wir anhand von Indikatoren nach, dass wir uns in Richtung Zielerreichung bewegen. Zum anderen erhalten und entwickeln wir die Freiräume, in denen Innovationen möglich werden und bleiben, die zu tatsächlichen, d. h. nachhaltigen Lösungen führen.

Bei den Indikatoren legen wir Wert darauf, dass sie zwei Voraussetzungen erfüllen:

Sie müssen sich unmittelbar auf diejenigen Größen beziehen, die es zu beeinflussen gilt. So ist für den Bereich Klima aus meiner Sicht der CO₂-Ausstoß bzw. der Ausstoß klimaschädlicher Gase die entscheidende Größe, die es zu verfolgen gilt. Ich halte wenig davon, abgeleitete Parameter zur Meßlatte von Erfolg oder Misserfolg zu verwenden.

Indikatoren, die lediglich absolute Größen festschreiben also z.B. Tonnen CO₂, sind allein auch nicht wirklich hilfreich. Sie werden dies erst

dann, wenn man sie zu den Größen in Beziehung setzt, die für die jeweiligen Akteure Bedeutung haben. So ist für eine nationale volkswirtschaftliche Perspektive etwa das Verhältnis zwischen Klimagasemissionen und Bruttoinlandsprodukt wichtig.

Jeder Unternehmer muss in seinem Unternehmen sicherstellen, dass die Entwicklung in echtem Sinne nachhaltig verläuft. Natürlich denken und planen wir in kürzeren Zeiträumen. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir, dass schon das Erreichen von Fünf-Jahres-Plänen nur mit Elementen des Glückspiels sicherzustellen ist. Trotzdem stellen wir fest, dass nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Entwicklung einer Volkswirtschaft nicht nur kompatibel sind, sondern sich gegenseitig bedingen.

Die Unternehmen des Forums Nachhaltige Entwicklung haben ihr eigenes Commitment als ein Versprechen an die Gesellschaft formuliert. Unsere Leitgedanken lauten:

- Nachhaltigkeit strebt die Balance ökologischer, sozialer und gesellschaftspolitischer Fragen an.
- Nachhaltige Entwicklung ist ein Verständigungs-, Such- und Lernprozess.
- Nachhaltigkeit wird zukünftig ein zentraler strategischer Wettbewerbsfaktor für die Wirtschaft sein.
- Nachhaltigkeit ist ein Gestaltungsprozess, der ein neues Politikverständnis fordert.

Wir sehen Nachhaltigkeit auch als Kommunikations- und Managementaufgabe. Wir haben daher begonnen, den Dialog mit den Stakeholdern zu führen. Wir haben danach Anforderungen an zwei Gruppierungen zu richten:

Zunächst an die Politik. Unser Appell: Lasst Freiräume für Innovationen!

Die zweite Gruppe, die wir anzusprechen haben, sind wir selbst: Wenn wir diese Freiräume einfordern, dann müssen wir sie verantwortungsvoll nutzen. Ich halte dieses für eine der größten Herausforderungen, vor denen wir als Unternehmer je gestanden haben. (Dies ist na-

türlich immer die Herausforderung verantwortungsbewusster Unternehmer gewesen.) Wenn unser Ansatz stimmt, dass nachhaltige Entwicklung ein Prozess ist, der keinen umfassend anwendbaren Lösungsansatz gestattet, dann heißt diese Herausforderung, in unserem täglichen Bemühen in unseren Unternehmen konkrete Lösungen für nachhaltiges Wirtschaften zu entwickeln und umzusetzen. Darüber hinaus heißt es, dass die Unternehmen dieses Wissen zur Verfügung stellen und als Partner aller Gruppierungen wirken, die in der Verantwortung für die Entwicklung unserer Nation sind.

Ohne Unternehmergeist wird es nicht gehen; hier kann sich wirklicher neuer Unternehmergeist entwickeln.

Der Stellenwert sozialer Themen in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Beitrag von Prof. Dr. Edda Müller zum Forum „Zivilgesellschaft und soziale Indikatoren“

**Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend,
12. Februar 2002**

Ich freue mich, heute als Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung zu Ihnen zu sprechen. Ihre Veranstaltung gibt ein ermutigendes Zeichen. Denn die Idee der Nachhaltigkeit hat zwar schon immer auch einige soziale Aspekte mitgedacht; neu – und sehr erfreulich – ist jetzt, dass die Akteure der Sozialpolitik sich am Nachhaltigkeitsdiskurs aktiv beteiligen und ihre Sichtweise einbringen. Hiervon verspreche ich mir einen neuen inhaltlichen Impuls, der die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit in einen neuen, systematischen und damit auch erstmals politikfähigen Zusammenhang stellt.

Nachhaltigkeit ist ein Terminus der ökologischen Bewegung. Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ war zunächst die politische Klammer der Politikbereiche Umwelt und Wirtschaft. So ist er jedenfalls von der Brundtland-Kommission 1987 geprägt worden. Die Brundtland-Kommission kennzeichnete mit ihm den Interessenausgleich von Nord und Süd und von Industriegesellschaft und Entwicklungsländern. Zugleich soll der Begriff auf die neuen Herausforderungen einer globalen Umwelterhaltung und gerechten Ressourcenbewirtschaftung aufmerksam machen. Er war also immer ein Kompromissbegriff.

Aus heutiger Sicht wird oft kritisiert, dass die Nachhaltigkeit vorwiegend immer noch ein ökologisch ausgefüllter Begriff sei und dass von einer gleich starken Aufnahme sozialer Themen nicht die Rede sein könne. Das ist eine zutreffende Beobachtung. Dieser Zustand hat seine Ursachen in der eben kurz skizzierten Entstehungsgeschichte. Ein weiterer Grund ist aber auch in Folgendem zu sehen:

Ökologische Forderungen sind von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten nicht zu trennen. Die Umweltpolitik hat dies spätestens anhand solch spektakulärer Aktionen wie des Verbots von Formaldehyd in Spanplatten gelernt (in diesem Fall: in den Entwicklungsländern, die ihre Produktion nicht so schnell umbauen konnten). Teils schmerzhaftes Lernen wurde zum Beispiel auch gemacht, als es um die deutschen Auslandsinvestitionen in große Bauprojekte (Dämme, Wasserspeicher und die Vertreibung indigener Bevölkerung) oder zum Beispiel um die Bedrohung der Meeres-Schildkröte *caretta caretta* durch Tourismus-Großprojekte an den Stränden des Mittelmeeres ging. Die jüngste Vergangenheit – denken Sie an die Ökosteuer und die Formel „Fünf Mark fürs Benzin“ – zeigt, dass der Zusammenhang von Ökologischem und Sozialem immer aufs Neue, und manchmal auch eher unglücklich, thematisiert wird.

II

Wie steht es um die Wirtschaft als einen wichtigen Akteur sozialer Nachhaltigkeit? Eine kürzlich vorgelegte Industrieumfrage des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung für das Deutsche Kompetenzzentrum Nachhaltiges Wirtschaften kommt u. a. zu folgendem Ergebnis:

- Nachhaltigkeit ist ein Trend der Unternehmenspolitik. Der Trend wird sich steigern. Die Mehrzahl der Unternehmen rechnet damit, dass sie künftig noch stärkere Verantwortung für soziale und ökologische Aufgaben übernehmen werden (müssen). Der Trend wird von global agierenden Großkonzernen getragen. Das Gros der Wirtschaft verhält sich passiv; Nachhaltigkeitsmanagement ist noch wenig verbreitet.
- Nachhaltigkeit ist Trendpolitik – und mehr...**
- Umwelt ist vergleichsweise systematischer in die Unternehmensführung integriert. Das Handlungsfeld Soziales bleibt dagegen noch diffus und vorwiegend an traditionellen, innerbetrieblichen Indikatoren wie Frauenförderung, Gesundheitsförderung, Aus- und Weiterbildung, familienfreundliche Arbeitsplatzgestaltung festgemacht.
 - Nachhaltigkeit ist in den Unternehmen also derzeit noch vorwiegend ein Umweltthema, das Soziale wird vorwiegend assoziiert mit der Kul-

turförderung.

- Basis für die Nachhaltigkeit bei stark weltmarktorientierten Unternehmen sind die Sozialstandards z.B. der ILO.

Lassen Sie mich aus meiner Sicht anfügen: Die „Großen“ reagieren mit ihren Nachhaltigkeitsaktivitäten mehr auf die Erfordernisse und den Trend im internationalen Maßstab als auf die deutsche Politik. Unsere bisherige Nachhaltigkeitspolitik offenbart hier entscheidende Schwächen. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird daran hoffentlich einiges ändern.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat unter dem Titel „Global Compact“ eine neue Initiative zur verantwortungsbewussten Unternehmensführung gestartet. Sie umfasst explizit auch Sozialkriterien. Bisher haben erst neun deutsche Firmen unterschrieben.

**„Soziale Nachhaltigkeit“
wird bisher kaum aktiv
aufgegriffen.**

An den Börsen gibt es zunehmend mehr „Sustainability Ratings“. Darunter versteht man ökologische und soziale Prüfkriterien zur Unternehmensführung und zum Umgang mit den Stakeholdern. Nur einige wenige deutsche Firmen sind von unabhängigen Rating-Agenturen in entsprechende Fonds aufgenommen worden.

Erste, fast möchte man sagen: schüchterne Ansätze zu einem „ethischen Investment“ liegen bei den deutschen Finanzdienstleistern vor allem in Bezug auf die Riester-Rente vor. Aus Sicht des Rates werden diese Ansätze jedoch von der Politik zu wenig nachgefragt und honoriert. Ein wirtschaftlicher Selbstläufer ist das noch nicht.

Welche Schlüsse kann man aus diesem Stand ziehen? Im Vergleich zum Umweltdiskurs hat die soziale Nachhaltigkeit noch keine eigenständigen Kategorien hervorgebracht. Wo im Umweltbereich über Effizienz, Lebensstile, über Technik und Emissionsziele geredet wird – wo also das Messbare gemanagt wird – da verbleibt die soziale Nachhaltigkeit bei Appellen, unverbindlichen Zielen und Anekdotenhaftem. [...]

Die soziale Dimension in der Nachhaltigkeit wird bisher weitgehend defensiv verstanden. Im Vordergrund steht die Maxime „don't damage“, also das Bemühen, bei Industrieansiedlungen oder ländlicher Entwick-

lung bloß nichts kaputt zu machen oder jedenfalls dabei nicht aufzufallen. Eine aktive Politik der sozialen Nachhaltigkeit ist von diesem Verständnis kaum zu erwarten.

Soziale Nachhaltigkeit hat (noch?) keinen eigenständigen Akteur. Aus meiner Sicht waren und sind die bisherigen Ansätze zu sozialer Nachhaltigkeit wichtig. Aber es ist nicht das, was der Nachhaltigkeitsrat für erforderlich hält und anstoßen will.

Nachhaltigkeit ist aus Sicht des Rates nicht nur eine Frage von Windrädern, Biomassekraftwerken, einem Biosiegel für Nahrungsmittel oder von neuen Verkehrssystemen. So wichtig das alles ist – und nebenbei: so ungelöst noch viele Fragen des technischen und sozialen Fortschritts sind, den wir in Richtung auf eine immer effizientere und weniger Ressourcen verbrauchende Wirtschaftsweise gehen müssen – so klar müssen wir sehen, dass bisher alle Effizienzgewinne durch die mengenmäßige Steigerung von Produktion und Konsum aufgebraucht werden. Das Beispiel des Automobilverkehrs steht für viele.

Ich will ganz deutlich machen: Auch in der Umweltpolitik sind wir noch längst nicht über den Berg. Aber in einer nachhaltigen Sozialpolitik stehen wir erst in den Anfängen. Das darf aber nicht so bleiben. Denn die Agenda der sozialen Nachhaltigkeit, also das was zu tun unmittelbar ansteht, liegt offen zu Tage. Es ist doch klar, dass wir die Sozialversicherungssysteme, unsere Altersvorsorge, die Gesundheitspolitik vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und mit den Maßstäben der Nachhaltigkeit überprüfen müssen. Nicht umsonst spricht die Bundesregierung in der Nachhaltigkeitspolitik von dem „sozialen Zusammenhalt“, den es herzustellen und zu fördern gelte. Und zu Recht reiht sie diesen in den Zusammenhang der Ziele der Umweltpolitik, der Wirtschaft und der Generationengerechtigkeit ein.

III

Wie ist der Stand der Arbeiten an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie? Der Nachhaltigkeitsrat hat auf Bitten der Bundesregierung zunächst zu den Schwerpunkthemen Landwirtschaft, Energie und Mobilität Ziele und Indikatoren vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat kürzlich den Ent-

wurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Öffentlichkeit vorgestellt und zum aktiven Dialog eingeladen. Sie hat den Rat um eine Stellungnahme gebeten, die wir in einer gemeinsamen Runde mit dem Staatssekretärsausschuss in der kommenden Woche beraten werden.

Zur sozialen Dimension in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie will ich einige Gedanken aus unserer Stellungnahme heraus greifen.

Der Entwurf bekennt sich zu der Konzeption, politische Maßnahmen zur Nachhaltigkeit an quantifizierten Vorgaben zu Zielen und Indikatoren fest zu machen. Der Entwurf beschreitet damit einen Weg, den der Rat für Nachhaltige Entwicklung grundsätzlich befürwortet. Er macht deutlich, dass es um mehr geht als um einen Beitrag zum Weltgipfel in Johannesburg. Der Rat unterstützt die Konzeption, Sachthemen integrativ zu betrachten und unter überwölbenden Aspekten der Generationengerechtigkeit, des sozialen Zusammenhaltes, der internationalen Zusammenarbeit und der Lebensqualität zusammenzuführen.

In diesem Zusammenhang regen wir an, die Ausführungen zum Stichwort *Dialog* zu erweitern. Die Dialog-Angebote der Eingangskapitel („zu intensivierender gesellschaftlicher Dialog; zu entwickelnder neuer Generationenvertrag“) sind mit den Sachkapiteln relativ unverbunden; dadurch wirken diese Ausführungen wie eine Referenz gegenüber der Rio-Agenda und wie ein „add on“. Der Rat regt an, die Aussagen zum dialogischen Charakter der Nachhaltigkeit mit konkreten Angeboten und Schritten zu verbinden und diese nicht außerhalb der üblichen Mittel politischer Meinungsbildung anzusiedeln, sondern einen strategischen Zusammenhang zu konstruieren.

Die Indikatoren zur Familienpolitik, zur Gleichberechtigung und zur Integration bilden einen wesentlichen Teil der politischen Aussagen zum sozialen Zusammenhalt. Allerdings gibt der Rat zu bedenken, dass die Strategie auf den Seiten 25 ff. sowie zum dritten Lebensabschnitt (S. 205 ff) einen thematischen Kreis zieht, der wesentlich weiter greift. Zutreffenderweise spricht die Strategie mit den Stichworten Bewährungsprobe für den Sozialstaat, aktivierender Sozialstaat, gelebte Solidarität, neue Balance zwischen Individualität und sozialer Verantwortung und neue Identitäten im dritten Lebensabschnitt einige grundsätzliche Inhalte politischer Gestaltung der sozialen Nachhaltigkeit an. Es erscheint

dem Rat nahe liegend, mit den Indikatoren solche grundsätzlichen Entwicklungsthemen der Gesellschaft auch tatsächlich abzubilden und konkrete politische Schritte zu gehen. Dies ist bisher nicht geschehen.

Das so genannte soziale Kapital unserer Gesellschaft: Gemeinsinn, Solidarität und Zivilcourage, aber auch die unterschiedlichen Geschwindigkeiten des Wandels werden richtigerweise erwähnt. Der Strategieentwurf spricht eine Bildungsoffensive an. Aus unserer Sicht sind das richtige Stichworte, die jedoch ihren Sinn und ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie rein plakativ bleiben.

IV

An einigen Beispielen sei aufgezeigt, wie die genannten Ansätze weiter geführt werden könnten. Dabei will ich allerdings nicht den Eindruck vermitteln, hier Lösungen aus dem Rezeptbuch vorzutragen. Es geht mir zunächst um Anstöße und neue Blickwinkel.

Erstens, über kaum ein anderes Thema wurde in letzter Zeit so viel geredet wie über die Ergebnisse der PISA-Studie. Immer dann, wenn Sündenböcke und Patentlösungen so schnell und mit soviel rhetorischem Aufwand ausfindig gemacht werden, ist Skepsis angesagt. Ich glaube nicht, dass die Lösungen allein im Schulsystem, bei den Lehrern zu suchen sind und mit Geld bewerkstelligt werden können. Ich stimme der FAZ (vom 23.01.02) zu: Es ist erschreckend, dass die absolute Mehrheit der Schüler der Meinung sind, weder ihre Lehrer noch ihre Eltern interessieren sich für die Lernleistungen. Offenbar liegen die Ursachen des PISA-Ergebnisses nicht nur in den Schulen, sondern auch in den geschwächten Bindungen zu Eltern und Erziehern.

Ich möchte aber noch einen Schritt weitergehen. Die von PISA abgefragten Leistungen mögen für die Berufskarriere wichtig sein, aber sie sind noch lange nicht der Beitrag der Bildung zur nachhaltigen Entwicklung. Die PISA-Diskussion führt auf eine falsche Fährte. Wenn der überwiegende Teil der Lern- und Lebenserfahrung außerhalb der Schule gemacht werden, wo müssen wir dann ansetzen, um verstehendes Lernen,

lernendes Verständnis und das Erkennen sozialer Verantwortung zu schulen? Doch wohl zu einem Gutteil außerhalb des formellen Bildungssystems. Wenn dies stimmt, dann löst die PISA-Studie mehr Fragen an die Familien- und Jugend-, auch an die Kulturpolitik aus als an die Schulbildungspolitik. Ich sehe jedoch nicht, dass diese schon konzeptionell oder politisch aufgegriffen wären. Hier fehlt der zentrale (organisierende) Akteur der sozialen Nachhaltigkeit.

PISA löst doch eigentlich vor allem Fragen an die Familien-, Jugend- und Kulturpolitik aus.

Was zu organisieren wäre, ist der Beitrag des informellen Bildungsektors zur nachhaltigen Entwicklung. Derzeit sind die Zuständigkeiten zersplittert und meist sogar gegenseitig nicht einmal wahrgenommen (Jugendämter, Jugendkultureinrichtungen, private Vereine). Stichworte sind einmal mehr Vernetzung, Kompetenzgewinn durch Dialog.

Ein weiteres Stichwort gibt die demografische Entwicklung: Der Anteil der jungen Menschen an der Bevölkerung unter 20 Jahren wird in 50 Jahren fast halbiert sein. Wir werden insgesamt weniger und die Wenigen werden im Durchschnitt immer älter. Aus meiner Sicht ist eine konzeptionelle Diskussion der Auswirkungen des demografischen Wandels auf Lebensstile, auf Lebensgewohnheiten und die städtische Umwelt, auf die sozialen Leistungen und die – wenn man so will – Sozialkultur der Gesellschaft notwendig. Wie wird eine solche Gesellschaft aussehen – vor allem in den schrumpfenden Städten und Dörfern, die zu den Verlierer-Regionen gehören, wo die soziale Infrastruktur nicht mehr flächendeckend aufrecht erhalten werden kann?

Drittens, welche Anforderungen stellen die Akteure der sozialen Nachhaltigkeit an die Unternehmen, an ihre interne Sozialkompetenz, aber auch an ihre Sozialkompetenz in der Gesellschaft? Der Welthandel braucht endlich umfassende Sozial- und Umweltstandards. Als Sozialstandards sind vor allem Mindeststandards bezüglich der Behandlung von Arbeitnehmern und ihren gemeinsamen Interessen nötig (Organisationsfreiheit, Recht zu Kollektivverhandlungen, Verbot von diskriminierenden Arbeitsplätzen und Kinderarbeit). Das betrifft vor allem Wirtschaftsunternehmen. Aber wir brauchen auch Sozialstandards für den zivilgesellschaftlichen Bereich: Kürzlich zeigte eine Studie, dass Second-

Hand-Kleidung aus Westeuropa, die als Hilfsgut nach Kenia gebracht wurde, dort zum Kollaps der lokalen Textilindustrie geführt hat. Ähnliche Wirkungen kennen wir aus der Lebensmittel-Hilfe.

Ein viertes und letztes Feld: Wer sind die zukünftigen *driving forces* einer nachhaltige Entwicklung? Wir alle wissen, dass der Staat und die formelle Politik es alleine nicht sein werden, auch die Unternehmer werden, wie oben angesprochen, nur eine wichtige partielle Rolle spielen

**Deutschland hat eine
Diskussion über Lebens-
stile und soziales
Wissen dringend nötig.**

können. Man sagt das so leicht dahin: Die Zivilgesellschaft ist der Hauptakteur. Aber wer fühlt sich hier eigentlich angesprochen? Konkret in dieser Veranstaltung: Was könnte die Sozialpolitik leisten, wenn sie die weiter führenden Ansätze, die ich beispielhaft aufgezeigt habe, aufnimmt? Sie wird, gestatten Sie bitte die verkürzte Aussage, nur dann Erfolg haben können, wenn sie die üblichen Zielgruppen Familien, Jugend, Senioren und Frauen in einen neuen Zusammenhang stellt. Nach Lage der Dinge haben diese Zielgruppen eines gemeinsam: Sie sind allesamt Verbraucher, Konsumenten. Die Verbraucher aber sind bislang zu wenig als Entscheidungsträger der Nachhaltigkeit berücksichtigt worden und sie sind in dieser Rolle auch noch viel zu wenig „befähigt“ worden. Denn der Kunde ist häufig nicht oder schlecht informiert über die Kostenwahrheit und die sozialen Wirkungen, die als „Rucksack“ an den Konsumprodukten dran hängen.

Wir brauchen eine aktive und aktivierende Verbraucherpolitik, die zusammenfügt, was bisher disparat auseinander liegt und die den Dialog von Ungleichem fördert. Aus Dialog, so die Hoffnung, entstehen neue Blickwinkel auf die soziale Verantwortung, neues Wissen, andere Werte und Einstellungen. Wie das konkret gehen soll, das will der Rat derzeit an einem Projekt deutlich machen. Mit einem „nachhaltigen Warenkorb“ wird anschaulich, wie Nachhaltigkeit gelebt werden kann. Natürlich werden sich sehr schnell Fragen nach bestimmten Produkten ergeben, ob das Angebot reicht, dass die Preise zu hoch sind etc. – das sind Fragen, die in eine öffentlichkeitswirksame Diskussion über Lebensstile und soziales Wissen gehören, die in Deutschland längst überfällig ist.

Gute Fragen: Bildungspolitik und Nachhaltigkeit

**Diskussionsbeitrag von Hubert Weinzierl
Frühjahr 2003**

Kinder können gute Fragen stellen. Sie fragen den Eltern Löcher in den Bauch; Kinder interessieren sich dafür, wie Dinge funktionieren, was wie viel wert ist, wie Natur entstanden ist, woher was kommt. Sie interessieren sich für (fast) alles. Sie wollen lernen; ihre ersten Lebensjahre bestehen eigentlich aus kaum etwas anderem als permanentem Ausprobieren, Vergleichen, Befragen, Unterscheiden. Kinder haben eine hohe Motivation für das Lernen. Und sie lernen mit Begeisterung, auch und gerade wenn es um die Natur, die Pflanzen und Tiere unserer Lebenswelt geht.

Kinder stellen die begeisterten Fragen nach dem Pfauenauge, der Uferschwalbe und der Kirschblüte; die kühl kalkulierenden Fragen der Expertenwelt nach Artenanzahl und Biodiversität sind ihnen noch fremd. Gut sind die unmittelbaren und eigenständigen Fragen an die Schöpfung, die aus der lebendigen Begegnung mit dem Netzwerk des Lebens entstehen. Kinder lernen nachhaltig.

Aber nach einigen Jahren wird ihr eigenständiger Lernwille durch die Pflicht zur schulischen Hausarbeit ersetzt, wird Lernen auf „Schule“ verkürzt. Dabei erlahmt der Drang zur eigenständigen Lernleistung ganz allmählich. Immer öfter wird aktives Nachfragen, Erforschen der eigenen Lebensumstände, das Begreifen der Natur der Dinge durch passives Konsumieren von „Bildungsinhalten“ ersetzt. Wie schafft es unser Schulsystem, wie schaffen es die Familien und die Gesellschaft, diesen Lernwillen so gründlich zu demotivieren?

PISA hat die Bildungspolitik zu Recht aufgeschreckt. Die Ergebnisse der PISA-Studien belegen, was viele schon zuvor ahnten: Die Lernpraxis unserer Kinder ist nicht zeitgerecht. Verstehendes Lernen, lebenslanges Lernen, Kreativität und Kompetenz, der Weg zu einem zukunftsfähigen

Leben – das alles kommt zu kurz. Unsere Volkswirtschaft leidet darunter und auch und vor allem des Verhältnis unserer Gesellschaft zur Lebens- und Mitwelt der Natur.

Die Vielstimmigkeit der Klagen, Problembeschreibungen und Lösungsvorschläge zur Schulpolitik ist verwirrend. Modernisierung der Schulen, Integration der Migranten, Familienpolitik und Ganztagschulen, Verbesserung der Lehrerausbildung, Reform der beruflichen Bildung – dies alles mögen berechnete und geeignete Ansatzpunkte sein, um das Dilemma der Bildungspolitik anzugehen. Indessen ist der Umfang des Dilemmas vielleicht noch gar nicht vollständig erfasst.

Bund und Länder haben in den letzten zehn Jahren eine Vielzahl von beachtenswerten Initiativen zur Nachhaltigkeit und Bildung hervorgebracht, darunter auch sehenswerte „Gute Beispiele“, die 2001 auf einem

Schulden wir nicht der nächsten Generation das Wissen und die Ausrüstung, um mit den Problemen fertig zu werden, die wir ihr überlassen?

zentralen Kongress vorgestellt wurden. In der beruflichen Bildung gibt es wichtige Initiativen. Aber auch die außerschulische Bildungsarbeit hat das Thema Nachhaltigkeit in umfassender Weise aufgenommen und bietet neben Modellprojekten auch Bildungsmaterialien sowie praktische Lehr- und Lernveranstaltungen an, die einen Trend von der reinen Informationsveranstaltung zu Bildungserlebnissen mit

allen Sinnen voran treiben. Aber: viel Mühe und viele innovative und gute Ideen finden nicht den Weg in die breite Anwendung. Ein „Bildungsstandard“ Nachhaltigkeit ist noch nicht in Sicht. Gute Ideen bleiben in den Nischen von Modellprojekten und einzelnen Praxisbeispielen stecken. Muss das so bleiben?

Bildung und Wissen für Nachhaltigkeit werden zum Großteil noch nicht geschult. Dieses Defizit schadet den Jugendlichen wie dem ganzen Land. Schulden wir nicht der nächsten Generation das Wissen und die Ausrüstung, um mit den Problemen fertig zu werden, die wir ihnen überlassen? Wir wissen doch heute schon, dass sich unsere Art zu konsumieren und zu produzieren in den nächsten 50 Jahren von Grund auf ändern muss. Um die guten Seiten unseres Wohlstands zu erhalten und der gesamten Welt eine Chance auf Entwicklung zu geben, müssten wir zehn

mal mehr produzieren bei einem zehnmal geringeren Umweltverbrauch; und wir müssten lernen, unseren Reichtum zu teilen, um Hunger und Armut in der Welt zu bekämpfen, letztlich damit wir Kriege um Ressourcen vermeiden helfen. Das Ziel, mehr zu produzieren und weniger zu verbrauchen, ist nur zu erreichen, wenn wir dort effizienter wirtschaften, wo es geht, und dort auf Naturverbrauch verzichten, wo er ansonsten unwiderrufliche Zerstörungen bedeutet.

Eine effizientere Wirtschaftsweise, eine kohlendioxid- und abfallfreie Produktion und eine gesunde Ernährung – um nur einige Elemente einer Wende zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu nennen – sind nicht ausschließlich mit technischen Innovationen und wirtschaftlicher Kompetenz zu erreichen. Eine per se nachhaltige Produktionsweise gibt es nicht. Es kommt auch auf das Verhalten der Menschen bei der Verwendung von Produkten, auf den Einsatz der Technik und die Einstellungen und Bedürfnisse der Menschen, kurz: den Lebensstil, an.

Entscheidend ist dabei die Bildung in allen ihren Facetten der Schulbildung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Erwachsenenbildung, Hochschulbildung sowie der außerschulischen Bildung.

Aber geben wir den Schülern in Haupt- und Realschulen, Gymnasien, den Auszubildenden und Studierenden die angemessenen Bildungschancen? Geben wir ihnen die Chance, die Dimension der Herausforderung „Nachhaltigkeit“ zu begreifen und für sich zu entscheiden, was sie daraus machen? Sicherlich nein.

Moderne Bildungschancen fordern ein Wissensmanagement, das über das formelle Bildungsangebot des Staates und der beruflichen Qualifikation hinaus geht und auch die informelle Bildung durch Alltagserfahrungen, soziales Lernen, Lernen durch Vorbilder und Konsum- und Verhaltensmustern und das Lernen durch eigenverantwortliches Handeln insbesondere durch bürgerschaftliches Engagement umfasst. Gefragt ist die persönliche Verantwortung des Einzelnen. Nicht mehr das relativ passive Abarbeiten des Angebotes zählt, sondern die aktive Gestaltung und die Wahrnehmung von persönlicher Verantwortung für die Beschaffung des Wissens, das für die informierten Entscheidungen des mündigen Bürgers nötig ist. Bildungspolitische Verantwortung haben nicht nur Schule und Staat, sondern auch die Familien, die Medien, Vereine, Kirchen und Unternehmen.

Die Idee der Nachhaltigkeit muss aber auch auf unsere Vorstellung von Bildung zurückwirken und diese verändern. Produktives Lernen ist wechselseitiges Lernen. Längst schon ist Lernen kein ausschließlich kognitiver Prozess. Emotionales und kognitives Lernen sind eng verbunden; Voraussetzung für Lernerfolge ist, dass Aufmerksamkeit und positive Einstellung, Respekt vor der Schöpfung, wenn nicht gar Begeisterung, geschaffen werden.

Auch die Unternehmen greifen dies teilweise auf. So wirkt das Anliegen der Nachhaltigkeit bereits in einige Unternehmen hinein, die ihre Geschäftspolitik stärker an den Maßstäben der Nachhaltigkeit ausrichten wollen. Nachhaltigkeit heißt in diesem Sinn, dass Umweltaanforderungen verstärkt beachtet werden, soziale Kriterien eine große Rolle spielen und vor allem die Handlungsabläufe des Unternehmens selbst zur Schaffung und Weitergabe von Wissen um Nachhaltigkeit genutzt werden. Vor allem die Kommunikation mit Stakeholdern und die Integration neuer Leitbilder in die Unternehmenspraxis machen neue Formen des Wissensmanagements nötig.

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung betont die Bedeutung der Bildung für die Nachhaltigkeit. Die Strategie führt als einen der 21 Indikatoren, an denen sie die Nachhaltigkeit konkret festmacht, die Bildung an. Die Studienanfängerquote soll bis zum Jahr 2010 von jetzt 30 auf 40% erhöht; die Studienabbrecher und -wechslerquote soll gesenkt werden. Die gegenwärtig noch vorherrschende soziale Trennung in der Schulbildung wird durch die bei ausländischen Schulkindern signifikant höhere Anzahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss deutlich; waren es in den achtziger Jahren noch über 30%, so sind es heute immer noch unakzeptable 17% (gegenüber der Quote von 9% bei den deutschen Hauptschülern).

Trotzdem: So richtig die Ansätze sind, sie greifen zu kurz. Neben viel versprechenden „innovativen Potenzialen“ im Bildungsbereich stehen unzureichende Rahmenbedingungen und eine Vielzahl von Umsetzungsproblemen. Nachhaltigkeitsbildung kommt heute nicht über einige gute Projekte hinaus. Gute einzelne Ansätze werden nicht sichtbar gemacht. Sie sind noch lange kein Bildungsstandard. Die ökosoziale Wissens- und Handlungskompetenz von Schülern und Auszubildenden, aber auch der Lehrer wird noch nicht gefordert und gefördert.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat von der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung gefordert, dass sie der Bildungs- und Wissenspolitik endlich eine zentrale Rolle zubilligen muss. Das Ernährungsverhalten, die Nachfrage nach Lebensmitteln, die Verwendung von Energie, die Nutzung von Einsparpotenzialen und die Nachfrage nach neuen Formen der Mobilität müssen dabei „vom Konsumenten aus“ gedacht werden. Denn um seine informierte Entscheidung geht es.

Das Fordern und Fördern zu Gunsten der Nachhaltigkeit verlangt viel mehr als derzeit getan wird. Die Fähigkeit, Probleme zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu finden, nach ethischen Grundsätzen zu handeln, eigene Initiativen mit den Handlungsmöglichkeiten anderer Menschen zu verbinden – das sind wesentliche Aufgaben sowohl für den Staat als auch für Unternehmen und nicht-staatliche Bildungsträger.

Heute schon macht sich auf breiter Front der Wunsch der Menschen nach besseren Möglichkeiten zu lebenslangem Lernen und einer aktiven Gestaltung des dritten Lebensabschnitts bemerkbar. Schon „verdienen“ sich Universitäten einen größer werdenden Teil ihres Budgets durch den Verkauf von Hörer-Zulassungen an Rentner mit Gasthörerstatus. Freie Bildungsträger haben Zulauf, sind jedoch chronisch unterfinanziert. Moderne wissensorientierte Erlebnisausstellungen boomen. TV-Formate mit Vermittlung von Wissen werden entwickelt. Man darf die Wirkungen dieser Aktivitäten nicht überschätzen. Aber man muss sie ernst nehmen als Signale eines sich wandelnden Lebensstils, der Wissen um nachhaltige Entwicklung – auch wenn er dies oft so nicht nennt – erfordert. Diese Signale deuten darauf hin, dass neue Angebote geschaffen werden müssen, um bürgerschaftliches Engagement und eine aktive Aneignung von Wissen miteinander zu verbinden. Das neue Lernen ist ein Lernen zwischen dem Erlernen von Faktenkenntnissen und dem Erwerben von Verständnis. Die Ökologie spielt hier eine besondere Rolle; und zwar nicht allein wegen der Umweltprobleme der Erde – dies wäre gleichwohl Grund genug –, sondern auch wegen der generell gestiegenen Bedeutung naturwissenschaftlicher Bildung für das Verstehen der modernen Welt.

Die Auffassung, „naturwissenschaftliche Kenntnisse müssen zwar nicht versteckt werden, aber zur Bildung gehören sie nicht“ (Dietrich Schwanitz), kann vor dem Hintergrund von weltweiten Auswirkungen

menschlicher Eingriffe in die Natur und der Konsumentenverantwortung keinen Bestand mehr haben. Es ist ein Gebot des Respekts vor der Natur, der naturwissenschaftlichen Bildung und dem Verstehen der Natur einen größeren Raum zu geben. Es gilt, das Verständnis dafür zu steigern, dass wir Menschen für z.B. die Erwärmung der Meere, das Ansteigen der Niederschlagshäufigkeit, die

Es ist ein Gebot des Respekts vor der Natur, der naturwissenschaftlichen Bildung einen größeren Raum zu geben.

Ausbreitung von Wüsten, das Artensterben in Ozeanen und Tropenwäldern verantwortlich sind. „Nachhaltigkeit und Bildung“ soll mit dem Erwerb von Naturverständnis dazu beitragen, Maßstäbe für das eigene Handeln zu erkennen und zu ent-

wickeln. Diese Maßstäbe konkretisieren die Verantwortung aller Menschen vor der Schöpfung.

Außerschulische Bildungsträger müssen als Trendsetter wirken. Freie Bildungsträger, etwa in ökologischen Bildungseinrichtungen, aber auch in mancher vorwärtsweisender unternehmerischer Initiative sollten der „Sustainability Coach“ für die formelle Bildungspolitik sein. Neue Wege zur Kommunikation zwischen dem formellen und informellen Bildungsbereich sind zu entwickeln.

Jugend schreibt Zukunft – Gedanken und Bilder zur Nachhaltigkeit

Vorwort von Dr. Volker Hauff zum gleichnamigen Buch des Rates

Für den Nachhaltigkeitsrat war unser 2002 gestartetes Projekt mit Jugendlichen eine Herausforderung: Würde es gelingen, den sperrigen Begriff Nachhaltige Entwicklung zu kommunizieren? Würden sich wirklich „Zukunftsexperten“ unter Jugendlichen finden? Würden wir bei jungen Menschen Begeisterung auslösen für die Auseinandersetzung mit einem politischen Konzept? Ist Nachhaltigkeit cool?

Nachhaltigkeit – ein Wort, das tiefe Wurzeln hat. Seine aktuelle politische Bedeutung hat es aus der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik erhalten. Es verdeutlicht, dass die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine faire Entwicklungschance für alle Menschen bedeuten, dass wir unsere Produktions- und Lebensweise verändern müssen. Der Begriff hat aber auch länger zurück reichende Wurzeln. So reden Forstwirte und Naturschützer schon lange einer Nutzung der Natur das Wort, die nur entnimmt, was wieder nachwächst. Die heutige Welt steht freilich vor noch größeren Problemen, weil wir diesen Grundsatz erst noch umsetzen müssen, aber zugleich für die endlichen, erschöpfbaren Naturressourcen einen zukunftsfähigen Umgang finden müssen, der zudem die Natur auch vor Schadstoffen und monotoner Ausbeute schützt – und den Menschen auf der ganzen Welt eine Zukunft aufzeigt, die aus Armut, Verlorenheit und Hoffnungslosigkeit hinaus führt zu einem nachhaltigen Wachstum, das die Lebensrechte kommender Generationen nicht bedrückt und beschneidet. Dieses Ziel haben wir heute noch lange nicht erreicht.

Die Beiträge der Jugendlichen, die der Rat im Ergebnis des Schreibwettbewerbes als Buch präsentiert hat, prägen literarische Bilder, die lange in Erinnerung bleiben. Sie sind kraftvoll, zugreifend und voll Ungeduld, sie sind sinnlich und zärtlich, geben und verlangen Respekt und

Rücksicht; sie drücken sehr genau aus, was heute interessiert, fasziniert und anzieht. Manche Beiträge sind beunruhigend, das auch. Aber alle haben eine ehrliche und unmittelbare Ausstrahlungskraft, mit der sie zeigen, dass Kommunikation bedeutet, dass die Botschaft der Nachhaltigkeit von jeder Generation neu entdeckt und neu buchstabiert wird. Zu Recht widerlegen sie die Vorstellung, dass man eine einmal festgezurte Botschaft nur geschickt abzuschicken hat und dann ihr „Ankommen“ in Ruhe beobachten kann.

Ein Weiteres wird mit den Beiträgen klar: Wer Nachhaltigkeit in Seminarräumen, Akademien und Foren kommunizieren will, wird maximal Zahlen und Papiere überbringen können. Begeisterung und Motivation können erst in einem authentischen Umfeld entstehen. Das haben wir mit den Schreibwerkstätten geschaffen, in der sich jede Gruppe ein eigenes Umfeld gebaut hat oder in der Landschaft gesucht hat.

Und noch etwas anderes wird beim Lesen der Beiträge dieses Buches deutlich: Wir werden Bildung in die eigenen Hände nehmen müssen, so wichtig, gut und erforderlich auch die Anstrengungen der Lehrer, Bildungspolitikern und der freien Einrichtungen mit ihrem Programmen für eine *Bildung für nachhaltige Entwicklung* sind. Wir müssen lernen, dass *Bildung* mehr ist als das, was wir von Schulen und Staat erwarten dürfen. Es gibt eine Verantwortung für Bildung, die bei jedem einzelnen liegt. Gerade die Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet uns, diese Verantwortung aktiv aufzugreifen und wahrzunehmen. Dafür werden wir reichhaltig durch neue Einsichten, unerwartete Assoziationen, aber auch durch sehr unterschiedliche Gefühle wie Unsicherheit und Geborgenheit, Neugier und abwehrende Beharrung entlohnt. Letztlich zählt für jeden von uns als wichtige Lebenserfahrung, Teil eines großen Gedankenprozesses zu sein, der seine Kraft durch Teilhabe vieler Menschen mit vielen unterschiedlichen Ideen erfährt. Das ist der Stoff, aus dem Zutrauen in die eigene Kraft und Vertrauen in die Gemeinsamkeit der Menschen entsteht.

Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hg.): Jugend schreibt Zukunft. Gedanken und Bilder zur Nachhaltigkeit. München 2002.

Nachhaltigkeit und Kultur – Kultur der Nachhaltigkeit

**Beitrag von Prof. Dr. Josef Sayer für die Zeitschrift „Contacts“ der
Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, Nr. 2/2002**

In der Debatte um die Nachhaltigkeit geht es darum, die drei Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und das Soziale, in eine Balance zu bringen. Diese Balance – so fordern wir aus der Perspektive des Südens – muss sowohl die Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden Generationen als auch die intergenerationelle Gerechtigkeit im Blick haben. Das Leben aller jetzigen und künftigen Generationen muss sich als des Menschen würdig vollziehen lassen können.

Ein Aspekt kommt meines Erachtens in der Nachhaltigkeitsdebatte zumeist zu kurz, und zwar jener der Kultur. Von meinem Erfahrungshintergrund in Peru her halte ich die interkulturelle Kompetenz für einen ganz zentralen Aspekt der Nachhaltigkeit. Es geht heute mehr denn je darum, die kulturelle Vielfalt in der Welt zu sehen, anzuerkennen und zu bewahren. Die Begegnung von Kulturen oder auch ihr Aufeinanderprallen darf nicht dazu führen, dass alles „verwestlicht“ wird und schließlich in eine Art „McDonald-Kultur“ mündet. Der kulturelle Reichtum, der in den verschiedenen Ländern über Generationen und Jahrhunderte, ja über Jahrtausende gewachsen ist, darf nicht plötzlich versacken, nur weil sich eine Kultur über die anderen stülpt, zum Beispiel aufgrund ihres Machtpotenzials durch die Medien.

In unserer Entwicklungszusammenarbeit bei Misereor unterstützen wir ganz gezielt das Recht der einzelnen Kulturen. Wir erstreben, das zu erhalten, was in ihnen an Reichtum, an Weisheit, an Wahrnehmung von Welt, an Visionen, an Werteempfinden gewachsen ist. Dies wollen wir anerkannt sehen als Beitrag für den Reichtum der Menschheit insgesamt. Denn wenn wir von einer globalisierten Welt sprechen, darf das auf keinen Fall nur im Bereich der Globalisierung der Ökonomie bleiben. Stattdessen sollte das kulturelle Wissen und Gedächtnis, das sich die einzelnen Völker, Stämme und auch kleine Gruppierungen im Laufe ihrer

Geschichte erarbeitet haben, zusammenwirken, um das Überleben der Menschheit als solcher langfristig zu sichern.

Nachhaltigkeit meint ja genau das: zu überlegen, wie wir in der gegenwärtigen Situation unter den vielen Völkern und Kulturen und im Hinblick auf die künftigen Generationen das Leben so einrichten können, dass es für *alle* lebenswert ist und bleibt. Dadurch dass Menschen aus ihren jeweiligen kulturellen Einbindungen Lebenssinn und -tiefe erfahren und so *Ja* sagen können zu sich selber, aber auch *Ja* zu anderen, wird die Bedeutung der Nachhaltigkeit im Zusammenhang der Kulturen offenkundig.

Kleine Gruppierungen, aber auch Stämme und Völkerschaften sind bestrebt, ihr Spezifisches aufrecht zu erhalten. Sie wehren sich dagegen, das, was über Generationen an Lebensweisheit erarbeitet wurde – Kulturschaffen ist ja auch Arbeit –, preiszugeben. Man versucht, trotz

Als Pfarrer in Peru habe ich eine andere Kultur der Nachhaltigkeit erfahren.

aller wirtschaftlichen und medialen Fremdbestimmung ein Stück weit den bewährten, eigenen Raum zu schützen und zu bewahren. Während meiner Arbeit als Pfarrer in den Anden Perus und in Slums

erfuhr ich, welche Kulturleistungen Menschen gerade in solchen von der Weltöffentlichkeit nicht beachteten Bereichen erbringen. Wie nehmen Menschen sich in ihrem Umfeld wahr? Wie gestalten sie ihre Lebenswelt? Es ist ein Kulturschaffen ersten Ranges, in solchen extrem widrigen Umfeldern Prinzipien, Werte, Gemeinschaft zu entwickeln und zu erhalten, das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft und der Gemeinschaft zum Einzelnen so zu gestalten, dass das Leben auch in Armut als sinnvoll und gelingend erfahren werden kann. Arme haben eine Kultur. Diese zeigt sich beispielsweise in ihren Mythen und Riten, in ihrer Erzähl- und Gesprächskultur, in ihrer Art zu trauern und zu feiern, bis hinein in ihre Kunst. Solche Erfahrungen sind zunächst für den jeweiligen Nahbereich absolut entscheidend, und das versuchen die Menschen natürlich auch zu verteidigen, wenn andere plötzlich rücksichts- und respektlos einbrechen. Wir müssen heute dankbar sein, wenn es Menschen gibt, die ihre Kultur noch verteidigen: langfristig hilft das zum Überleben der Menschheit insgesamt.

Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit möchte ich auf zwei wichtige Prinzipien hinweisen, die ich in der Quechua-Kultur der Anden Perus kennen und schätzen lernen durfte, nämlich das Prinzip der Reziprozität und das der Komplementarität.

Das Prinzip der *Komplementarität* verweist auf etwas, das gerade in unserer „westlich-verindividualisierten“ Kultur bedeutsam sein kann: Es geht um das rechte Verständnis des Verhältnisses der Menschen untereinander. Nicht der oder die einzelne alleine, autonom und auf sich gestellt, unabhängig von den anderen und auf den eigenen Vorteil, die eigene größte Gewinn- und Lustmaximierung bedacht, ist das Ideal. Nein, zum Personsein bin ich auf die anderen verwiesen und angewiesen; das gilt es in einer realistischen Selbstbescheidung zu erkennen. Der Orientierungspunkt ist das Gemeinwohl, zu dem jede und jeder das seine beiträgt. Was dem einen mangelt, ergänzt die andere, und was die Begabungen und Kräfte der einen bewirken können, ergänzt das, wo die Verhaltensorientierungen und Fähigkeiten des anderen nicht hinreichen. Global betrachtet können wir in dem Prinzip der Komplementarität eine echte nachhaltige Maxime für den Umgang der Kulturen miteinander und die interkulturelle Wertschätzung erkennen. Der interkulturelle Dialog erhält von daher seine Plausibilität – und dies insbesondere nach der schrecklichen Erfahrung des 11.9. 2001.

Das Prinzip der *Reziprozität* beinhaltet eine ähnlich gelagerte Idee: Die Gemeinschaft hat Vorleistungen für mich als Einzelnen erbracht und nur so bin ich als Kind geworden, habe mich entwickeln können und nur so kann ich existieren. Und umgekehrt erwartet die Gemeinschaft, dass ich diesen Vorleistungen entspreche. Wir stehen in einem Beziehungsgeflecht, das die einzelnen trägt, und umgekehrt wird das sichernde Geflecht erhalten, indem die Einzelnen sich in dieses einbringen. Auf nationaler Ebene haben wir in der Bundesrepublik Deutschland mit unserer sozialen Marktwirtschaft ein hervorragendes Modell dieser Reziprozität geschaffen. Durch und nach Rio mussten wir aber auch lernen, dass in einer mehr und mehr globalisierten Welt, Reziprozität nicht an unseren Landesgrenzen und an den Grenzen Europas Halt machen darf, damit wir wirklich nachhaltig und dadurch auch sicherer leben können. Unser Netz wird auf Dauer nur halten, wenn es die Armen in Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika nicht außer Acht lässt.

Außerdem umschließt dieses reziproke Miteinander, dieses Beziehungsgeflecht, auch die Natur. Ein gelungenes kulturelles Beispiel findet sich hierfür in der Anden-Kultur. In ihr ist die Erde nicht einfach ein Produktionsmittel wie im „Westen“, wo ich genau berechne so und so viel

Nachhaltigkeit: den Dingen, auch den anderen Lebewesen, als ein Mitgeschaffener gerecht werden.

Kunstdünger dem Ackerboden zumixe, um einen maximalen Ertrag herauszuholen. Die Erde ist die „Mutter Erde“. Wenn ich sie nicht angemessen behandle, erhalte ich auf Dauer nicht das zum Leben Nötige. Genauso ist es mit den Tieren. Erde und Tiere werden mit Ehrfurcht behandelt. Ich muss Vorleistungen erbringen in meinem Umgang mit Erde und Tieren. Das geschieht zum Teil rituell, indem die Menschen vor Beginn der Feldarbeiten und Ernte einen Ritus zum Beispiel mit Coca-Blättern und Gebeten vollziehen. Vielerorts ist es eine Selbstverständlichkeit, das Vaterunser zu beten und um den Segen Gottes zu bitten, bevor man anfängt, die Mutter Erde zu bearbeiten. Und so gibt die Mutter Erde dann in den Früchten das Ihrige zurück. Hier geht es also darum, den Umgang mit dem Lebensraum Erde zu *optimieren* und nicht zu maximieren. Zu diesem Raum gehört neben den Pflanzen und den Tieren auch die Dorfgemeinschaft. Das alles bildet eine Einheit und wird von den kulturellen Verhaltensmustern so gestaltet, dass man in Würde darin überleben kann.

Ein solches Verständnis kommt dem biblischen Schöpfungsverständnis sehr nahe. Im christlich-biblischen Verständnis ist der Mensch ja nicht *Herr* der Schöpfung, sondern er selber ist stets Geschöpf und Mitgeschöpf. Auch die Pflanzen, die Tiere, die Mineralien sind geschaffen, wie der Mensch. Und die Aufgabe des Menschen ist es, *so zu haushalten*, dass die *Lebensgrundlage für alle und alles nicht beeinträchtigt* wird, sondern gewahrt bleibt. Hier erweist sich Gerechtigkeit: Nachhaltigkeit hat mit Gerechtigkeit zu tun: den Dingen, auch den anderen Lebewesen als ein Mitgeschaffener gerecht zu werden.

Mein Zusammenleben mit Campesinos, das Entdecken ihres kulturellen Reichtums, hat meine Sicht auf Welt, Umwelt und das Wirtschaften tief verändert. Aber auch meinen Blick auf das Soziale. Ich habe gelernt, die Welt *ganzheitlich* wahrzunehmen und in dieser Ganzheitlichkeit auch mich selbst als Person im Verbund mit den anderen und

den Mitgeschöpfen zu erfahren. Die Nachhaltigkeit hat grundlegend mit solchen kulturellen Elementen zu tun, wo ich andere gelten lasse, und das Andere in sich wertschätze und umgekehrt Wertschätzung erfahre. Nachhaltigkeit und Kultur so betrachtet, führt zu einer Kultur der Nachhaltigkeit, die auf das Gemeinwohl abzielt. Eine Kultur der Nachhaltigkeit meint: Das Gemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen, zu dem alle beitragen und durch das auch alle bereichert werden – eine Ressource, aus der heraus ein gelingendes Leben möglich wird.

Interventionen

Ethisches Handeln bringt nachhaltigen Erfolg

**Rede von Dr. Claus Hipp beim Bildungswerk
des Bund Naturschutz Bayern**

Schloss Wiesenfelden, 9. November 2002

Lassen Sie mich bitte zunächst ein paar kurze Worte zu Johannesburg sagen: Weil dies mit dem Inhalt meines Vortrages in Zusammenhang steht. Weil ich mit Ihnen, lieber Herr Dr. Schnappauf und sehr geehrter Herr Weinzierl, in Johannesburg war. Weil Johannesburg offenbar schon weit zurückliegt und vergessen scheint.

Johannesburg war nicht Rio – und dies ist auch gut so! Denn die euphorische Stimmung und Ergebnisse von Rio 1992 sind einer realistischen und pragmatischeren Herangehensweise gewichen.

Insofern war Johannesburg auch ein Erfolg. Miteinander zu reden, auch in der Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit, ist grundsätzlich besser, als Konflikte aggressiv und kriegerisch auszutragen. Angesichts der bekannten geopolitischen Krisenherde kann dies nicht deutlich genug betont werden.

Für den weltweiten Umweltschutz sind kleine Schritte auch zielführender als ambitionierte Vorgaben einzelner Nationalstaaten. In Rio wurde z. B. die Klimarahmenkonvention beschlossen. Zehn Jahre danach ist man in der operationalen Endphase der Umsetzung des Kyoto-Protokolls das zudem noch nicht in Kraft getreten ist. Das weniger ambitionierte Ergebnis von Johannesburg bietet insofern die Chance, dass die beschlossenen Aktionsprogramme auch tatsächlich von allen teilnehmenden Staaten inhaltlich vernünftig umgesetzt werden.

Die deutsche Bundesregierung hat sich in Johannesburg tapfer geschlagen. Die Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der UN-Versammlung und die darin angebotene Exportinitiative zu erneuerbaren Energien und einer höheren Energieeffizienz hat großen Anklang ge-

funden. Hoffentlich kommt die insgesamt 1 Milliarde Euro in den nächsten 5 Jahren auch tatsächlich den deutschen Unternehmen zugute, die bereit und fähig sind, ihr energierelevantes Leistungsspektrum außerhalb Deutschlands anzubieten. Hierbei sind insbesondere die „Mittelstandsbarrieren“ (Sprache, Kultur, Ansprechpartner) für kleine und mittelständische Unternehmen zu überwinden.

Nach diesen kurzen Bemerkungen zurück zum engeren Thema meines Vortrages: „Ethisches Handeln bringt nachhaltigen Erfolg!“ – Mit Ausrufezeichen; keinem Fragezeichen.

Ethik, Moral, Nachhaltige Entwicklung – das sagt sich so einfach – wird inzwischen über den engeren Umweltbereich hinaus fast schon inflationär genutzt. Nachhaltigkeit ist inzwischen ein „Zauberwort“ für Umweltschützer, Planer, Entwickler und für Politiker auf allen Ebenen. Ethik wird immer dann medienwirksam diskutiert, wenn es die Schöpfung, ungeborenes Leben oder die Gentechnik berührt. Und moralische Einwände z. B. gegen eine „Ellenbogen-Gesellschaft“, werden in aller Regel dann erhoben, wenn man sachlich nicht weiter kommt – oder nicht weiterkommen will.

Dabei ist Ethik oder Moral in der Wirtschaft längst schon vor Rio immer schon ein Thema und Spannungsfeld gewesen, was sehr deutlich in nachfolgenden Zitaten zum Ausdruck kommt:

„Der Geizhals giert nach Geld-Gewinnung, der Gammler nährt sich von Gesinnung.“ (Eugen Roth)

„Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“ (Bert Brecht)

„Moral wird auf den Vorteilserwartungen der Einzelnen unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft gegründet.“ (Karl Homann)

„Es ist die unbegrenzte Öffentlichkeit aller mündigen Bürger, vor denen sich jedermann, dessen Handlungen für andere relevant sind, zu rechtfertigen hat.“ (Peter Ullrich)

„Ethik und Moral sind somit nichts Abgehobenes, sondern immanenter und sehr wichtiger Bestandteil der Gesellschaft, und damit auch der Wirtschaft.

Ist Ethik die ökonomische Maxime? Sicherlich nicht. Wirtschaft im Sinne eines Ellenbogen benutzenden rationalen Homo Oeconomicus ist frei von ethischen Überlegungen. Gewinnstreben und Verdrängung der Marktkonkurrenten sind seine vorherrschenden Handlungsmaximen und dennoch führt die unsichtbare Hand des Marktes im Modell zu effizienten Ergebnissen, sofern ein Ordnungsrahmen existiert, der die egoistischen Marktteilnehmer auf verlässliche Handlungsmuster festlegt und Regelverstöße sanktioniert.

Ein derartiger ordnungspolitischer Rahmen kann und darf in der Realität aber nicht alle Lebensbereiche erfassen und auch keine vollständige Sanktionierung von Regelbrüchen gewährleisten. Denn dies würde ein extrem dichtes staatliches Regelwerk mit Einschränkungen der individuellen Freiheit bedeuten.

Ethik schafft vielmehr eine gesellschaftliche Basis der Berechenbarkeit für wirtschaftliches Handeln und ergänzt und verbessert den ordnungspolitischen Rahmen, vervollkommnet ihn aber nicht. Das Vertrauen in ethisches Verhalten anderer bedeutet deshalb nicht, dass der Einzelne die Verantwortung für sich selbst und die ihm anvertrauten Aufgaben aufgibt.

**Ethik und Ökonomie
sind kein Gegensatz.**

Ethik und Ökonomie sind somit kein Gegensatz! Vielmehr sind ethische Grundsätze aus privatwirtschaftlichen Motiven heraus längst ein fester Bestandteil des Wirtschaftslebens geworden, z.B. durch „Treue und Glauben“ oder die Unternehmenskultur. Damit wird eine längerfristige Kooperation auf Gegenseitigkeit in Anlehnung an den kategorischen Imperativ ermöglicht. Ethische Grundsätze können somit durchaus einem ökonomischen Motiv entspringen und staatliche Vorschriften sogar entbehrlich machen.

Lange vor Rio gab es in der Wirtschaft Ethik und Moral als Quelle der Inspiration für ein moderneres Management. Ethische Prinzipien wie Aufrichtigkeit, Transparenz, Fairness und Integrität pflegen und fördern die vielfältigen Beziehungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens. Diese „nachhaltige“, soziale und ethische Werte umfassende, Grundlage schafft dann Verlässlichkeit und Identifikation. Dies baut bei bestehenden und potenziellen Marktpartnern Reputation auf.

Ethik gilt somit als Voraussetzung für „Business excellence“ – und damit für „nachhaltigen“, d. h. stabilen und substanziellen Unternehmenserfolg. Ethisches Verhalten wirkt damit auch als eine Art Wettbewerbsparameter.

Nicht Ethik oder Ellenbogen, sondern Ethik *und* Ellenbogen sind Bestandteile einer modernen Unternehmensführung. Rentierliches Wirtschaften ist ohne kaufmännische Grundsätze, verlässliche Beziehungen zu Geschäftspartnern und einen verantwortungsvollen Umgang mit Mitarbeitern nur schwer möglich. Die unternehmerische Selbstbindung an ethische Normen kann somit den Wirtschaftsverkehr erleichtern.

Auch der Inbegriff des vollkommenen Marktes, die Börse, könnte ohne die Zuverlässigkeit eines gegebenen Kauf- oder Verkaufsauftrages nicht funktionieren. Damit verbleibt die Entscheidung für oder gegen ethisches Handeln immer und letztlich beim Individuum.

Ethik und Ellenbogen sind Bestandteile einer modernen Unternehmensführung.

Ethisches Handeln ist somit die Voraussetzung für nachhaltigen Erfolg. Was bedeutet dies nun konkret in der Praxis, in der Gesellschaft? Wie brechen wir diese – zugegebenermaßen metaphysischen und theorielastigen – Vorgaben und Diskussionen auf die alltägliche Gesellschaft herunter? Und die wichtigste Frage, wer übernimmt in der Gesellschaft die Verantwortung für die nachhaltige und auch wirtschaftlich erfolgreiche Umsetzung ethischen Handelns?

Das fängt in der Wirtschaft z. B. damit an, dass sich bei den 82 Industrie- und Handelskammern und ihrer Dachorganisation, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, ca. 250.000 Unternehmen ehrenamtlich engagieren. Sie wirken darauf hin, die in § 1 Absatz 1 des IHK-Gesetzes verlangte „Wahrung von Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmannes“ auch zu praktizieren, zu leben. Nicht nur gegenüber Politik, Staat und Öffentlichkeit; auch gegenüber den von den Industrie- und Handelskammern vertretenen ca. 3,5 Millionen Unternehmen.

Im eigenen Unternehmen haben wir 1999 ein eigenständiges Ethik-Management eingeführt mit einer Ethik-Erklärung. Mitarbeitern, Kunden und Lieferanten wird damit das unternehmerische Interesse dekla-

riert, sich künftig explizit Gedanken zu Unternehmensethik zu machen. Weiterhin wurde eine Ethik-Kommission gegründet, die sich mit allen Angelegenheiten des Ethik-Managements befasst. Hieraus resultiert eine ständig aktualisierbare Ethik-Charta, die als Orientierungsanleitung für das unternehmerische Handeln sämtlicher Hipp-Mitarbeiter dient und Bestandteil des Arbeitsvertrages ist.

Darunter ist konkret nicht nur das Verhalten am Markt, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und der Mitarbeiter zueinander sowie das Verhalten gegenüber Staat, Gesellschaft und Umwelt festgelegt.

Was ist dabei insbesondere für die Umwelt herausgekommen? 97 % der im Produktionsprozess entstehenden Abfälle werden recycelt. Mit erheblichen Investitionen wurde der Wasserbedarf auf ca. 42 % gesenkt. Die Energie- bzw. CO₂-Bilanz wurde und wird weiter optimiert mit der Umstellung firmeneigener Fahrzeuge auf Pflanzenölbetrieb, der Installation mehrerer Hundert Quadratmeter Solaranlagen und dem Vollwärmeschutz für die Werksfassaden.

Eine besonders ehrgeizige und erfolgreiche Maßnahme ist die Umstellung der Energieversorgung unseres Stammwerkes in Pfaffenhofen auf erneuerbare Energiequellen seit Frühjahr 2001. Mit dem Anschluss an das städtische Biomasse-Heizkraftwerk, als deren größter Abnehmer die Firma Hipp maßgeblich am Bestehen des Projektes beteiligt war, stammt ein erheblicher Teil des Werksbedarfs an Warmwasserdampf aus umweltfreundlichen Energiequellen.

Damit spart das Werk seinen gesamten Bedarf an Heizöl und Erdgas ein: Im Jahr 2000 waren dies immerhin 403.419 Liter Heizöl und 3.461.000 m² Erdgas. Auch der ökologische Wert des Verzichts auf fossile Brennstoffe ist beträchtlich: der Atmosphäre bleiben damit ca. 7.800 Tonnen Kohlendioxid (CO₂), ca. 1.500 kg Schwefeldioxid (SO₂) und 6.900 kg Stickoxid (NO_x) jährlich erspart.

Gelebte Beispiele haben somit für die erfolgreiche Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung einen hohen Wert. Je mehr einzelne Unternehmen vormachen, wie eine nachhaltige Wirtschaftsweise und eine ökologisch verträgliche Produktion mit ökonomischem Erfolg ver-

bunden werden kann, desto eher werden diese Beispiele überall Schule machen.

Die unternehmerische Eigenverantwortung ist somit notwendige Basis für mehr Ethik, mehr Nachhaltigkeit und auch effizienteren Umweltschutz.

Dies ist nichts Neues. Es gibt über 100 Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft zum Umweltschutz. Umweltmanagementsysteme sind die betriebliche Realisierung von nachhaltiger Entwicklung. In zwei Dritteln der 16 deutschen Bundesländer bestehen Landes-Umweltallianzen.

Das Europäische Umweltmanagement- und Betriebsprüfungssystem (EMAS) spielt dabei eine besondere Rolle. In Deutschland nehmen an EMAS aktuell (November 2002) 2.420 Unternehmen teil. Dies sind 70 % aller EU-Registrierungen.

Allerdings ist der ursprüngliche Höchststand von 2.700 deutschen Unternehmen unterschritten. Dies ist kein Desinteresse deutscher Unternehmen am Umweltschutz. Denn gleichzeitig hat sich die Zahl der Unternehmen mit einem Umweltmanagementsystem nach ISO 14001 um 1.000 auf 3.450 erhöht. In Deutschland vollzieht sich damit ein Trend, der in anderen europäischen Staaten ausgeprägter ist. In Großbritannien, Frankreich oder Italien war EMAS im Verhältnis zu ISO 14001 immer schon von geringer Bedeutung.

Der Abwärtstrend bei EMAS ist ein Alarmsignal.

Der Abwärtstrend seit 2001 ist ein „Alarmsignal“. Vielen Unternehmen gehen die bisherigen Erleichterungen und Verwaltungsvereinfachungen nicht weit genug. Sie wollen eine größere Deregulierung in dem sehr anspruchsvollen deutschen Umweltrecht. Auch der Bekanntheitsgrad und die Wertschätzung bei Behörden und in der Öffentlichkeit ist zu gering.

Dies ist schade. Denn EMAS ist deshalb besonders fortschrittlich und leistungsfähig, weil in ihm der Gedanke der Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft besonders deutlich zum Ausdruck kommt.

Hier muss die Politik jetzt eindeutiger Zeichen setzen, dass sich freiwilliges Engagement der Unternehmen lohnt. Die Zeit des Prüfens und Abwägens bei EMAS ist vorbei.

Ähnlich ist die Situation bei den inzwischen 11 Landes-Umweltallianzen. Im Vordergrund stehen der Dialog und die Kooperation zwischen Wirtschaft und Politik. Die Vereinbarungen sind freiwillig. Jeder ist aufgerufen, daran teilzunehmen. Auch bescheidene Beiträge sind willkommen.

Diese Umweltallianzen sind kein „Debattierclub“. Politik und Wirtschaft verpflichten sich gemeinsam zu einer umwelt- und wirtschaftsträglichen Entwicklung: Die Politik z. B. zu weiteren Verwaltungsvereinfachungen und Deregulierung. Die Wirtschaft wirbt für ein Umweltmanagement, EMAS und/oder ISO 14001.

Vorbild, d. h. „älteste“ und bedeutendste Umweltvereinbarung ist der „Umweltpakt Bayern“ von Oktober 1995. Mehr als ein Fünftel aller registrierten Standorte liegen in Bayern. Die 62 Gründungsmitglieder in 1995 haben sich inzwischen auf über 2.800 Teilnehmer erhöht. Der Umweltpakt Bayern scheint die weltgrößte Umweltbewegung der Wirtschaft zu werden.

Deshalb, lieber Herr Dr. Schnappauf, nochmals an dieser Stelle meinen Dank und Glückwunsch zu unserem gemeinsamen Deutschen Parallel Event „Der Global Compact auf nationaler Ebene, Umweltpolitische Erfahrungen“ am 2. September 2002 auf dem Deutschen Stand in Johannesburg anlässlich des UN-Weltgipfels. Die deutsche Politik und deutsche Wirtschaft haben gemeinsam der internationalen Staatengemeinschaft konkret in der Praxis aufgezeigt, welche Chancen sich für Wirtschaft und Politik bei diesem neuartigen Kooperationsmodell ergeben können.

Es soll bei meinen Ausführungen aber auch nicht der Eindruck entstehen, ethisches Handeln und Nachhaltiges Wirtschaften wären in der Praxis einfach. Man müsse nur genügend öffentlichen Druck machen; zumal die Umweltgruppierungen offensichtlich die „Nachhaltigkeits-Moral“ gepachtet haben. Ein bisschen Druck und etwas guter Wille und Geld der Unternehmen würden es schon richten.

Dies ist falsch, irreführend und kontraproduktiv. Probleme und Zielkonflikte sind im betrieblichen Alltag keine Ausnahmen, sondern oftmals die Regel: Im Unternehmen Hipp erzeugt das Reinigen von Gemüse Schmutzwasser. Mehrwegverpackungen sind Einwegalternativen zwar häufig überlegen, kommen aber aus Sicherheits- und Hygienegründen trotzdem bei uns nicht in Frage.

Gravierendere Zielkonflikte bestehen bei den deutschen Unternehmen, die in einem harten internationalen Wettbewerb stehen. Solange zumindest in der EU, besser international, nicht gleiche Umweltstandards bestehen, wird ein Unternehmer nicht leichtfertig Umweltinvestitionen tätigen, die möglicherweise zur Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens führen.

Nicht ohne Grund basiert auch das Prinzip der Nachhaltigen Entwicklung auf den drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Eine falsche, auch ethisch und nachhaltig gut gemeinte, Entscheidung im Wettbewerb kann ein ganzes Unternehmen in den Ruin treiben, mitsamt seinen Mitarbeitern und Familien.

Viele Menschen auf dieser Welt arbeiten unter Bedingungen und Perspektiven, die aus ethischen Gründen abzulehnen sind. Dennoch werden diese Güter importiert und von vielen Menschen in Deutschland gekauft. Je weiter also die Globalisierung voranschreitet und je komplexer wirtschaftliche Entscheidungen werden, desto größer wird die Verantwortung von Unternehmen auch bei ethischen Fragen. EMAS, der „Umweltpakt Bayern“, Unternehmenskultur, unternehmerisches Ehrenamt, Spenden und Qualitätsmanagement sind hierfür erfolgreiche Beispiele, dass die Unternehmen dran bleiben.

Nachhaltigkeit ist ein hartes Wirtschaftsthema im alten Europa

Rede von Dr. Volker Hauff vor dem Kuratorium von *econsense* – Forum für nachhaltige Entwicklung

Haus der Wirtschaft Berlin, 30. Januar 2003

Für die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit dem Kuratorium von *econsense* danke ich Ihnen herzlich. In dieser Form ist das zwar das erste Mal, aber die Anregungen und Beiträge der deutschen Wirtschaft zur Nachhaltigkeit wie sie von *econsense* diskutiert und gebündelt werden, bringt Rainer Grohe, der dem Lenkungsausschuss von *econsense* vorsteht und zugleich einer der stellvertretenden Vorsitzenden im Rat für Nachhaltige Entwicklung ist, kontinuierlich in den Nachhaltigkeitsrat ein.

I

Für eine Positionsbestimmung, wo wir heute in der Nachhaltigkeitspolitik stehen, gilt es meines Erachtens zwei aktuelle Beobachtungen anzusprechen, die von übergeordneter Bedeutung sind. Zum einen scheinen manche zu meinen, Nachhaltigkeit sei ein „weiches Thema“, das nur für die besseren Tage taugt, die jedoch einstweilen vorüber sind. Also sei Nachhaltigkeit ein politisches „Schnick-Schnack“, das bestenfalls unterhaltsam, aber im Grunde verzichtbar ist. Zum anderen macht sich in der Politik, bei den Unternehmen, bei den Lokale-Agenda-Gruppen und in den Verbänden eine gewisse Verzagtheit vor der Nachhaltigkeit breit.

Sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft gibt es Stimmen, die betonen, dass jetzt das „harte“ Geschäft gefragt sei, wobei sie unterstellen, dass das harte Geschäft von der klassischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik handelt. Die Nachhaltigkeitspolitik, so hört man weiter, habe ihren Höhepunkt im Vorfeld des Johannesburg-Gipfels gehabt, so dass man es jetzt wieder langsamer angehen lassen könne. Ich will hierauf einige Antworten geben.

Die Idee der Nachhaltigkeit ist keine Modeerscheinung. Sie ist Ergebnis und Fokus einer langen und sehr ernst zu nehmenden politischen Debatte. Die UN-Gipfel von Stockholm 1972, von Rio 1992 und von Johannesburg 2002 gehören ebenso dazu wie die durch den ersten Bericht des Club of Rome, Willy Brandts Nord-Süd-Bericht und der Brundtland-Bericht von 1987, der den Begriff Sustainable Development in die Politik einführte.

Nachhaltigkeit ist ein politischer Leitbegriff. Ich sage voraus, dass seine Bedeutung wachsen wird. Nachhaltigkeitspolitik steht in der Kontinuität der Suche nach zukunftsfähigen Lösungen für Umwelt, Technik, Soziales und die Wirtschaft – und zwar in einer globalisierten Welt.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung ist von der Bundesregierung 2001 für drei Jahre berufen worden – eine Berufungsperiode, die mit Bedacht über den Wahltag hinaus gezogen worden ist, um sicherzustellen, dass die in 2001 und 2002 begonnenen Ansätze zur Nachhaltigkeitspolitik auch in der laufenden Legislaturperiode aufgegriffen werden.

Die Bedeutung des Leitbegriffs Nachhaltigkeit wird wachsen – trotz der gegenwärtigen politischen Verzagtheit.

Das erweist sich in der Tat auch als nötig. Die rot-grüne Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag, wie es kein vergleichbares Papier bisher tat, die Vokabel „nachhaltig“ aufgenommen. Aber jedenfalls in den vergangenen Monaten war kaum etwas davon zu spüren. Das ist, was ich mit politischer Verzagtheit bezeichne. Die Bundesregierung hat in vielen einzelnen Politikfeldern unter dem Stichwort Nachhaltigkeit durchaus Richtiges und Bedenkenswertes begonnen, gemacht oder angedacht. Aber man fügt es nicht zu einem Gesamtbild zusammen, das deutlich machen würde, dass es hier nicht um beliebige Maßnahmen zum Beispiel zur Haushaltskonsolidierung und zur Wirtschaftspolitik geht, sondern dass dem eine Gestaltungsidee zu Grunde liegt. Die drängende Notwendigkeit, der brennende Zorn und die existenzielle Tiefe, die sich in dem Begriff Nachhaltigkeit wiederfinden, sind nicht spürbar. Die politische Gestaltungsidee der Nachhaltigkeit knüpft – und das unterscheidet sie eben von vielen anderen politischen Konzepten – an der drängenden Notwendigkeit an, kommende Generationen bei unserer Suche nach

dem richtigen Weg nicht zu vergessen. Nachhaltigkeit, das heißt Zukunftsfähigkeit und fordert Innovation und Effizienz in unserem wirtschaftlichen Handeln und Umorientierungen in unserem Konsum ein; und zwar in einem Maße, das alle bisherigen Bemühungen wie leichte Aufwärmübungen erscheinen lässt. Den brennenden Zorn angesichts der sozialen Ungerechtigkeiten, der Hoffnungslosigkeit, Armut und Marginalisierung in großen Teilen der Welt, die – wie es Erhard Eppler kürzlich ausdrückte – in ihrem eigenen Dreck zu ersticken droht, wollen wir mit einer Politik der nachhaltigen Entwicklung doch in politische Handlungen umsetzen. Mit anderen Worten: Die konzeptionelle Kraft der Nachhaltigkeit als Orientierungsgeber wird viel zu wenig genutzt. Das ist ein Defizit, das in unterschiedlicher Ausprägung allerdings für alle gesellschaftlichen Gruppen gilt.

Soweit einige kurze Anmerkungen zur Positionsbestimmung. Wie geht es nun weiter mit der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland? Mittlerweile ist entschieden, dass der Chef des Bundeskanzleramtes die Nachhaltigkeitspolitik der Regierung persönlich leiten wird. Frank Walter Steinmeier wird heute Nachmittag in den Nachhaltigkeitsrat kommen, um die prioritären Themen zu diskutieren.

Es fehlt ein Gefühl für den Zorn und die existenzielle Tiefe, die den Begriff der Nachhaltigkeit beseelen.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat im vorigen Jahr in einer grundsätzlichen Empfehlung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik drei wesentliche übergeordnete Elemente angemahnt:

- *Nachhaltigkeitspolitik soll quantifizierte Ziele vorlegen und abrechenbar sein.* Konkretisierung schafft Glaubwürdigkeit. Messbare Indikatoren machen Erfolg sichtbar.
- *Nachhaltigkeitspolitik soll internationaler werden.* Gestaltungsspielräume und Abhängigkeiten deutscher Politik von der Europäischen Gemeinschaft und der internationalen Politik sollen deutlich werden, sei es in der Energie- und Klima-, sei es in der Abfallwirtschafts- und Stoffpolitik.
- *Nachhaltigkeitspolitik soll nicht staatsgläubig sein.* Nachhaltigkeit ist nicht per staatlicher Verordnung umzusetzen. Zwar hat das staatliche Han-

deln eine Schlüsselrolle, aber das bürgerschaftliche Engagement und das Corporate Citizenship der Unternehmen erschließen neue politische Handlungsmuster jenseits der staatlichen Ordnungspolitik.

An diesen Prinzipien wird sich Nachhaltigkeitspolitik ausrichten müssen. Sie bilden auch die Leitschnur für unsere weiteren Aktivitäten.

II

Welche Themen und Fragen sieht der Nachhaltigkeitsrat im Vordergrund der Nachhaltigkeitspolitik der kommenden Jahre?

Erstens:

Es klingt hart, aber seien wir ehrlich: Die Anpassung unseres Renten- und Sozialsystems ist eine leichte Aufgabe, verglichen mit dem tiefgreifenden Wandel unserer gesamten Gesellschaft, den die demografische Entwicklung auslöst. Prognosen sprechen von einer zu erwartenden Verringerung der Einwohnerzahl Deutschlands von jetzt 82 auf ca. 65 Millionen

Es ist ein Unding, dass in Deutschlands Wirtschaft ältere Beschäftigte nicht mehr „gebraucht“ werden.

Menschen in einigen Jahrzehnten. Und: Wir sind auf dem Weg in eine alternde Gesellschaft. Wir werden also nicht nur weniger, sondern die Wenigeren bilden auch eine ältere Gesellschaft. Das ist absehbar. Dennoch scheint es uns unvorbe-

reitet zu treffen. Es ist ein Unding, dass Deutschlands Wirtschaft heute die mit Abstand wenigsten Beschäftigten über 50 Jahre zählt und dass alte Beschäftigte nicht mehr „gebraucht“ werden. Noch immer herrscht bei uns eine Vorstellung vor, die „Alter“ mit „unproduktiv“ und „überflüssig“ gleichsetzt. Andere Länder machen uns vor, welch hohes Innovations- und Wachstumspotenzial wir durch diese unsinnige Vorstellung ungenutzt lassen.

Ich will deutlich machen, dass es hierauf keine einfachen und schlüssigen Antworten gibt. Auch der Nachhaltigkeitsrat macht sich nicht anheischig, hier schnelle Antworten geben zu können. Aber ich bin mir umgekehrt auch sehr sicher, dass sich allein mit den Mitteln der Rentenmathematik auch keine Antworten geben lassen werden.

Zweitens:

Der Umweltschutz hat bisher nur in einem kleinen Teil der Welt zu Entlastungen und zur Schonung natürlicher Ressourcen geführt. Die bisherigen Fortschritte zum Beispiel bei der Kohlendioxid-Reduktion waren noch relativ leicht zu erreichen, verglichen mit den viel schmerzvolleren Entscheidungen, die in Zukunft erforderlich werden. Das gilt vor allen Dingen für die Nachhaltigkeit in der Energiepolitik, deren technologische, wirtschafts- und industriepolitische Positionsbestimmung in ihrer globalen Dimension auf der Tagesordnung steht. Der Rat greift vor diesem Hintergrund das Thema Kohle als wichtigen Bestandteil der globalen und nationalen Energieversorgung auf.

Drittens:

Alle Experten sind sich einig: Der Flächenverbrauch muss zurückgedrängt werden. Die Bundesregierung hat zu Recht das Ziel aufgestellt, die Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungszwecke von jetzt 129 ha pro Tag auf zukünftig nur noch 30 ha pro Tag zu reduzieren. Ähnliche Zielsetzungen gab es in der Vergangenheit allerdings schon verschiedentlich auch auf der Ebene der Bundesländer. Bisherige Bemühungen blieben jedoch ohne durchschlagenden Erfolg. Die schwierigste Frage für die Ebene der Bundespolitik ist es wohl, wie eine ambitionierte Zielstellung angesichts der verteilten Zuständigkeit von Kommunen, Ländern und Bund anzugehen ist.

Viertens:

Zu den wichtigsten „Akteursgruppen“ der Nachhaltigkeit gehört neben der Wirtschaft, der Politik, der Zivilgesellschaft ohne Zweifel auch die Wissenschaft. Verglichen zum Beispiel mit den 70er oder auch 80er Jahren ist die Wissenschaft beim Thema Nachhaltigkeit vergleichsweise unauffällig. Die Beobachtung, dass die Wissenschaft jedenfalls mehrheitlich die Herausforderungen der Nachhaltigkeit noch kaum aufgenommen hat, passt in die Liste offenkundiger Defizite der Wissenschaftspolitik.

Von über 23% deutscher Steuergelder, die in das EU-Forschungsbudget gehen, holen deutsche Unis nur 16% zurück. Die Wissenschaft wird ihrer Aufgabe als *driving force* der Innovations- und Industriepolitik nicht gerecht. Es fehlt eine Koordination der wissenschaftlichen Agenda.

Es mangelt an einer systematischen Beobachtung des Wissenschafts-systems. (Wie soll es sich entwickeln, wie und wo soll es wachsen? Wie sichert man dauerhaft „hygienische“ Verhältnisse?) Es fehlt der fruchtbare Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Lediglich eine Handvoll (sehr guter) Wissenschaftsjournalisten hält diesen heute aufrecht.

Nicht nur die Politik, auch die Unternehmen sind hierbei gefragt. Häufig sind das Wissensmanagement im Betrieb und die Wahl von (geeigneten) Anreizen zur Motivation der Mitarbeiter und zur unternehmensbezogenen Innovationsstrategie auch betriebliche Probleme. Es fehlt am Input der Wissenschaft zu einer nachhaltig innovativen Wachstumsstrategie.

Schließlich:

Auf unser Votum hin hat die Bundesregierung einen ersten Bericht zu den messbaren Veränderungen der 21 Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie und eine Fortschreibung der Nachhaltigkeitspolitik für 2004 angekündigt. Die politische Standortbestimmung zur Nachhaltigkeit wird der Rat im Oktober dieses Jahres in einer öffentlichen Jahreskonferenz aufgreifen.

Als Fazit gilt es festzuhalten, dass Nachhaltigkeit eine normative Leitidee ist. Nachhaltigkeit wird im Sinne eines Kompasses für die politisch-wirtschaftliche Leitkultur werden. Die Metapher vom Kompass signalisiert, dass es bei der Nachhaltigkeit um Orientierungen und um die Möglichkeit zur eigenen Standortbestimmung geht, nicht aber um eine Rezeptbuch-Anweisung, die ohne eigene Kreativität einfach anzuwenden und nachzumachen wäre.

Die überkommene staatliche Daseins- und Wohlfahrtsvorsorge ist nicht nachhaltig. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft muss neu justiert werden.

Innovationsorientierung im Unternehmen heißt, die Geschäftspolitik auf Nachhaltigkeit auszurichten. Nachhaltigkeitsorientierte Unternehmen wirtschaften erfolgreicher.

Die Standortqualität bemisst sich nicht mehr an Lohnnebenkosten,

Spitzensteuersatz und den Ladenschlusszeiten. Unternehmen brauchen eine sorgfältig gemanagte Politik der nachhaltigen Entwicklung mit den drei Säulen People – Planet – Prosperity.

Nachhaltigkeit im Unternehmen verspricht Zukunftsfähigkeit.

Zugegeben, lange war die Rede von der Nachhaltigkeit in Deutschland sehr akademisch, manchmal versponnen, oft auch mit großen Unschärfen. Das ist jetzt vorbei. Die Wabbelphase ist vorbei. Nachhaltigkeit bedeutet ein verändertes Bewusstsein für die Zeitdimension von Ressourcen und Lebensgrundlagen. Sie bedeutet die Einsicht, dass die Umwelt und soziale Lebensqualität wichtige Voraussetzungen für Zukunftsfähigkeit sind und dass es Schranken und Barrieren der Naturaneignung gibt, die wir beachten statt missachten und dann teuer bezahlen sollten.

Wer heute den Begriff Nachhaltigkeit skeptisch ins Abseits schiebt, verzichtet auf seinen Beitrag zu und seine Gestaltungschancen in einer politischen Leitkultur des „alten“ Europa.

Die nachhaltige Entwicklung – ein Modebegriff oder ein Kompass für politische Entscheidungen?

**Abendvortrag von Dr. Volker Hauff auf der Tagung der Deutschen
Landwirtschafts-Gesellschaft**

Bonn, 4. Dezember 2002

„Frage niemanden, der ihn kennt, nach Deinem Weg, denn danach wirst Du Dich nicht mehr verlaufen können.“ - Was diese jüdische Weisheit ausdrückt, ist eine Freude am Finden des eigenen Weges, auch um den Preis des Verlaufens. Sie signalisiert auch eine Begeisterung und einen Stolz auf den selbstständig gefundenen Weg und die Zuversicht, dass sich auch nach einem Umweg noch die Perspektive auf die richtige Richtung zeigen kann.

Diese Weisheit spitzt ironisch zu, worum es auch bei der Nachhaltigkeit geht: Nachhaltige Entwicklung ist ein Suchprozess. Abschließende Antworten auf das „Wie, Wohin und Wodurch“ der Nachhaltigkeit gibt es nicht. Wer vorgibt, sie zu haben, der macht sich verdächtig. Wer ernsthaft sucht, der muss damit rechnen, sich auch hin und wieder zu verlaufen. Ja, das Verlaufen gehört geradezu mit zu seinem Weg. Aber was wirklich zählt, ist der Wille, den eigenen Weg und die richtige Richtung tatsächlich finden zu wollen.

Jochen Flasbarth hat an gleicher Stelle im Vorjahr gesagt: „So zu leben und zu wirtschaften, dass die Lebenschancen zukünftiger Generationen erhalten bleiben“ scheint eine Selbstverständlichkeit zu sein - auch in Ihrer Branche. Aber wie sieht es in Wirklichkeit aus mit der Nachhaltigkeit?“ Dass es nicht gut aussieht, haben Sie, lieber Herr von dem Bussche, kürzlich unterstrichen als Sie öffentlich von einem „heillosen Durcheinander“ in der europäischen Agrarpolitik gesprochen haben. Das ist ein hartes, aus meiner Sicht aber ein zutreffendes Urteil.

Die Konjunktur der „Nachhaltigkeit“ ist nicht zu übersehen. Der Begriff taucht immer öfter auf. Er wird inflationär gebraucht. Das allein heißt aber nicht, dass wir Lösungen näher kommen. Im Gegenteil, ich habe den Eindruck, manche verwechseln „nachhaltig“ mit „nachdrücklich“, so penetrant verkaufen sie ihre unveränderten Lobby-Interessen unter dem Plakat der Nachhaltigkeit. Für sie ist Nachhaltigkeit nur eine intellektuelle Semantik-Übung. Sie missbrauchen den Begriff „Nachhaltigkeit“ als semantischen Goldstaub, hinter dem sie die stets gleich bleibende, strukturkonservative Besitzstandswahrung verstecken wollen.

Tony Blair, der britische Premierminister, hat beim Weltgipfel in Johannesburg gesagt, was wir an Stelle dieser begrifflichen Kulissenschieberei wirklich brauchen. Er sprach von „painful decisions against vested interests and legitimate anxieties.“ In der Tat, das ist es, worum es bei Nachhaltigkeit geht: Um schmerzhaft Entscheidungen gegen durchaus rechtmäßige Interessen und legitime Besorgnisse. Mit einem Surfen auf den Wogen des Zeitgeistes hat das nichts zu tun.

Der Begriff Nachhaltigkeit wird als semantischer Goldstaub missbraucht.

Positiv scheint mir aber, dass das Nachdenken über Nachhaltigkeit deshalb zunimmt, weil in der politischen Praxis heute ein langfristiges, konzeptionelles Leitbild nicht zu erkennen ist. Gerade das aber fehlt uns heute. Stattdessen hatten wir in letzten Wochen eine abrupte, hektische und teils unvermittelte Betriebsamkeit der politischen Bemühungen, oft noch angestachelt und inszeniert von einem aufgesetzten Medien-Hype, der seinesgleichen sucht. Dabei ging leider verloren, dass die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag auf die Nachhaltigkeit als eine Grundkonstante ihrer Politik festgelegt hat. Ich gebe deshalb die Hoffnung nicht auf, dass diese Grundkonstante in den nächsten Monaten für die Regierung und die Opposition deutlich werden wird. Der Nachhaltigkeitsrat jedenfalls wird seinen Beitrag hierzu leisten.

Und ich glaube auch, dass die Öffentlichkeit mittlerweile schon recht genau die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Wandels spürt, genauer vielleicht als es der Politikbetrieb wahr haben will.

Es ist doch keine Frage mehr: Die Alterspyramide ist heute völlig anders als zu den Zeiten der noch geltenden Rentenformel. Das betrifft alle

europäischen Länder. Wir werden einen tiefgreifende Wandel zu gestalten haben – aber eben nicht nur in der Sozialversicherung. Der demografische Wandel wird enorme Folgen auch für unsere soziale Infrastruktur, für die Städte und Gemeinden, für die Wirtschaft haben. Die globalen Klimaveränderungen greifen tief in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen von Milliarden Menschen ein. Die Welt ist bedroht durch Armut, Unterentwicklung und Hoffnungslosigkeit in großen Teilen der Erde. Zwanzig Prozent der Menschen nutzen 55 Prozent der Energie, und der Rest bleibt für die achtzig Prozent der Menschheit. Dabei ist die Equity, also die soziale Unausgewogenheit innerhalb der armen Ländern, ein Entwicklungshemmnis, das bisher viel zu wenig gesehen wurde.

Immer mehr Menschen fragen sehr ernsthaft und ehrlich nach einem neuen Leitbild für ihr Leben, das die Kraft aufbringt, der Gesellschaft Orientierung und Halt zu geben. Ein Leitbild, das erklärt, warum und wieso drastische Maßnahmen zu ergreifen sind – painful decisions eben. Und ein Leitbild, dem zugetraut wird, dass es langfristig Bestand hat. Eines, dem man zutraut, dass es dem Sturm der Lobby-Interessen Stand hält. Das Prinzip Nachhaltigkeit ist ein solches Leitbild, wenn es richtig verstanden und aufgegriffen wird. Daher gilt der alte kluge Satz, dass es bei der Umsetzung einer politischen Strategie nicht so sehr auf die Größe der jeweiligen einzelnen Schritte ankommt, sondern auf die Erkennbarkeit der Richtung, in die man sich bewegen will.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir die Gelegenheit zu einer After-Dinner-Speech geben. Ihnen, Herr von dem Bussche und der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft gratuliere ich zu dem Erfolg Ihrer Veranstaltung, der durch die eindrucksvolle Anzahl der Teilnehmer unterstrichen wird. Ihrer Einladung bin ich gerne gefolgt.

Ich habe von Ihnen persönlich gelernt, was es heißt, Nachhaltigkeit aus der Perspektive eines praktizierenden Landwirtes zu sehen, dessen Familie seit über 600 Jahren die Kulturlandschaft nutzt und bewahrt. Ich bedaure sehr, dass Sie auf Grund eines Konfliktes mit der Regierung, nicht mit dem Rat wohlgermerkt, aus dem Rat für Nachhaltige Entwicklung ausgeschieden sind. Ihr Rücktritt hat eine schmerzliche Lücke hinterlassen. Das wird nicht zuletzt auch dadurch deutlich, dass es bis heute

nicht zu einer Nachbesetzung gekommen ist. Ich mache keinen Hehl daraus und möchte Ihnen das an dieser Stelle persönlich sagen, ich vermisse Sie im Rat.

Nachhaltigkeit als Schlüsselthema

Woher kommt meine Zuversicht, dass sich die Nachhaltigkeit als Schlüsselthema durchsetzen wird, dass wir wirklich zu den painful decisions kommen? Die Bekanntheit des Begriffes in der Öffentlichkeit ist von 13 auf 28 % gestiegen. Das ist nicht genug, aber die Tendenz ist zu begrüßen. Es ist gut, dass die Bundesregierung im April dieses Jahres die nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen hat. Die neue Regierung hat das bekräftigt. Dass die Nachhaltigkeit in der Politik angekommen ist, heißt aber nicht, dass nun alles getan ist. Im Gegenteil, ich sehe mehr Anfänge als Ergebnisse, mehr Herausforderungen als Erfolge.

Die Nachhaltigkeitsstrategie steckt die Wegmarken der Politik durch quantifizierte Ziele und Zeitmarken ab. Dieses Konzept folgt dem aus dem Management bekannten Grundsatz: Was man nicht messen kann, das kann man letztlich auch nicht managen. Dabei geht es durchaus auch um soziale und qualitative Maßstäbe. Das Messenkönnen verengt die Perspektive mitnichten allein auf empirisch-numerische Indikatoren. Es können durchaus auch subjektive Kriterien sein, die als Maßstab herangezogen werden. Wichtig ist im Grundsatz, dass ein Managementkonzept verfolgt wird, das eine Entscheidung erfordert, woran man sich messen lassen will und das diese Entscheidung offen legt und überprüfbar macht. Mit diesem gezielten politischen Management muss die Nachhaltigkeitspolitik endlich aus der unverbindlichen Programmatik und den belanglosen Zwischenbilanzen heraus geführt werden. Ich halte die Tatsache, dass die Regierung unserem Rat zur Quantifizierung von Zielen gefolgt ist, für sehr wichtig. Sie hat die Nachhaltigkeit als Chefsache eingeführt.

Der Nachhaltigkeitsrat hat mit einigem Erfolg zentrale Eckpunkte zu Energie, Landwirtschaft und Mobilität in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebracht. Die Agrarwirtschaft steht mitten in der Neuorientierung. Wir haben dafür plädiert, dass die Wertschöpfungskette für die Land-

wirtschaft neu ausgelotet werden muss. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ein nachhaltige Perspektive die gesamte Landwirtschaft, also sowohl die Ökobranche als auch die 97% der Fläche bewirtschaftende Landwirtschaft umfassen muss. Ich weigere mich, für letztere den eingeführten Begriff „konventionelle Landwirtschaft“ zu benutzen. Erstens, weil das „konventionell“ die Landwirtschaft abwertend abtut. Und zweitens, weil die „konventionelle“ Landwirtschaft nach meiner Beobachtung alles andere, aber eben nicht konventionell ist. Keine Industriebranche, die im gleichen Maße technologieintensiv und innovationsorientiert ist, würde sich die Bezeichnung „konventionell“ gefallen lassen.

Die „konventionelle“ Landwirtschaft ist alles andere, aber eben nicht konventionell.

Wir haben der Regierung widersprochen, als sie eine nachhaltige Landwirtschaft allein mit dem Indikator „Anteil des Öko-Landbaus“ beschreiben wollte. Wir hatten damals den Stickstoffeintrag in Böden als Indikator zur Nachhaltigkeit der gesamten Landwirtschaft vorgeschlagen. Die Bundesregierung ist diesem Vorschlag in der Nachhaltigkeitsstrategie nur partiell gefolgt; sie hat die Indikatoren nebeneinander gestellt und sich an einer klaren Entscheidung vorbeigemogelt. Mit „painful decisions“ sind ganz sicherlich Entscheidungen anderer Art gemeint. Sie, sehr geehrter Herr von dem Bussche, haben angesichts dieser Entscheidung gemeint, Ihren Platz im Nachhaltigkeitsrat aufgeben zu müssen, was ich, wie gesagt, sehr bedaure.

Die Nachhaltigkeitsstrategie hat ferner unser Pilotprojekt „Nachhaltiger Warenkorb“ aufgegriffen. Dabei geht es um oftmals unbequeme Fragen: Ist Nachhaltigkeit nur etwas für Besserverdienende, gilt der alte Satz auch hier: Die Moral ist nur etwas für die Satten? Wer hat denn überhaupt die Zeit, sich alle Nahrungsmittel zusammenzusuchen? Ist ein Bioprodukt als Neuseeland besser als ein Apfel aus der Region? Wie finde ich im Warenangebot denn überhaupt die „mit Nachhaltigkeit erzeugten“ Lebensmittel? Reichen die Produktinformationen? Und wer darf bestimmen, welche Produkte den Maßstäben der Nachhaltigkeit genügen? Das alles sind Fragen, die wir anlässlich

Das Pilotprojekt „Nachhaltiger Warenkorb“ stellt unbequeme Fragen.

eines ersten Zwischenberichtes kürzlich im Rat diskutiert haben. Sie machen deutlich: Nachhaltigkeit ist zwar nichts Einfaches und Rezeptartiges. Vielmehr ist Nachhaltigkeit ein spannendes Anliegen, das den Alltag jedes Einzelnen erreichen kann und wo jeder mitreden kann. Um es aber etwas abstrakter auszudrücken: Wie organisiert die Zivilgesellschaft eine geschlossene Informationskette entlang der Wertschöpfungskette vom Acker zur Ladentheke?

Die Perspektive der europäischen Landwirtschaft erfordert den Blick nicht nur auf Legehennen, Schweinemast und neue Convenience-Produkte – das alles sind wichtige Themen, wie Sie gerade mit dem unerwartet großen Zulauf zu Ihrer Messe EuroTier deutlich gemacht haben. Wichtig sind aber auch die Rahmenbedingungen der Agrarwirtschaft im größer werdenden Europa. Der Trend scheint mir dahin zu gehen, dass eines Tages Exporte nur noch ohne Subventionen möglich sein werden, und die Importschranken nach und nach fallen werden. Der Markt ist ein gutes Steuerungsinstrument. Aber ich bin kein Anhänger völlig marktradikaler Lösungen, weil diese dazu tendieren, gesellschaftliche und Umweltkosten zu vernachlässigen oder – wie es die Ökonomen sagen – zu externalisieren. Der Markt soll frei, aber er muss auch fair sein. Deshalb ist es richtig, dass wir von der öko-sozialen Marktwirtschaft sprechen. Wir müssen den Markt in politischer Verantwortung halten. Produzentenhaftung und Produktverantwortung sind einige Schlüsselemente. Ich glaube, ich sage nicht zu viel, dass die bisherigen Konzepte zur Nachhaltigkeit in der Agrarwirtschaft diese Zukunftselemente in ihrem Zusammenspiel noch nicht optimal geordnet haben. Daran muss noch gearbeitet werden.

Was hat Johannesburg gebracht?

Was brachte der Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg? Nun, ein 80seitiger Aktionsplan wurde beschlossen und dabei gab es reichlich diplomatischen Zündstoff. Der Gipfel stand mehrfach auf der Kippe, um es salopp zu formulieren. Seine Ergebnisse sind ein Mosaik aus Erfolgen und Misserfolgen, Fortschritten und Fehlstellen. [...]

1972 legte die erste UN-Umweltkonferenz in Stockholm grundlegende Prinzipien des Umweltschutzes fest, die uns heute selbstverständlich

erscheinen. Das Verursacherprinzip, die Vorsorge, die Warnung vor lediglich „end-of-the-pipe“ – Strategien – das alles ist in Stockholm erstmalig zur Sprache gekommen. Aber unverkennbar war, dass die Umwelt-Protagonisten noch nicht wirklich ernst genommen wurden. Man ließ sie reden und wähnte sich sicher, dass die Welt sowieso einen anderen Gang gehe. Aber die 70er und 80er Jahre gaben den Umweltpolitiker Recht. Die Welt bewegte sich in Richtung auf eine stärkere Umweltorientierung. Deshalb erscheint uns heute selbstverständlich, worum 1972 gestritten wurde. Aber es ist auch klar: Was selbstverständlich ist, ist noch lange nicht genug und noch lange nicht die wirkliche Lösung auf die Weltumweltprobleme.

Den nächsten Schritt markiert der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, der Brundtland-Bericht, aus dem Jahre 1987. Er stellte mit dem „sustainable development“ erstmals einen konzeptionell tragfähigen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Umwelt her. Viele Vorschläge wurden erarbeitet, die sich auch heute noch lohnen, dass man sie mit ihnen in Ruhe auseinandersetzt. Die – wie sich erst später herausstellte – wichtigste Empfehlung der Brundtland-Kommission war der Vorschlag, eine Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung durchzuführen. Diese fand 1992 in Rio de Janeiro statt.

Seit Rio hat sich die globale Entwicklung wesentlich verändert. Die einsetzende Globalisierung setzt zunehmend die Rahmenbedingungen für die nationale Politik. Entgegen der Rio-Zielstellung hat sich die Armut und das Umweltproblem in der Welt noch vergrößert. Die Polarisierung hat zugenommen.

Deswegen war klar: In Johannesburg waren nicht neue weittragende Visionen, Konzepte und Politikentwürfe gefragt. Unter dem Zeichen großer Ungeduld und Unverständnis für das Zögern der Entscheidungsträger war der Blick auf Maßnahmen, Aktionen und Umsetzung gerichtet – auf ein Vorankommen im Konkreten.

Zu Recht ist aber die Energiepolitik der entscheidende Maßstab, ob Schritte zur Nachhaltigkeit wirklich gewollt und erreicht werden. Um hierzu Johannesburg richtig einzuordnen, muss man die Ergebnisse der 8. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimakonvention vom Oktober in Neu-Delhi betrachten. Die beabsichtigte erste Annäherung an die zweite Ver-

pflichtungsrunde zum Kyoto-Regime gelang nicht, wie ja auch Kyoto-I immer noch nicht ratifiziert ist.

Als Gastgeber hat der indische Ministerpräsident den Klimakonsens faktisch in Frage gestellt. Er hat in Neu-Delhi das Nachholen gegen die Nachhaltigkeit gestellt, indem er betonte: Wir wollen nachholen. Wir wollen Wachstum. Der Süden hilft sich oftmals mit den gleichen schmutzigen Technologien und Wachstumsstrategien, die der Norden genutzt hat und nutzt - und zwar auf dem Rücken der Natur und der Menschen. Das ist eine nachholende, keine nachhaltige Politik. Die OPEC verlangte sogar Entschädigungen für die nicht verkauften Ölmengen, die ihnen durch Klimapolitik des Nordens nicht abgekauft werden.

Man mag diese Forderung in der erste Reaktion belächeln. Aber es muss uns klar sein, dass solche Forderungen ernst gemeint sind. In Neu-Delhi wollten viele Staaten wieder zurück hinter Kyoto. Da mag partiell auch der diplomatische Einfluss der Vereinigten Staaten dahinterstecken. Aber die Vermutung ist, dass es einer solchen Kulissenschieberei nicht einmal bedarf. Schon in Johannesburg wollte man zurück, dort mit dem Versuch, den globalen Umweltschutz der Welthandelsorganisation, der WTO, unterzuordnen. Dieser Angriff konnte in Johannesburg abgewiesen werden. Aber es ist doch klar: Das ist kein Erfolg, keine dauerhafte Strategie.

Dabei: Kyoto und die erste Verpflichtungsrunde der Industrieländer sind nur ein sehr kleiner Schritt – gemessen an dem, was weltweit zu tun ist.

An anderer Stelle habe ich schon darauf hingewiesen, dass wir einen „Multilateralismus der verschiedenen Geschwindigkeiten“ als Ergänzung zum UN-System, wo immer darauf geachtet wird, dass alle und auch die Langsamsten mitkommen, brauchen. Führungsgruppen von Staaten sollen zu bestimmten Themen schneller voran gehen und sich damit auch Zukunftsmärkte erschließen können. Die Erneuerbaren Energien sind vielleicht das erste Thema, das in dieser Form voran getrieben wird. Mit neuen Formen der international abgestimmten Politik wird ja bereits experimentiert. Die World Commission on Dams und der UN-Global Compact zeigen das.

In Johannesburg und Neu-Delhi standen die USA als die großen Verhinderer da. Ich will diesem Thema noch einige Bemerkungen widmen, weil ich meine, die deutsche öffentliche Wahrnehmung der US-Politik geht mindestens teilweise an der Sache vorbei.

Die deutsche Wahrnehmung der US-Klimapolitik geht zumindest teilweise an der Sache vorbei.

US-amerikanische Politik erscheint auf den ersten Blick als ein Ausstieg aus der multilateralen Politik. Die Beispiele Kyoto, Internationaler Gerichtshof sowie Waffenhandel, sowie eine Reihe von unilateralen Aktionen wie bei den Agrarsubventionen und der Aufstockung des Militäretats scheinen darauf hinzu deuten, dass die Vereinigten Staaten einen völlig anderen Weg gehen wollen.

Es ist jedoch ein, wie ich finde, großer Fehler, wenn die Rolle Amerikas in der Welt in dieser Weise verkürzt aufgefasst wird. Unser öffentliches Bild der USA ist zu einseitig. Amerika erscheint nur noch als autistische, chauvinistische und die politische Isolation in Kauf nehmende Macht. Niemand gibt sich mehr die Mühe, wirklich genau hinzusehen. In Kalifornien und Michigan sind beachtliche Aktivitäten unterwegs. Die Amerikaner geben viel Geld für die Forschungen zu Sequestrierung von CO₂ und für neue Technologien aus. Auch das gehört in ein umfassendes Bild. Wenn wir dies nicht wahrnehmen, kann unsere Industriepolitik einiges Tages in solchen Punkten den Anschluss verlieren. Die technische Abtrennung von CO₂ bei der Energieerzeugung sollte man auch in Deutschland eingehend prüfen. Noch weiß niemand, ob diese Sequestrierung eine technisch machbare und wirtschaftlich vertretbare Option ist. Aber deswegen gerade sollte sich ein Hochtechnologieland wie Deutschland dieser Frage eingehend annehmen.

Deutschland hat sich in der europäischen CO₂-Politik auf das Reduktionsziel von 21%, im nationalen Bereich auf 25% bis 2005 festgelegt, wir liegen derzeit bei über 19%. Angesichts der Maßnahmen zur Erreichung dieser Quote muss man fragen, wo waren denn eigentlich die „painful decisions“? Offenbar hat es solche noch gar nicht gegeben. Sie liegen vielmehr jenseits der 21%!

Ich meine, wir dürfen uns in Deutschland auch nicht ohne jede Alternative allein auf den Kyoto-Prozess verlassen. Ich befürchte aber,

dass wir das gerade zu tun im Begriff sind. Das wäre eine Verengung unserer Sichtweisen, die wir uns nicht leisten können.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftspolitik hat in diesen Tagen in einer Studie nahe gelegt, dass das Kyoto-Protokoll nicht mehr als ein symbolischer Akt ist. Für keinen der Vertragsstaaten bedeutet Kyoto relevante Anstrengungen oder Kosten. Der Weltenergiehunger wächst und Kohle ist oft einfach und kostengünstig abzubauen. Weltweit werden bis 2020 etwa 40% mehr Kohle verbraucht werden als heute. Es ist doch klar, wir müssen erneuerbare Energien noch viel schneller an den Markt bringen und wir müssen eine intensivierete Kohlenutzung sauber machen, und zwar weltweit. Kyoto kann dabei nur ein Ansatzpunkt unter vielen sein.

Ein anderes Beispiel: Die Bush-Administration hat kürzlich angekündigt, dass sie ihre Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit über die etwa 10 Milliarden US-\$ hinaus weiter kräftig erhöhen wird. Die Zahlungen sollen an „Good Governance“, also an das verantwortliche Handeln von Regierungen und Konzernen zur Einhaltung der Menschenrechte, gegen Regierungskorruption, und auch zur Umwelterhaltung gebunden werden. Natürlich muss man genau prüfen, was im Einzelnen mit Good Governance gemeint ist, aber ich halte diese Entscheidung schon im Prinzip für richtig, weil sie wirtschaftliche Hilfe mit den Kriterien aus dem Rio-Prozess verbindet. Ich würde mir wünschen, dass auch unsere Regierung der Öffentlichkeit ohne Umschweife deutlich macht, dass unsere Entwicklungsgelder dort, wo Staaten die Menschenrechte missachten, wo Sklavenhaltung zur Tagesordnung gehört und wo die Regierung an der Spitze der landesweiten Korruption steht, nichts zu suchen haben.

Gibt es Grund zu Optimismus? Gibt Johannesburg gar Anlass zu Begeisterung? Sicherlich ist die Stimmung von Johannesburg nicht mit der Aufbruchseuphorie von Rio zu vergleichen. Aber den wirklichen Stellenwert von Johannesburg werden wir erst aus der Entfernung von ein paar Jahren wirklich begreifen können. Ob die Bewertung dann in Richtung positiv ausschlägt, das ist weitgehend in der Hand derer, die jetzt mit eigenen Handeln dazu beitragen, dass es mit der Nachhaltigkeit voran geht. Davon gibt es viele, denken wir nur an die lokalen Agenda-

Gruppen, an die Vorreiterrolle einer Reihe Firmen, an Stiftungen und auch an Fachverbände wie der DLG, die sich der Herausforderung der Nachhaltigkeit stellt.

Lassen Sie mich an den eingangs zitierten jüdischen Rabbiner anknüpfen. Ich freue mich mit ihm auf das nächste gemeinsame Verlaufen auf unserem Weg. Aber noch mehr freue ich mich auf die dann gemeinsam zu entwickelnde Kraft, um auf den richtigen Weg zurück zu finden. Dazu brauchen wir Einfallsreichtum, Überzeugungskraft, Risikobereitschaft und Mut. Vor allem aber die Bereitschaft, Wohlstand und Wohlbefinden kommender Generationen zum Maßstab unseres Handelns zu machen.

Justice and peace will kiss each other

Rede von Dr. Margot Käßmann beim Weltsozialforum

Porto Alegre, 26. Februar 2003

Personal Approach

I am very grateful that you allow me to give one of the testimonies today. Coming from a wealthy country to the World Social Forum, what can I contribute? Let me start with a few personal introductions as probably no one of you knows me:

Having grown up in a lower middle class family at the age of sixteen, I won a scholarship to the USA. 1974/75 – towards the end of the Vietnam war, you remember? For the first time I felt really challenged by war. Up to the then stories for instance of my mother having been a refugee, my father having been a soldier in World War II had been some sort of history. And: For the first time I met Jews and had to relate to them being a German, one of those responsible for the holocaust. What does that mean for a Christian? I wrote my history paper on Martin Luther King: And I was fascinated: Faith and political engagement can walk hand in hand....

Many years later, 1983, I was elected as a youth delegate to the Central Committee of the World Council of Churches. The program for a Just, Sustainable and Participatory development (JPSS) seemed extremely hopeful to me. For almost twenty years I was able to learn in that ecumenical body context how to respect different cultures and yet see the community between Christian churches. Churches are indeed local actors and global players at the same time. Therefore in my thesis I tried to prove that Christianity is divided more by the gap between wealth and poverty than by dogmatic teaching.

Since 1999 I am the bishop of the largest lutheran church in Germany with 3.2 million members. The election was quite a surprise to

everybody, including myself. A woman, mother of four daughters, in her early forties.... You can maybe imagine...

Being the church in Germany today

Today as a Lutheran church in a rural area of northern Germany we try to be part of the body of Christ in our spiritual life as well as to give witness in our society to the responsibility not only for the faith and own well-being of people in our context but that every human being has fundamental rights and is created in God's image. One of the messages for instance is: Refugees are not beggars, but messengers of the state our world is in. That is why asylum in churches is an important issue for us.

My experience is that time and again people in the wealthy nations try to forget about injustice, try to ignore that so many live in poverty.

**A loss of hope
as the curse of
the wealthy?**

The jogging shoe we buy in Germany for 100 \$ is produced in South East Asia by a woman who earns 70 Cent per hour and the football star who wears it for product placement receives 1 million Dollars. Unjust structures all over the place... Most people cannot bear it and rather turn to TV in order to escape to a virtual reality. The average German spends the 75 years he or she will live 9 years in front of TV. What a terribly lonely, spiritually empty life!

Little can you see of hope and dreams as we saw during president Lula's speech on Friday. As a bishop that really goes to my heart: Our people have everything if you compare them with others in counting consumerist measures. But many are very empty inside, lacking spirit, relationship, meaning, aims, hope. Maybe that is the curse of the wealthy? A loss of hope? During the last few days for instance we heard in many statements that education is the key to liberty. In one of the recent studies on education Germany was at a very low figure (PISA). Do young people not value education any longer because it is self-understood that they have access to it? Many of them are looking desperately for orientation and don't know how to find it. Is it your body, that makes the difference? The clothes you wear? Quite a challenge to our church as you will understand.

When groups and movements name the reality like for instance in the “Clean Clothes Campaign” or the fair trade movement, they are smiled at: still trying to change the world? You are naïve! But those campaigns try to conscientise consumers about the living conditions of those who produce the goods they buy. And when those movements go to demonstrations, action, campaigns, many feel just disturbed in the quiet life they want to live. People in the North will have to find out that they are not hostage to a system they cannot influence but that what they do, how they live, matters. If that message would come through against all individualism, materialism, things might change!

Let me give you one example in trying to illustrate what I mean. For almost two years I am a member of the Council for Sustainable Development that our government has installed in order to accompany the process on sustainability initiated by the summit in Rio and again in Johannesburg last year. Members come from the ecological movement, companies, trade unions, etc. We talk about windcraft, solar energy, the Kyoto protocol. But when it comes to specific questions, we fight. For instance some of us suggested, to debate ethics and life style. We try to produce a list that gives consumers a sustainable alternative when they shop: fair trade coffee etc. Right away some try to put this aside as an irrelevant approach: you just intend to be moralistic, you want to give people a bad conscience. This debate in the council has really struck me. It is not that people would not want change. The question is, whether this effects my personal life. And isn't it true: We in the North should have a bad conscience because the way we live is not sustainable! And at the same time we know there is an individual aspect but also the aspect of the system we live in, this is about life style and political engagement. We are not naïve or fools if we put both on the agenda! Let me tell you, it is easy to say this here at the WSF, it is not so easy to stick to that in our context. Many people in my country have lost the vision for change, they withdraw into a private sphere. That is one of the reasons why we need encounters like here in Porto Alegre that encourage us not to loose the red thread of justice back in our societies. “Another World is Possible” – sometimes I think this hope has been lost in my society. Listening to many voices here I realize again how little we know about the situation in other continents. And how much vision for change there is. I will take

back to Germany the conviction that we are not helpless, but we can engage in the struggle each one in his or her place.

Actually I learned that lesson for the first time during that assembly of the WCC at Vancouver 1983 I spoke about. I remember a specific night that taught me a lot. We had been praying that archbishop Desmond Tutu would finally would get his papers to be allowed by the apartheid regime to travel to Canada. He arrived during a peace vigil, was applauded and gave a moving speech on freedom and dignity of all human beings. A young man from the UK raised his hand and cried: "Bishop Tutu, I'd love to come with you to South Africa and fight for freedom". Desmond replied: "You better stay in the UK and engage in some talks with Barkleys Bank". A young woman from the US said in a panel yesterday that education does not take place at universities but in encounter. So there is one lesson I learned. My place is in Germany, the country I belong to. The country I often struggle with because of the state it is in and because of its history which it took me a long time to come to terms with in a balance of accepting the guilt, the failures as well as the achievements. Still I believe that people in Europe are willing to change if they see a possibility to do so. It is my Christian faith that carries me in that direction. You might remember that Moses was a murderer who become the leader of a nation by God's guidance. And Saul the persecutor could become Paul the believer. God gives us a possibility to confess our sins to find a new direction, to start afresh. The bible has the vision that one day justice and peace will kiss each other (Psalm 85,11). That vision has been the watchword for the European Assembly for Justice, Peace and the Integrity of Creation in 1989. With this watchword in mind I want to share with you three more aspects: violence, peace and religion.

Overcoming Violence

The World Council of Churches has 342 member churches in more than 100 countries. In 1994 the WCC's Central Committee could for the first time ever meet in South Africa. It was a moment of joy and gratitude, a moment of prayer and praise. The apartheid system had for many years been on the agenda of the World Council and its clear stand had caused many conflicts even with and within member churches. In a festive wors-

hip downtown Johannesburg Bishop Stanley Mogoba said in his sermon: Now that the Program to Combat Racism has contributed so much to overcoming apartheid: is it not time to create a Programme to Combat Violence?

The idea had been in the air. Violence as a threat to the lives of people all over the world was a major theme in almost all reports from regional and local contexts. South Africa - a few months away from the first free elections in April 1994 - gave an example of its own. Few had expected that at the end of apartheid especially the black communities would have to suffer so hard from violence. In the visits to the townships we were confronted with that reality. [...] Globalisation of economy seems to have globalisation of structural violence in the luggage. From all over the world it is reported that the use of violence as a means of conflict resolution is more widely accepted in the last few years. The ideology of the necessity of violence is fuelled by the new concept of "war for human rights".

Walter Wink writes: „Violence is the ethos of our times. It is the spirituality of the modern world. It has been accorded the status of a religion, demanding from its devotees an absolute obedience to death.“ There is indeed a lot of proof for this position, while on the other hand it seems there is a growing awareness around the globe that our world desperately needs a counter-ethos in order to gain life, to create life conditions for the generations to come.

The term „combat“ used by Bishop Mogoba in relation to the Programme to Combat Racism had seemed counter-productive as a term in regard to violence. While at first thought „overcoming violence“ just meant a way out of the dilemma, this caused many severe questions after the Central Committee meeting: is it possible to overcome violence? Is violence not a fact in human life since the days of Cain and Abel? Is the WCC taken by illusion? At second thought the term has gained credit. It can be linked to the famous passage of Paul in his letter to the Romans: Overcome the evil with the good! (Ro 12,21). In the bible Paul talks about behaviour in the light of God's future. This may well be applied to the task ahead of us: to act according to our possibilities in order to create a trace of the possibilities of justice and peace becoming a reality in our

world. So the term seems quite appropriate to describe where the programme is heading as well as the specific challenge to the churches. All over the world today initiatives against violence gain ground. Mediation is taught as a concept, at schools there are programs.

The challenge of violence has been with Christians since Jesus Christ. He died a violent death, was seen by many as a revolutionary leader and yet provoked even his friends by urging them to respond to violence with non-violence. As the church became an institution of power it used violent means itself: among the main symbols are the crusades, the witch hunting, colonialism, even justification of racism. People of other faiths became victims of Christian claim of power. Christian anti-Semitism found its unprecedented climax in the Holocaust, Christian sense of superiority its climax in the destruction of aboriginal peoples' heritage and faith in the age of colonisation. [...]

Nevertheless the knowledge of God's call to become peacemakers stayed alive in the Christian community. Like a red thread this knowledge leads to a counter-history of those who dare to overcome evil with good. As the greatest heroes of the last century we will not remember Hitler, Stalin or Idi Amin but Ghandi, Martin Luther King and Nelson Mandela. They are respected because of their deep commitment to non-violence. Look at the life of Ghandi and you can see that he brought a war to an end with non-violent means. Kennedy said that either humanity puts an end to war or war will put an end to humanity. The future belongs to non-violence or there is no future any more. And if president Bush says today that Iraq has to disarm, I agree. But that is not the whole story! The world has to disarm, including the USA! This is the only way we can find a way towards peace. The use of violence will only kindle the spiral of violence again and again.

We will have to find out that real strength is non-violence. And finally, after centuries in Germany we have a new tradition in that. 1989 it was the peace movement from within the churches that brought the call "keine Gewalt" (no violence!) from inside the church walls to the streets of Leipzig and Berlin and made the first non-violent revolution in our country possible. With candles hundreds of thousands of people stood in front of tanks and guns. In the midst of the greatest concentration of nu-

clear weapons and military machinery it was the hope of the people that moved history. O yes, there is power in non-violence!

My hope is that we finally realize: There are no more holy wars to fight, no crusades that can be legitimised. And now? God is being instrumentalized again on different sides to legitimize violence. Religion finally has to become a factor of peace instead of letting itself be used again and again to fuel hatred.

In Europe we are confronted with racism and xenophobia. And a recent study has just shown that in German youngsters have the highest rate of xenophobia. With regard to that appeals do not mean much. We have to teach especially young people.

I am convinced that the name of God is misused when it is used to justify violence. September 11 has shown symbolically the cruelty of People who are made victims by hatred. But that happens every day to people, especially to children There is violence and there is counter violence. Someone pulls a gun and someone else pulls a gun. Arms trade, arms all over the world. Our world is packed with weapons people suddenly pull, be it in a personal conflict, an ethnic conflict, be it in war. Last year a young man in Erfurt in Germany, 19 years of age, who had been dismissed from school went back into that school and killed 12 teachers, two students, one secretary, one policeman and finally himself. We are reminded of other killings like that in Dunblane, Littleton, and other places. How is it possible that in the midst of a seemingly peaceful society someone suddenly pulls a gun? We cannot just look at the individual person, we have to look at the larger picture. Is violence really the “ethos of our times”? Why does it make you feel so strong to have a weapon? Because you are so vulnerable and so weak inside? What about the media? Silvester Stallone as Rambo, all the computer games, the movies that show the great macho as the hero. Do we really believe that is of no influence?

There are no more holy wars to fight.

The existence and trade of weapons alone destroys the lives of people. In the West of Africa, in Africa at large many places have no governments anymore, no law, no safe places. Places are ruled by those who have the weapons. Can we imagine what it feels like to be a child that

grows up in a situation like that? No safe place to go. No school, no home, no regular food, weapons rule. So what do you do? As soon as possible you try to get hold of a weapon.

Children in war. Two million children have been killed in war within the last ten years!! And they are not just victims by chance, o no. They are forced to be soldiers. In Liberia alone there are 6000 children in the armies of the different troops of the civil war. – Millions of refugees ask for asylum in foreign countries every year. Millions of people are refugees in their own countries. 50 percent of them are children. But asylum seekers are not welcome in the nations of the north...

So we lament all of this. But at the same time our economies nourish themselves – among others – on the export of weapons. The United States, Russia, France, Germany and Great Britain are the first five in the sad hit list of exporters of weapons. So we make profit from what we reject? O yes, the world must disarm!

Therefore our engagement for peace has to last. Christians have to keep up the vision that it is possible to live non-violently together on this planet. There is no way to peace, peace is the way. I know that again some say this is naive. But it is not. You have to accept though that you may become guilty by a clear stance on non-violence in some people's eyes, there may be suffering. But guilt, dealing with right or wrong is part of being a believer. We clearly have to say as Christians that there is no legitimisation at all for a so-called pre-emptive strike against Iraq.

Poverty as a form of violence

Violence as the theme of the decade of the WCC does not just talk about physical violence but also about structural violence. All around the world people are forced to live under conditions they cannot influence and are unbearable at the same time. That is a substantial form of violence. You can even face this in Europe. I am thinking for example of forced prostitution or the strange reality that having several children has become the greatest risk of becoming poor in a rich society. There is poverty in rich countries, o yes. But more than 1.3. billion people live in extreme pover-

ty on this planet. They do not have enough to eat, do not have decent clothes, no access to medical care, no schools for their children, often submitted to the will of bureaucracy or violent groups.

In the last years the churches have conducted a study process in 21 countries on the theme *Christianity, Poverty and Wealth*. Questions have been: Who are the Poor in our countries? What do they themselves say? And: Where are the Rich and what do they say? What direction does social development take? What does the government do for the poor? What do the churches contribute?

In one of the documents an old woman from Fiji describes her life:

You ask me what poverty is. It is here, staring you right in the eye. Look at me! I live alone. I do not have enough food. I have no decent clothing and accommodation. I have no clear water to drink. Look at my swollen legs. I can't go to the dispensary, which is too far for me to walk. I have to walk a mile to catch a bus. I cannot see well. I can no longer do any farming. So don't ask me to tell you what poverty is. Just look and see for yourself."

There is a report about the desperate situation of farmers and fishing people in the Philippines:

„To peasants and fisher folk, poverty means tilling the land of a landlord for the rest of your life and your family's. Poverty means having no land to till since the land is converted into golf courses, sub-divisions or plantations. Poverty means diminishing catch because mangroves are converted into fish and prawn farms; foreign large-scaling fishing operations took over the fishing grounds."

Or a mother from Ukraine:

„For a poor woman it is much more difficult to survive and live than for a poor man, as she cares about the children as well.“

Stories like that can be told by the million. Those who want to know for instance in Germany could know. Therefore one of the central questions is whether people in the north are ready to listen to the poor, to see the connections to change their style of life. We will only find peace if the division of our world in one third that lives affluently in never ending consumption and two thirds that seem to fight hopelessly against injustice, hunger, epidemics come to an end! We do not need holy wars and

crusades. The only crusade we need is one for the human rights of every person and against poverty! It is absurd that billions of dollars are now put in place in order to fight against a so-called "axis of evil". O yes, there is evil in the world. But what we need is an axis of justice and Peace.

All religions know that there is evil as a power that leads us time and again into temptation. But we will not destroy that power by military force. We will have to fight for the same right of every person, for access to clean water, decent housing, education, a self-determined life for women. The "limits of growth" have already been spelled out by the Club of Rome 1974. What the earth needs is growth in justice. So it is right that the United Nation today speak of the necessity to „to combat poverty“.

For the poor of this world it is incredible that suddenly there is money enough for a possible war against Iraq. The USA alone have increased their military budget for the year 2003 by 48 billion dollars! That is the highest increase in 21 years! At the same time all the budgets for official Development Aid (ODA) decrease in the wealthy industrial nations because it is said that there is not enough financial resource. And many developing countries have trouble to finance schools and medical care. Last week I have been to Ethiopia and could see the desperate daily fight for life in dignity. The cost of a war in the Near East would probably eat up more money than all the countries in Africa invest in their education and health system! The United Nations just declared that only 55 billion US Dollars would be necessary to meet the immediate needs of the poor.

It is true, we have to find the evil within ourselves. When the churches evaluated their study on poverty and wealth they found out that much was said about poverty and little about wealth. No, the bible does not say wealth as such is evil. But it is evil when it becomes the centre of our life, when you begin to be obsessed with it. Culture is destroyed by this. Globalisation then does not have justice at its aim but greed: the decisive value is: to have more, to get more: „A culture in which greed and the endless accumulation of material possessions are regarded as normal and legiti-

mate has to be eroded by alternative values such as self-restraint, simplicity, a sense of proportion, justice, generosity, volunteerism..." If we talk about human rights this means food, schools, housing, employment, dignity for everybody everywhere.

Religious communities searching for a common world ethos

I am convinced that values define religion. It is a misuse of religion when violence is justified by it. Today, again after September 11 many see religion as generally responsible for violence and hatred. It is said that people of different faith cannot live peacefully with one another for instance looking at Israel and Palestine, Indonesia or Sudan. Therefore I think religious people and religious communities must prove the opposite. They have to contradict whenever violence is legitimized in their name! I wish that religion mediates conflicts instead of fuelling them.

Now is the time that in the era of globalisation the world religions agree on common values. We have to find ways to live peacefully together in all communities of this earth. There are more and more Muslims now finding a home in Europe and Christian churches develop in countries of the East. We need to find a way to come together, we have to search for peaceful coexistence.

The Swiss theologian Hans Küng has tried since the 70s to develop a project called „world ethos“, that intends to formulate how the truth from different religions can come in to a creative relation. I think he is right especially in one point: we do not only need world finance and world economy, we need a world ethos! People from all religions and cultures should try to formulate that. This World Social Forum here in Porto Alegre is a unique opportunity to share basic convictions and common visions for a future in justice and Peace. I should be possible to agree on basic ethical standards. I am convinced that we can find them across the borders of nations, cultures and religions, such as:

The dignity of life. The ancient commandment: You shall not murder (Exodus 20,13) as a new commitment for a culture of non-violence.

Act in a just and fair way. The ancient commandment: You shall not steal (Exodus 20, 15) is a new commitment to a culture of solidarity today

It is time for world religions to agree on common values.

that aims at a just world economic order. We cannot have a patent right on knowledge that people can buy and sell! That's reality today: hardly any developing country can produce the life saving anti-retroviral medication needed by those infected by the HIV virus most of whom live in the poor countries of the world.

Speak the truth! The ancient commandment: You shall not bear false witness is today a new commitment for a culture of tolerance and a life in truth. Everywhere we find stereotypes being produced. Since September 11 people who seem to look of Arabic origin have been attacked in the USA. At the same time Christians in Pakistan fear for their life. This sort of defamation is the basis of hatred!

Respect and love one another. The ancient commandment: You shall not commit adultery today is a new commitment for the community of women and men. We need a culture of mutual respect and equal rights. Female genital mutilation, rape, forced prostitution are daily reality. Still women have to suffer and fight, still they have less education, suffer more violence, often left alone with the responsibility for family and children by irresponsible men.

Let us take back home from Porto Alegre the encouragement that men and women in all countries of the earth of different culture and religion will resist the logic of violence and injustice, of religious intolerance. O yes, there can also be a globalisation of civil society, a globalisation that has social justice for all at its aim. I am convinced that in the few days we have spent here together, we had the possibility to see again the vision the bible has given to us: justice and Peace will embrace one another. Or as the WSF states: another world is possible one day in God's eternal Peace, but we could already glimpse it today if we dare to dream and work together, with political mind, faith and loving heart!

Nachhaltigkeit und "Great Transition"

**Kommentar von Dr. Volker Hauff zu Paul Raskin im Rahmen einer
Veranstaltung des Instituts für sozial-ökologische Forschung**

Frankfurt, 3. April 2003

Das Institut für sozial-ökologische Forschung, ISOE, hatte Dr. Volker Hauff um einen Kommentar zu den Thesen von Paul Raskin gebeten. Paul Raskin und Volker Hauff trugen in der Veranstaltung "Nachhaltigkeit neu denken" des ISOE am 3. April 2003 ihre Thesen vor und stellten sie neben anderen Vortragenden zur Diskussion.

Mehr als 200 Gäste nahmen an der Tagung in Frankfurt a.M. teil. Paul Raskin, Physiker, Präsident des Tellus Institute, Boston, USA, und Direktor des Stockholm Environmental Institute, präsentierte sein Konzept "Great Transition, ein neues Paradigma in Zeiten des Umbruchs". „Great Transition“ beschreibt die Gefahr, am gegenwärtigen Scheideweg der Menschheit in die Barbarei abzugleiten, es zeigt aber auch Visionen einer globalisierten Gesellschaft voller Frieden, Freiheit, Solidarität, Wohlstand und intakter Öko-Systeme auf. Die grundlegende Frage „Wie wollen wir leben?“ müsse gemeinsam von der gesamten Menschheit beantwortet werden. Raskin plädiert dafür, ein neues Paradigma der Nachhaltigkeit zu schaffen.

Paul Raskin et al.: Great Transition - Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft, herausgegeben von ISOE, HGDÖ, SEI. Frankfurt am Main 2003.

I

Ich beginne mit dem, was mich freut. Es tut gut, zu hören, dass Paul Raskin ganz unverkrampft positiv mit dem Begriff Nachhaltigkeit umgeht. Nach meiner Beobachtung tun wir uns in Deutschland mit dem Begriff viel schwerer als die angelsächsische Politik. Das liegt zum Teil auch sicherlich an der Sprache. Aber zum Teil auch an einem spezifisch

deutschen Bedenkenträgertum. Die Bedenken, die hierzulande gegen den Begriff vorgebracht werden – er sei nicht zu kommunizieren, er sei zu abstrakt, er sei sperrig, er sei eine Allerweltsformel – findet man im angelsächsischen Bereich nicht. Da wird stattdessen konstruktiv an seiner politischen Ausgestaltung gearbeitet.

Der deutschen Nachhaltigkeitspolitik mangelt es an internationaler Dimension. Wir sind – ich schließe den Nachhaltigkeitsrat durchaus teilweise mit ein – oftmals noch zu sehr in der nationalen Sicht befangen. Daher hat sich das ISOE ein großes Lob verdient, diese Tagung ausgerichtet zu haben.

II

Was verändert sich eigentlich, wenn wir von „Veränderungen“ reden?

Es gibt ein großes Feld der Zustimmung. Ich stimme Paul Raskin zu, Zukunft muss im Plural gedacht werden. Mögliche Zukunftswege müssen offen gelegt werden. Aber ich gehe aber noch einen Schritt weiter: Nicht die Vielfalt möglicher Zukünfte ist entscheidend, sondern, welche Vorstellung wir eigentlich von dem haben, was wir „Veränderung“ nennen. Hier liegt ein entscheidender Mangel.

Unsere Vorstellung von Veränderung ist oft davon geprägt, dass man an etwas linear organisch sich Entwickelndes denkt. Und häufig stimmt das ja auch, wenn wir uns die Veränderungen in unserer Gesellschaft ansehen, gerade was die Umweltpolitik angeht. Wer hätte sich in den 70er Jahren vorstellen können, dass wir aus der Atomenergie aussteigen, dass es ein ausgefeiltes Umweltrecht gibt, dass wir Zehntausende professioneller Umweltschützer haben, dass viele Unternehmen die Umweltleistungen in ihre Abläufe integrieren? Das zeigt: Was gestern war, ist morgen anders. Aber der Übergang geht häufig in kleinen Schritten und unmerklich vor sich. Das ist zum Beispiel auch das Weltbild des Kyoto-Regimes mit Allokationsplänen, Joint Implementation und Clean Development Mechanism.

Das prägt eine Vorstellung von Veränderung als einem gleichmäßigen, planbaren, rational steuerbaren Prozess. Meines Erachtens ist das letztlich aber falsch.

Die Idee der Veränderung muss wohl viel mehr als bisher den Bruch, die Turbulenz, die Unübersichtlichkeit, die Ungleichzeitigkeit, das Fragmentarische anerkennen. Hierin liegt die Macht der Veränderung. Wir müssen die begrenzte Steuerbarkeit anerkennen. Strukturänderungen zulassen, auch das ist Politik. Und Strukturveränderungen zu erkennen, ist Grundlage intelligenter Politik.

Meines Erachtens geht es also nicht um eine GREAT TRANSITION. Ich beobachte, dass, während wir nach der Großen Veränderung fragen, wir viel zu wenig wahrnehmen, dass sich unsere Welt in vielen Dingen, kleinen und großen, permanent verändert. Was häufig fehlt, ist der Mut und die Kraft, diesen Veränderungen eine bewusste Richtung zu geben.

III

Ich melde gegenüber einigen von Paul Raskins Thesen Zweifel an.

Zunächst: Ich stimme uneingeschränkt der Beobachtung zu, dass sich unsere Welt in äußerst unterschiedliche Richtungen entwickeln kann, und dass die Wege davon abhängen, ob und wie die sozialen und ökologischen Konflikte gelöst werden, ohne dass die Gesellschaft sich kannibalisiert. Aber diese Beobachtung ist nicht neu. Oft schon wurde die „Welt am Scheideweg“ beschrieben zwischen Barbarei, Verelendung, Verarmung, Naturzerstörung und politischer Repression einerseits und einer Zukunft mit einem bereichernden Leben, umfassender Solidarität und einem gesunden Planeten andererseits. Ich halte diese Dramatisierung für nicht richtig, jedenfalls hier und heute nicht. Auch die Behauptung, dass wir uns zu entscheiden haben, welche Zukunft wir wollen, ist nicht neu. Natürlich gilt auch heute wie seit eh und je, dass wir uns entscheiden müssen, in welche Zukunft wir wollen.

Zweifel habe ich, ob die Verwendung der Begriffe Transition und Veränderung wirklich das zum Ausdruck bringt, was gemeint ist. Veränderung und Transition – das sind Begriffe ohne Richtung, ohne normativen Inhalt. Es kommt aber gerade auf den normativen, wertbezogenen Inhalt der Veränderung an. Wir müssen also deutlich machen, in welche Richtung es gehen soll, welche Art von Veränderung wir wollen. Nachhaltigkeit ist hier der bessere Begriff. Nachhaltigkeit ist ein Kompass

für Zukunftsfähigkeit. Ein Kompass funktioniert, wenn es in zunächst richtungsloser Bewegung die Richtung erkennbar werden lässt.

IV

Schließlich melde ich Widerspruch an. Wir brauchen wir kein neues, zweites Paradigma. Statt „Nachhaltigkeit neu denken“ müssen wir Nachhaltigkeit konkret denken und machen. Das Problem ist die Umsetzung, nicht das Paradigma.

Raskins Kritik an der Umsetzung des Rio/Johannesburg-Prozesses ist allerdings richtig. Viel zu wenig wird getan, viel zu wenig ist erreicht. Aber woran liegt das?

Johannesburg sollte ein Weltgipfel der Umsetzung, keiner der Visionen sein. Rio war aus dieser Sicht visionär genug gewesen. Um das zu verstehen, muss man einen Blick auf die Historie werfen, von 1972 als die

Wir brauchen kein neues Paradigma, sondern konkrete Politik.

erste UN – Umweltkonferenz in Stockholm die Prinzipien des Umweltschutzes feststellte, über den Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, den Brundtland-Bericht, aus dem Jahre 1987. Als Mitglied der Brundtland-Kommission sei mir die Klarstellung des Zerrbildes erlaubt, das in

Paul Raskins Kurzdarstellung des Brundtlandberichtes entstanden ist. Unsere „Philosophie“ war mitnichten auf staatliche Lenkungs Vorgaben an die Wirtschaft reduziert, und ebenso wenig haben wir nur theoretisch über Politikreformen gesprochen. Die Art, wie die Kommission gearbeitet hat, hat Politik als Prozess demonstriert; das war damals noch ein sehr unübliches Verfahren.

Der Brundtlandbericht legte die Grundlage für die Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Rio stand für Aufbruch, Begeisterung und Vision. Man glaubte an eine Friedensdividende, die es mit dem Ende der Block-Gegensätze nun erlaubte, die ärgsten Entwicklungshemmnisse der Welt zu beseitigen und zugleich die Umweltverwüstungen des westlichen Industrialisierungsmodells zu vermeiden. Seit Rio hat sich die globale Entwicklung aber wesentlich verändert. Die einsetzende Globalisierung setzt zunehmend die Rahmenbedingungen für

die nationale Politik. Entgegen der Rio-Zielstellung haben sich die Armut und das Umweltproblem in der Welt noch vergrößert. Die Polarisierung hat zugenommen. Diejenigen, die von einer „globalen Apartheid“ reden, haben eine Reihe guter Argumente auf ihrer Seite.

Deswegen ist klar: In Johannesburg waren nicht neue weittragende Visionen, Konzepte und Politikentwürfe gefragt, sondern ein Vorankommen im Konkreten. Zur Debatte stand, ob sich auf der Weltebene die Politik der unilateralen Aufkündigung zentraler Elemente des Umweltkonsenses durchsetzt oder ob es gelingt, den Multilateralismus zu festigen, zu stärken und auszubauen.

Wir sollten nicht von einem neuen Paradigma der Nachhaltigkeit reden, sondern davon, wie wir mit den vorhandenen politischen Erklärungen ernst machen. Die aktuelle Frage ist: Welche Zukunft haben die Vereinten Nationen, welche Zukunft hat der Multilateralismus?

Ein Vorschlag für ein wirklich neues und symbolträchtiges Paradigma der Umsetzung wäre es, wenn man beschlösse, das Hauptquartier der Vereinten Nationen aus New York abzuziehen und anderswohin, etwa nach Afrika zu verlagern.

V

Zum Schluss will ich nicht verhehlen, dass es in Paul Raskins Buch auch Passagen gibt, über die ich mich geärgert habe. Ich habe großen Respekt vor den Verdiensten Paul Raskins. Der Respekt allerdings gebietet es, auch mit der Kritik nicht hinter dem Berg zu halten. So wird (auf S. 18) die „planetarische Phase“ dadurch charakterisiert, dass „Weltbevölkerung und Weltwirtschaft angesichts der begrenzten Ressourcen der Erde demnächst an Wachstumsgrenzen stoßen müssen“. Dieses „demnächst“ hatte schon der Club of Rome vergeblich prognostiziert. Hier kulminiert eine Öko-Apokalyptik. Sie verhindert oft die eigentlich erforderliche, gründliche Diskussion. Die Beschreibung apokalyptischer Endzeiten, von Verelendung und ökologischem Zusammenbruch ist, wie wir alle wissen, schon oft unternommen worden – aber nach meinem Eindruck nicht mit Erfolg.

Auch dieses Mal wird wohl gelten: Die apokalyptische Grundierung

der „Great Transition“ wird kaum eine überzeugende Kraft entfalten. Sie wird dem richtigen Anliegen, um das es geht, nicht gerecht.

Zukunftsverträgliche Mobilität? Mehr Fragen als Antworten

Rede von Dr. Volker Hauff zur Tagung „mobil bleiben“

Evangelische Akademie Tutzing, 28. April 2003

Herzlichen Dank für die Einladung, den Einführungsvortrag zu Ihrer Tagung zu halten. Ich bin dieser Einladung gerne gefolgt, räume aber freimütig ein, dass ich bei dem gestellten Thema befangen bin. Das Veranstaltungsprogramm führt mich als Vorsitzenden des Nachhaltigkeitsrates und obendrein als ehemaliges Mitglied der Brundtland-Kommission auf. Zwar lege ich generell keinen besonderen Wert auf die Nennung von ehemaligen Funktionen, aber dass ich vor Jahren einmal das Amt des Bundesverkehrsministers bekleidet habe, ist für meinen Vortrag nicht ganz unwesentlich. Seit den Fünfzigerjahren hat noch jeder Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland angestrebt, mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen. Alle haben es ernst gemeint. Das billige ich jedenfalls allen meinen Vorgängern und Nachfolgern zu. Aber eingetreten ist eben gerade das Gegenteil, oder mindestens ein starker Trend in die andere Richtung. Die einzige Verkehrsprognose, die in der Vergangenheit regelmäßig revidiert werden musste, ist die der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene.

Es gibt offenbar kein „Patentrezept“ für die Verkehrspolitik. Mich beschäftigen in wachsendem Maße radikalere und schwierigere Fragen, wie die, ob die Einführung des IC-Personenverkehrs vor vielen Jahren möglicherweise den Güterverkehr aus dem Bahnnetz verdrängt? Und: Gibt es heute noch Chancen, dies zu korrigieren? Dieser exemplarisch herausgegriffene Zweifel signalisiert mehr Fragen als Antworten. Sie kritisieren ganz grundsätzlich unsere nicht-nachhaltige Verkehrspolitik. Und diese Kritik gilt natürlich auch für die Verkehrspolitik des Bundesverkehrsministers a.D. Volker Hauff. Deswegen schicke ich diese Bemerkung voraus.

I

Mobilität ist Ausdruck menschlicher Freiheit. Sie fasziniert uns, weil sie neue Horizonte und Chancen eröffnet, sei es im Privatleben oder in der Wirtschaft.

Jeden Tag legen wir in Europa Millionen von Kilometern zurück. Jeden Tag transportieren wir riesige Frachtmengen rund um die Erde. In Europa vergrößert sich das Handelsvolumen mit Transportgütern ständig. Transportlogistik wird für die gesamte Gesellschaft immer wichtiger. Aber auch scheinbar unsinnige Dinge verkörpern Mobilität, wie die Schweine aus Deutschland, die in Italien zu Parmaschinken werden; Milch aus Deutschland, die in Griechenland verarbeitet und als Joghurt nach Deutschland zurück transportiert wird; englische Kleidung aus rumänischer Produktion; Abfallstoffe auf ihrer Reise um die halbe Welt. Auch das ist Mobilität, allerdings weniger faszinierende.

Die Kehrseite jeder Mobilität sind Verkehrsunfälle und Luftverschmutzung, Treibhauseffekt sowie Land- und Ressourcenverbrauch. Verkehr führt für viele Betroffene zu gravierenden Gesundheitsproblemen.

Mobilität und Verkehr stehen in einem eigentümlichen Verhältnis zueinander. Auf Englisch sagt man: „Mobility is what we want, traffic is what we get“. Oft erscheint es uns so, dass Mobilität das Wünschenswerte, Anzustrebende ist, während Verkehr das ist, was wir im Alltag überwinden müssen, was uns in der Form des Staus, umständlicher Beförderungsbedingungen, in Form von Umweltschäden und gesundheitlicher Beeinträchtigung behindert.

Beim Weltgipfel zur Nachhaltigen Entwicklung im vorigen Jahr in Johannesburg hat das Thema Mobilität zu Recht eine wichtige Rolle gespielt. Aus meiner Sicht ist von besonderer Bedeutung, dass sich sieben der größten Wirtschaftsunternehmen im Vorfeld zu Johannesburg zu einer Initiative „Sustainable Mobility“ zusammengeschlossen haben. Dieses Projekt will im nächsten Jahr Ergebnisse vorlegen. Man darf darauf gespannt sein. Diese Initiative zeigt, dass sich die Akzente unter den vier großen Gruppen – Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft – in der globalen Nachhaltigkeitspolitik verschieben. Von zunehmender Bedeutung sind die Beiträge aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft, von

sinkender Bedeutung erscheinen die Beiträge aus der Politik. Sie verdeutlichen einmal mehr, dass Nachhaltigkeit nicht nur eine Variante staatlicher Ordnungspolitik ist und auch kein Thema allein wissenschaftlicher Experten.

II

Was sind die übergreifenden Ansatzpunkte einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Mobilität?

Ich halte die politische Beeinflussbarkeit der Mobilitäts- und Verkehrspolitik für potenziell größer als üblicherweise angenommen. Die Bundesregierung prognostiziert bis 2010 eine Steigerung des Fahrzeugbestandes in Deutschland um 14 Prozent. Deutschland als Verkehrsdreh Scheibe zwischen Ost und West wird noch eine weitere bedeutende Steigerung der Verkehrsgüterleistungen zu verkraften haben. Das heißt in einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft Arbeitsplätze und Einkommensquellen, mithin Wohlstandseffekte. Es verheißt aber auch erhebliche gesellschaftliche, externalisierte Kosten. Eine Zahl soll das signalisieren: Der Dekra-Vorstandsvorsitzende Uwe Loos beziffert die Staukosten in Deutschland auf jährlich 100 Milliarden Euro

Die Wirtschaft rechnet bis 2020 mit 60 bis 90 Prozent mehr Straßenverkehr. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Mobilitätsforschung (ifmo) als Fazit einer kürzlich vorgelegten Studie der BMW Group, Deutscher Bahn und Lufthansa. Das Institut hat zwei Szenarien der Entwicklung bis zum Jahr 2020 erarbeitet, die aus meiner Sicht vor allem deutlich machen, dass alternative Trends in einem engen Benchmark liegen und dass die zukünftige Mobilität vor allem von „weichen“, nachfrageorientierten Kriterien abhängt.

Die zwei Szenarien des ifmo sind: eine pessimistische Vision mit fast doppelt so viel Straßenverkehr und doppelt so hohen Kraftstoffpreisen, und eine optimistisch-aktive Vision mit einem Attraktivitätsgewinn internet-basierter Arbeits- und Unterhaltungsangebote in Bahn und Flugzeug; dennoch bleibt auch hier der neuralgische Punkt die Straße.

Die entscheidenden Variablen dieser beiden Szenarien sind die Verkehrspolitik und die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Das unter-

streicht, dass die Mobilität etwas ist, das wir politisch gestalten können. Auffassungen, nach denen (vor allem die Auto-) Mobilität ein Art Naturgesetz ist oder nach denen Mobilität gar im Rang eines Menschenrechts steht, gehen fehl.

Ich halte die Diskussion um Milliardeninvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur zwar für zu kurz gegriffen und teilweise irreführend. Aber sie ist ein guter Einstieg in die eigentliche Frage, der wir uns stellen müssen: Wer soll in Zukunft unsere Gemeingüter, die „global commons“ finanzieren, und wie soll die Verantwortung für ihre Pflege organisiert werden?

Aber zunächst zum Milliardenbedarf an Infrastrukturinvestitionen: Es gebe mehr und mehr Langsamfahrstellen, ausgefahrene Weichen, bröckelnde Tunnel, mehr Ausfälle von Zügen und Zugverspätungen. Der

Die Finanzierung der Gemeingüter ist eine zentrale Zukunftsfrage. Sie schließt die Verkehrsinfrastruktur mit ein.

Güter-Bahnverkehr sei finanziell am Abgrund. Das sagen der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der Naturschutzbund und die Verbraucherverbände im Verkehrsbereich. Andere behaupten Ähnliches im Hinblick auf den Zustand unserer Straßen und fordern eine Straßenbauoffensive. Schließlich ist auch die Frage nach den zukünftigen Auto-Kraftstoffen mit der Finanzierung verbunden. Denn wer wird eine Umstellung des Tankstellen-Netztes auf Wasserstoff bezahlen? Die Frage nach der zukünftigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ist also nicht von der Hand zu weisen. Deshalb war es richtig, hierzu eine Regierungskommission einzusetzen.

Die Pällmann-Kommission hatte den Mut zu einem neuen Blick auf die Verkehrsfinanzierung: Ihr Kernpunkt ist der Wechsel von der Haushaltsfinanzierung hin zu einer Finanzierung durch die Nutzer der Infrastruktur. Weitere Eckpunkte waren (im Bericht 2001): Anwendung des Verursacherprinzips, föderale Neuordnung der Verkehrspolitik, Ausgliederung der Bundesverkehrswege aus der Bundesverwaltung und deren Privatisierung sowie Erweiterung der Möglichkeiten der Privatfinanzierung.

Die Pällmann-Kommission hatte den Mut zu einem neuen Blick auf die Verkehrsfinanzierung: Ihr Kernpunkt ist der Wechsel von der Haushaltsfinanzierung hin zu einer Finanzierung durch die Nutzer der Infrastruktur. Weitere Eckpunkte waren (im Bericht 2001): Anwendung des Verursacherprinzips, föderale Neuordnung der Verkehrspolitik, Ausgliederung der Bundesverkehrswege aus der Bundesverwaltung und deren Privatisierung sowie Erweiterung der Möglichkeiten der Privatfinanzierung.

Hier brauchen wir ein neues Denken!

Ich bedaure es sehr, dass über diesen Systemwechsel nicht intensiver gestritten worden ist. Hier hat die Nachhaltigkeitspolitik eine Chance vergeben. Auch die Mobilitätsoffensive des BMVBW vom Mai 2002, mit der gemeinsam mit der Wirtschaft neue Wege der Mobilitätspolitik gefunden werden sollen, hat das zu wenig aufgegriffen.

Einen Streit halte ich für nötig – nicht über die Frage, wo man die eine oder andere Milliarde einsparen oder ausgeben könnte, sondern – wie eben schon angedeutet – im Hinblick auf die angedeuteten Grundsatzzfragen.

Führen wir uns noch einmal vor Augen: Die veränderten Produktionsstrukturen wirken sich auf den Güter- und Geschäftsreiseverkehr aus. Handel und Gewerbe sind darauf angewiesen, dass der Verkehr mit Gütern und Personen zuverlässig kalkulierbar funktioniert. Die Mobilität wird zu einem immer entscheidenderen Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Aber der Gütertransport per Bahn von Hamburg nach Mailand ist nicht schneller als ein Eisbrecher in der Ostsee.

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein Gemeingut. Sie ist ein von der Solidargemeinschaft der Nutzer in Anspruch genommenes öffentliches Gut – so wie sauberes Wasser und intakte Landschaft.

Länder wie China und Brasilien können sich eine schlicht nachholende Entwicklung des Individualverkehrs wie in den alten Industrieländern nicht leisten, und zwar weder ökologisch noch ökonomisch. Aber auch dort streben die Menschen nach mehr Mobilität. Nachhaltige Entwicklung erfordert unser Umdenken in ganzen Wirtschaftsbranchen und eine Veränderung von etablierten Verhaltensweisen.

III

Nachhaltig-zukunftsverträgliche Mobilität? Ich setze eine großes Fragezeichen dahinter, weil ich eine sehr große Ratlosigkeit aller Beteiligten wahrnehme. Ich sehe im Grunde die Ratlosigkeit auch dort, wo man sie heute nicht zugibt und fleißig weiter die alten Konzepte fortschreibt.

Die Vorstellung, dass der automobiler Stau größer wird und dadurch die Bahn profitiert, ist schlicht falsch. Die Telematik im Auto steht erst in ihren Anfängen, unser Straßennetz hat noch große Reserven.

Der LKW-Verkehr auf unseren Autobahnen – die Mauer auf der rechten Spur – ist für weite Teile der Wirtschaft das trotz allem konkurrenzlos beste Transportsystem. Seine Effektivität ist noch nicht begrenzt. Und selbst die CO₂-Bilanz des Gütertransportes auf der Straße und auf der Schiene geht, vorsichtig formuliert, nicht immer zu Ungunsten der Straße aus.

Man müsste endlich einmal darüber nachdenken, von was für Gütern wir eigentlich reden, wenn gefordert wird, mehr Güter von der Straße auf die Schiene. Statt vereinfachend und irreführend von „Gütern“ zu sprechen, müsste man differenzieren nach der Art der Güter und den Anforderungen an die Transportlogistik, die sie stellen. Dann käme man vermutlich zu anderen Schlussfolgerungen und anderen Konzepten als dem Rangieren von Ganzzügen. Dann käme man auch zu einer anderen Sicht auf die fast säkulare Trennung von Güter- und Personenfernverkehr, und könnte eventuell die Bahn aus der Sackgasse heraus führen, in die sie den Güterverkehr gebracht hat, als sie das ICE-Netz für den Personenfernverkehr exklusiv ausgebaut und so den Güterverkehr aus diesem Netz verdrängt hat. Es macht eben einen Unterschied, ob ich beim Güterverkehr in der Tradition des Ganzzugsverkehrs an Baustoffe und Montan-güter denke oder an Containerverkehr, an die Bündelung von LKW-Verkehr. Hieran knüpfen sich Möglichkeiten, die ein Regel-Fahrplan für Güterverkehr schafft, die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit schaffen können, die eine Kooperation mit Logistikfirmen eröffnet.

Wer vor 20 Jahren behauptet hat, mit der gelben Post kann man Geld verdienen, der wurde für verrückt erklärt. Heute wird hier gutes Geld verdient. Für mich ist das ein Zeichen, dass auch in anderen Bereichen grundsätzliche Änderungen möglich sind. Vielleicht hilft beim Güterverkehr auch ein anderer Wettbewerb als der, den wir heute haben?

Wir wissen heute noch nicht, wie der Verkehrsbereich einen wirklich nennenswerten Beitrag zur CO₂-Einsparung liefern kann, und wie der Kyoto-Emissionshandel im Verkehrsbereich greifen soll. Wir wissen auch nicht, wie der zukünftig noch steigende Verkehrsbedarf einen Beitrag zu einer flächensparenden und umweltschonenden Siedlungsentwicklung leisten kann.

Wir wissen nicht, wie wir die Verkehrsinfrastruktur der Zukunft finanzieren und wie wir die Verantwortlichkeit für ihre pflegliche Inanspruchnahme und für ihren Beitrag zum Umweltschutz sachgerecht organisieren sollen.

Zwischen der Energie- und Agrarwende und den Bemühungen um eine Verkehrswende gibt es einen großen Unterschied. Ich sehe den Unterschied aber nicht nur im Erfolg, den ich den beiden Erstgenannten durchaus zuspreche, sondern vor allem in der konzeptionellen Anlage. Die Verkehrswende ist stark in den Ansprüchen und schwach in der Ausgestaltung und Umsetzung. Ist beim Thema Energie ja wenigstens klar, woraus man aussteigen kann, wovon man einsteigen soll, so ist diese Klarheit beim Thema Verkehr nicht gegeben.

Auch die nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat keinen wirklich weiterführenden Ansatz zur Mobilitätspolitik geliefert – übrigens hat dies auch der Nachhaltigkeitsrat in seinen Vorschlägen zur Strategie nicht geschafft, jedenfalls bis jetzt nicht.

Die Bundesregierung hat sich um die Nachhaltigkeitspolitik verdient gemacht, in dem sie die Nachhaltigkeit zu einem politischen Grundmotiv gemacht hat. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist der Einstieg in eine Politik, die sich nachvollziehbare Ziel und Indikatoren setzt für eine zukunftsfähige Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mit all ihren Facetten der Effizienz, Innovation, Bildungspolitik, der Lebensstile und Konsummuster.

Aber Verdienste schützen nicht vor kritischer Beurteilung. Im Gegenteil, der Respekt vor der politischen Leistung des Jahres 2002, die zur Nachhaltigkeitsstrategie geführt hat, gebietet es, auch heute kritisch auf den Stand der Nachhaltigkeitspolitik zu schauen. Nach einem beachtlichen Start mit dem Regierungsvertrag der Koalition spielt die Idee der Nachhaltigkeit in keiner großen Regierungserklärung mehr eine Rolle; auch dort, wo man vom Thema her ganz zwangsläufig an Generationengerechtigkeit, an den haushälterischen Umgang mit Ressourcen, an Bildung und Innovation, an Langfristigkeit als politischen Stilmittel denkt – also beim Reformpaket der Agenda 2010 – kommt Nachhaltigkeit nicht vor. Bereits beschlossene Maßnahmen – wie das Programm zur

Nachhaltigkeit in der beruflichen Bildung – werden vertagt, aufgeschoben und abgesetzt. Der rotgrünen Reformpolitik, wie im übrigen aber auch ihren Kritikern bis hin zur Opposition, fehlt der Kompass für die langfristige Richtungssicherheit der Politik. Wir brauchen einen Kompass in der unübersichtlichen Landschaft, in der wir uns befinden. Nicht die Größe des einzelnen Schrittes ist entscheidend, sondern die Erkennbarkeit der Richtung, in die es gehen soll.

Ich habe Ihnen etwas versprochen: Mehr Fragen als Antworten. Und vielleicht haben Sie von mir zur Eröffnung Ihrer Tagung eher Antworten als Fragen erwartet. Aber manchmal ist es mehr, eine Frage neu zu stellen als viele gewohnte Antworten zu wiederholen. Das bringt mich zu meiner letzten Bemerkung.

Es gibt eine Ressource, die wir alle für die Beantwortung von Zukunftsfragen viel zu wenig nutzen. Das sind unsere Fehler. Im politischen Tagesgeschäft profiliert sich niemand mit einer Analyse vergangener Fehler. Hier sind Lösungen, Vorschläge, Weiterführendes gefragt.

Das Lernen aus unseren Fehlern ist eine Ressource, die wir für Zukunftsfragen viel zu wenig nutzen.

Kritik muss konstruktiv sein. Das ist zunächst einmal ja auch richtig. Aber seine Grenzen findet diese Herangehensweise dann, wenn die angebotenen Lösungsvorschläge zu kurz greifen. Bevor im Rahmen der Mobilitäts- und Infrastrukturoffensive wieder Milliarden ausgegeben werden, sollte man sich die Mühe machen, die Fehler und Fehlentwicklungen der Verkehrspolitik endlich einmal systematisch zu untersuchen und zu fragen, was daraus zu lernen ist. Dieses altmodische Vorgehen mag dem Zeitgeist widersprechen. Es passt vielleicht nicht zum Mainstream der Spaßgesellschaft und ihrem intellektuellen Derivat, der Talkshow. Aber lohnend könnte es trotzdem sein.

Nachhaltige Entwicklung zwischen Staat, bürgerlicher Selbsthilfe und Eigenverantwortlichkeit

**Einführung von Dr. Margot Käßmann in eine Podiumsdiskussion
zum Thema „Landesentwicklung in Niedersachsen“**

Evangelische Akademie Loccum, 16. Januar 2002

Im Rat für Nachhaltige Entwicklung kommen Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zusammen: Wirtschaft, Industrie, Umweltverbände, schließlich auch die beiden großen christlichen Kirchen. Der Rat tagt jetzt seit April 2001. Am Anfang dachte ich, ich bin vollkommen fehl am Platze, weil ich eben nicht zu denen gehöre, die ganz genau wissen, wie viele Offshore-Windkraftanlagen zu zählen sind, um ein bestimmtes Energieaufkommen zu erreichen, um dann wieder zu wissen, wie viele Kernkraftwerke abgeschaltet werden können. Davon verstehe ich wenig. Allerdings verstehe ich mehr davon, ob Menschen für eine Sache zu begeistern sind, und ob wir Fragen der Generationengerechtigkeit beispielsweise Menschen so vermitteln können, dass sie es zu ihrer eigenen Sache machen. Insofern habe ich den Eindruck, dass ich im Nachhaltigkeitsrat immer diejenige sein kann, die die Frage der Partizipation, der Begeisterung für die Sache thematisiert.

Seit 1983 bin ich im Ökumenischen Rat der Kirchen engagiert, und dort gab es seit 1979 ein Programm „For a just, sustainable and participatory society“. Es hat mir immer eingeleuchtet, dass die Fragen der Gerechtigkeit, der Überlebensfähigkeit oder eben Nachhaltigkeit und der Partizipation zusammengehören. Als dieser Zusammenhang intensiver in den Kirchen diskutiert wurde, begann er, viele Kirchen sehr unruhig zu machen.

Für mich ist diese Frage eine ganz entscheidende: Können wir die Überlebensfähigkeit unserer Gesellschaft, die Generationengerechtigkeit

in einen partizipatorischen Prozess als Frage einbringen?

Ein paar Punkte zur Einleitung unserer Diskussion heute Abend, die sich weniger auf Niedersachsen beziehen als auf die umfassende Frage: Nachhaltige Entwicklung - was soll das bedeuten? Es ist ein Wort, das in aller Munde ist, im Bereich jeder Partei, fast jedes Wirtschaftsunternehmens, vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Nachhaltigkeit gehört zur Programmatik allerorten. Im Dezember hat die Bundesregierung einen Entwurf für eine Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt für Deutschland. Ich finde diesen Entwurf insofern beachtlich, als er eindeutig darlegt: Es geht bei Nachhaltigkeit nicht nur um Umweltfragen, sondern Nachhaltigkeit ist das Zusammenspiel von ökologischen, aber auch ökonomischen und sozialen Komponenten. Unter den Kriterien, an denen Nachhaltigkeit zu messen ist, ist beispielsweise auch das Kriterium der Einkommensgleichheit von Frauen und Männern aufgeführt als einer der 21 Indikatoren, die zusammengestellt wurden. Ich finde es sehr hilfreich, dass die Bundesregierung nicht nur diese drei Kategorien aufgestellt hat, sondern versucht, dazu Schlüsselthemen zu definieren: *Generationengerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, Lebensqualität* und *internationale Verantwortung*.

Dabei wird deutlich, dass Nachhaltigkeit ein Thema ist, das letzten Endes alle Lebens- und Entscheidungsbereiche von vor Ort bis zur internationalen Ebene umfasst. Wer den Entwurf der Bundesregierung liest, kommt zu dem Schluss, dass von Seiten der Bundesregierung vor allem politisches Handeln im Vordergrund steht - also Gesetzgebung und Gesetzentwürfe nach den Kriterien der Nachhaltigkeit. Ich finde es insgesamt positiv, wenn unser Land Nachhaltigkeit zu einem Thema in politischen Entscheidungsprozessen macht. Aber ich bin völlig überzeugt, dass es keine Diskussion um Nachhaltigkeit und keinen Prozess der nachhaltigen Entwicklung gibt, wenn nicht sowohl die zivilgesellschaftlichen Bereiche einbezogen werden als auch der und die einzelnen Handelnden in unserem Staat eine Chance haben, sich tatsächlich an einem solchen Prozess zu beteiligen.

Dafür gibt es ja etliche Beispiele. Wenn man z.B. nicht fairen Kaffee

kaufte in bestimmten Kreisen, wurde man doch etwas schief angesehen. Aber es war eine Chance für mich: Ich konnte - und kann - eine Entscheidung im Supermarkt treffen, ob ich mich für ein Transfairprodukt entscheiden wollte oder nicht. Das mag manchen lächerlich erscheinen und manchen viel zu unbedeutend, aber ich glaube, wenn solche Möglichkeiten, sich an einem Prozess zu beteiligen, nicht entstehen, dann wird auch keine Verve für die Frage zustande kommen.

Es geht letzten Endes darum, in einer zunehmend globalisierten Welt dafür zu sorgen und so zu handeln, dass eben unsere Erde nicht an übermäßigem Ressourcenverbrauch etc. verendet, darum, dass Zukunft so gestaltet wird, dass sie tatsächlich möglich ist. Das alte Schlagwort des Ökumenischen Rates der Kirchen „Global denken – lokal handeln“ kann hier noch einmal eine ganz andere Dimension gewinnen. Dieses Motto ist weltweit aufgegriffen geworden, seit 1992 in Rio die Staatsoberhäupter zusammenkamen. Ich denke, dass wir seitdem natürlich alle Indikatoren und Fakten aufzählen können. Das passiert im Nachhaltigkeitsrat ununterbrochen. Was alles schlechter geworden ist, und was nicht gelungen ist. Insgesamt aber beobachte ich ein breites Bewusstsein, dass tatsächlich auch eine Veränderung unserer Lebensziele stets notwendig ist, um diese Generationengerechtigkeit zu erreichen.

Partizipation scheint mir ein Schlüsselbegriff zu sein, damit Menschen die Möglichkeit erhalten, nicht nur die politischen Entscheidungen bestimmten Instanzen zu überlassen, sondern selbst zu handeln. Ich bin mir nicht sicher, wohin die Reise geht zwischen diesen ganzen Instanzen. Da gibt es die Enquête-Kommission des Bundestages, einen Staatssekretärsausschuss und eben den Nachhaltigkeitsrat. Wer tut eigentlich was, und wer hat welche Kompetenzen? Es sind unglaublich viele Menschen, die immerzu unglaublich viel arbeiten und Lobbyarbeit betreiben. Ich bin manchmal fasziniert, welche Apparate da zur Verfügung stehen - manche davon hätte ich ganz gerne in der Kirche, aber gut...

Mir wird im Nachhaltigkeitsrat deutlich, dass wir uns bis jetzt in der ganzen Debatte um Zielkonflikte drücken. Alle sind wir für Nachhaltigkeit, das ist wunderschön und manchmal so ein bisschen wie in der Kirche, wenn man zum Schluss „Komm, Herr, segne uns“ singt und sich

alle an den Händen fassen und sagen, das wollen wir doch gemeinsam. Aber bei bestimmten Themen schlummern Zeitbomben, wie z.B. gestern: das Perspektivenpapier des Staatssekretärsausschusses wurde diskutiert. Jemand schlug den Satz vor, dass Wirtschaftswachstum notwendig sei, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Einer von den Umweltverbänden sagte: Das ist überhaupt nicht wahr. Das ist völlig falsch. Und dann entstand – für mich ganz deutlich hochemotional, aber durchaus auch intellektuell unterfüttert – eine heftige Diskussion: Brauchen wir eigentlich Wirtschaftswachstum, um Nachhaltigkeit zu garantieren, oder ist Wirtschaftswachstum vielleicht sogar ein Faktor, der Nachhaltigkeit behindern

Wir drücken uns um die Zielkonflikte. könnte? Es konnte dann nicht ausdiskutiert werden, aber ich frage mich, wo wird dieser zentrale Punkt eigentlich thematisiert, wo kommen die unterschiedlichen Gruppierungen in unserem Land zusammen? Das gilt für jede Ihrer Kommunen, wo kommen die unterschiedlichen Akteure, die unsere Gesellschaft vorantreiben, zusammen und diskutieren Zielkonflikte? Wie entsteht eigentlich Zukunftsfähigkeit?

Energiegewinnung ist immer wieder im Nachhaltigkeitsrat ein Thema, das sofort Auseinandersetzung bringt. Wir haben in unserem ersten Papier versucht, das irgendwie zu umschreiben, so dass alle damit leben konnten, aber eigentlich war das ein Ausweichen vor einer zentralen Frage: Brauchen wir Kernenergie für Zukunftsentwicklung? Wir sind in Niedersachsen mit unserer Situation in Lüchow-Dannenberg ganz besonders betroffen. Aber gibt es Orte, an denen wir das wirklich mal miteinander diskutieren, ohne sofort auf die Barrikaden, in je eigene Argumentations-„Ghettos“ zu gehen? Sind unsere demokratischen Strukturen ein Faktor für Nachhaltigkeit?

Ich halte Partizipation für notwendig in solchen Prozessen, aber es wird natürlich immer stärker behauptet, Globalisierung stellt Demokratie an den Rand. Ein allgemeines Unbehagen ist vorhanden, dass Globalisierung politisches Handeln auf Länder- oder gar Bundesebene zur Farce macht, weil Entscheidungen an ganz anderen Orten fallen. Zudem glaube ich, dass wir spätestens seit dem 11. September registrieren müssen, dass unsere Ziele und unsere Vision von einer zukünftigen Welt, die wir hier miteinander entwickeln, für andere zum Teil überhaupt keine Ziele sind, mit denen sie sich im Einklang sehen. Ich habe

Diskussionen erlebt im Ökumenischen Rat der Kirchen, bei denen erklärt wurde: Wenn ihr aus den reichen Industrienationen uns in Afrika, Asien, Lateinamerika jetzt ressourcenschonendes Verhalten anmahnt, das wir etwa in Argentinien oder auch in Indonesien an den Tag legen sollten, ist das eine neue Form von Imperialismus oder Kolonialismus, weil ihr euch schließlich ressourcenverbrauchend und nicht generationengerecht entwickelt habt und so zu führenden und reichen Industrienationen geworden seid.

Mit diesen internationalen Fragen müssen wir uns auseinandersetzen. Außerdem wird die Behauptung, dass Demokratie und Nachhaltigkeitsdebatten zusammenkommen, auch immer wieder bestritten. Mein Eindruck ist insgesamt, dass Nachhaltigkeit als Thema weithin ein Expertenthema ist. Hier diese Tagung ist ein kleiner Gegenbeweis, gut besucht und sehr engagiert. Aber schon bei Agenda-21-Prozessen vor Ort bin ich vorsichtiger. In einem Kirchenkreis beispielsweise habe ich ein Agenda-Büro besucht, das ganz tolle Vorschläge macht, aber es sind auch da schon wieder innerhalb der Kommune Experten, die dieses Thema vorantreiben. Wir sollten tatsächlich aufpassen, dass die Nachhaltigkeitsdiskussion nicht einer bestimmten Umwelt- und Politikszene zugeordnet wird, sonst rutscht sie in eine Art Expertenfalle. Mir liegt daran, dass aus diesem Begriff eine Vision mit Herzblut wird, die auch das Thema Globalisierung inhaltlich füllt mit der Vision einer tatsächlich gerechteren Welt. Wobei das Thema soziale Gerechtigkeit, gerechter Ausgleich, die Frage nach dem Leitfaktor im Nachhaltigkeitsrat schon wieder ein Thema ist, das alle Emotionen auf den Tisch kommen lässt. Ich glaube tatsächlich, aus theologischer Perspektive, dass die Grenze eine Chance sein kann, aber die Frage ist: Ist das zu vermitteln als ein positives Ziel?

Wir haben in den Kirchen lange gebraucht, um einzusehen, dass „machtet euch die Erde untertan“ nicht das oberste Gebot der Schöpfungsgeschichte ist, sondern vielmehr „ihr sollt die Erde bebauen und bewahren“. Aus dieser Haushalterschaft für die Erde entwickelt sich im Bereich der Kirchen eine theologische Leitlinie, die wesentlich stärker die Frage der Nachhaltigkeit aufgreift, als das vormals der Fall war. Die Kirchen selbst und theologische Entwürfe erweisen sich lernfähig. Nicht die Angst vor Katastrophen sondern die Freude am Leben, so haben es die Toblacher Thesen zur Nachhaltigkeit formuliert, sollte die Diskussion

um Nachhaltigkeit bestimmen. Kein rein kognitives Konzept, daran liegt mir, sondern eine erfahrbare und spannende Aufgabe, an der alle beteiligt sein können.

Natürlich ist auch staatliches Handeln gefragt, das ist keine Frage, und der Ministerpräsident wird sicher für unseren Bereich Niedersachsen darauf eingehen. Auch die Bundesregierung hat insgesamt dazu einen Beitrag mit ihrer Strategie für die Bundesrepublik geleistet. Allerdings bleibt bei mir der Eindruck bestehen, dass allzu viele aneinander vorbei agieren, ohne dass das Thema in der Breite der Bevölkerung Tritt fasst.

Sicher, es gibt immer nur bestimmte Zirkel von Akteuren, aber wenn Sie sich den Entwurf der Bundesregierung angucken, sind da 21 Indikatoren zusammengestellt. Dann sagen mir Vertreter der Umweltbewegung, wir haben doch längst ganz andere Indikatoren. Also wer spricht eigentlich mit wem über Nachhaltigkeit? Außerdem sind die Akteure selbst zu wenig miteinander im Gespräch. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wird keine Revolution im Rahmen der Nachhaltigkeit entwickeln, aber ich bin überzeugt, dass er einen beispielhaften Beitrag dafür leisten könnte, wie Einzelpersonen aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, miteinander über Zielkonflikte und Strategieentwürfe sprechen. Außerdem bin ich überzeugt, dass wir viel stärker in den Mittelpunkt stellen müssen, wie eine nachhaltige Kultur entstehen kann, auch an sehr kleinen Punkten.

Kürzlich habe ich eine berufsbildende Schule besucht, in der mehrere Lehrkräfte mit Schulklassen Projekte zur Nachhaltigkeit entwickelt haben, fächerübergreifend, unglaublich kreativ. Solche Beispiele, begeistern mich oft mehr als bestimmte Thesenpapiere, die es zum Thema Nachhaltigkeit zu lesen gibt. Die Kommunikationsfrage, gerade in die nächste Generation hinein, ist entscheidend. Deshalb finde ich es spannend, dass unter den Indikatoren der Bundesregierung auch die Bildungsfrage zu finden ist. Nachhaltigkeit ist für mich kein Verzichtskonzept, sondern ein Gewinn, und ich finde, es ist eine außerordentliche Herausforderung, wenn wir miteinander in Niedersachsen darüber nachdenken: Wo können wir beispielhaft, glaubwürdig und mit einer positiven Identifikation Nachhaltigkeit gestalten? Staatliches Handeln und bürgerliches Engagement gehören für mich unverzichtbar zusammen.

Wir brauchen sichtbare Leitprojekte und Leitbilder, mit denen Menschen sich identifizieren können.

Was das sein könnte in Niedersachsen? Ich habe den Bericht daraufhin noch mal durchgeschaut:

Thema Entwicklungszusammenarbeit: Kann Niedersachsen wieder Anschluss finden an das Volumen vergangener Jahre? Können wir vielleicht „Leuchtturmprojekte“ definieren?

Thema Erholungsräume: Niedersachsen hat landschaftlich so viel anzubieten. Greifen wir das unter dem Thema Nachhaltigkeit auf?

Thema Energieeffizienz nutzen: das Thema ist noch lange nicht diskutiert in Niedersachsen und die Frage bleibt, wo finden wir Räume abseits von Transporten, dieses zu tun? Die Akademie tut da ihr Teil, und wir haben immer wieder auch Diskussionsveranstaltungen, aber nach meinen Besuchen in Gorleben greift das alles nicht auf, was auch emotional an Zusammenhängen besteht.

Thema Stadtkultur und Landkultur: Wie können wir Stadtkultur stärken, wenn demnächst 58 Millionen Deutsche in Städten leben? Was bedeutet das für die Stadtkultur, wie sieht das aus?

Und schließlich Thema Bildungsoffensive: Da will ich das meiste natürlich Ihnen überlassen, was eine Bildungsoffensive betrifft, aber aus kirchlicher Sicht möchte ich fragen: Findet eine Bildung statt, die Menschen hineinnimmt in Verantwortung für ihr Land, für ihre Stadt, für ihre Gesamtkultur? Ich meine, der Begriff Nachhaltigkeit kann da etwas positiv besetzen, wenn wir ihn nicht verkommen lassen zu einem Beliebigkeitsbegriff, unter dem alles und jedes zu vermarkten ist.

Nachhaltigkeit: Gefährdung von Arbeitsplätzen oder Ziel der Gewerkschaften?

Vortrag von Heinz Putzhammer beim Seminar
"Thema Umwelt in der Krise?"

Journalisten-Kolleg der Freien Universität Berlin, 09. Mai 2001

Auf der UNCED 1992 in Rio de Janeiro hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ verständigt. Seitdem findet das Ziel einer umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung in allen Teilen der Gesellschaft große Unterstützung, auch beim DGB.

Der DGB und seine Gewerkschaften möchten das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung mit Hilfe einer sozial-ökologischen Reformstrategie erreichen (DGB-Grundsatzprogramm 1996).

Hierzu und im Sinne einer stärkeren Beachtung der bisher vernachlässigten sozialen und arbeitspolitischen Aspekte im Verständnis von Nachhaltigkeit hat die Hans-Böckler-Stiftung des DGB Studien zur Thematik „Arbeit und Ökologie“ durchführen lassen, die Ende letzten Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist.

Als Forschungsinstitute waren beteiligt:

- das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung
- das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und
- das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie im Rahmen eines Verbundprojektes sowie
- das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung im Rahmen eines Einzelprojektes.

Aus diesen und anderen Studien, wie auch aus umfangreichen Vorarbeiten mehrerer Enquete-Kommissionen, des Umweltbundesamtes, des Sachverständigenrates für Umweltfragen ergibt sich, dass die bekannten Defizite des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung weniger im konzeptionellen Bereich als viel mehr bei ihrer Umsetzung liegen.

Der jüngst vom Bundeskanzler berufene Rat für nachhaltige Entwicklung, dem ich angehören darf, könnte hier sowohl die Funktion eines Transmissionsriemens, aber auch eines gesellschaftspolitischen Filters einnehmen.

Denn Tatsache ist doch, dass die Diskrepanz zwischen einem breiten offiziellen Bekenntnis für Nachhaltigkeit auf der einen Seite und einem ausbleibenden Handeln in der politischen Praxis auf der anderen Seite immer größer wird (Beispiel: Klimaschutz). Ich habe die Befürchtung, dass die verbleibende Zeit dieser Legislaturperiode nicht ausreichen wird, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie in umfassender Art und Weise zu erarbeiten. Deswegen schlage ich vor, dass zur konkreten Umsetzung der 1992 in Rio eingegangenen Verpflichtungen für eine nachhaltige Entwicklung auf nationaler Ebene quantitative und qualitative Ziele mit Zeitvorgabe für prioritäre Nachhaltigkeitsfelder festgelegt und mit Hilfe eines Aktionsprogramms umgesetzt werden sollen.

Die Diskrepanz zwischen Bekenntnis und Handeln wird immer größer.

Konkrete Schritte sind vor allem notwendig

- zur Verkehrsreduzierung und einer verstärkten Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger.
- zur Förderung regenerativer Energieträger, um deren Anteil am nationalen Primärenergieverbrauch drastisch zu erhöhen, sowie weitere konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung.
- zur Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft.
- zur schrittweisen Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems mit dem Ziel einer Internalisierung von Umweltfolgekosten und der Auf-

stellung einer umweltökologischen Gesamtrechnung.

- für die Vereinheitlichung des Umweltrechts durch Harmonisierung in einem Umweltgesetzbuch (dieser Punkt wird leider wegen verfassungsrechtlicher Schwierigkeiten zwischen Bund und Ländern zur Zeit nicht mehr aktiv weiterverfolgt).

Wesentlich für das Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung ist eine breite gesellschaftliche Partizipation. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen verweisen, dem einzigen bundesweiten umweltpolitischen Gremium, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen in Form eines Runden Tisches im vorparlamentarischen Raum vertreten sind.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist zu bedauern, dass die Nachhaltigkeitsdebatte lange Zeit sehr allgemein und ökologisch dominiert geführt wurde und soziale Themen weitgehend ausklammerte. Für die Gewerkschaften bietet das Leitbild Nachhaltigkeit jedoch einen guten Ansatz, das Thema der Zukunftsfähigkeit mit gewerkschaftlichen Kernthemen wie wirtschaftlicher Modernisierung, sozialer Sicherheit und demokratischer Teilhabe zu verbinden.

Die Nachhaltigkeitsdebatte hat lange Zeit soziale Themen ausgeklammert.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist ein deutliches Indiz für die Notwendigkeit neuer politischer Handlungsstrategien und gesellschaftlicher Entwicklungspfade im Sinne von mehr Nachhaltigkeit. Dass das Leitbild nachhaltige Entwicklung kein utopisches Ziel darstellt, ist ein wesentliches Ergebnis der bereits eingangs erwähnten Studien „Arbeit und Ökologie“.

„Arbeit und Ökologie“ ist kein utopisches Ziel.

Nachhaltigkeit ist machbar!

Sowohl ein von den Wissenschaftlern entworfenes „ökonomisch-soziales“ als auch ein „ökologisch-soziales“ Szenario konnten konkret aufzeigen, dass eine sozial-ökologische Reformstrategie möglich ist, die wirtschaftliche Effizienz, ressourcenschonende Produktion, umweltgerechten Konsum, soziale Gerechtigkeit und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze miteinander verbindet. Darüber hinaus konnte gezeigt wer-

den, dass diese Nachhaltigkeitsstrategien sogar erfolgreicher sind als Strategien, die sich lediglich an den Leitpunkten Kostenentlastung für Unternehmen, niedrigere Löhne und schlankerem Staat orientieren. Von besonderer Bedeutung sind für die aufgezeigten Nachhaltigkeitsszenarien Umweltinnovationen, z. B. für eine nachhaltige Mobilität, nachhaltiges Wohnen und einen nachhaltigen Konsum. Wesentlich ist auch der interdisziplinäre, gesellschaftsübergreifende Ansatz von Nachhaltigkeit. So haben die Gewerkschaften den im April 1998 vom damaligen Bundesumweltministerium vorgelegten Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms als ehrgeizig und anspruchsvoll begrüßt, es stellte sich jedoch schon damals die Frage, inwiefern sich das Bundesumweltministerium überhaupt durchsetzen kann, wenn die Zuständigkeiten anderer Bundesressorts berührt sind. So hat das Bundeswirtschaftsministerium immer wieder darauf hingewiesen, dass die Gestaltung des Rahmens für eine nachhaltige Energiepolitik vorrangig eine Aufgabe der Wirtschafts- und nicht der Umweltpolitik sei.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist es deswegen erforderlich, dass sich neben dem Bundesumweltministerium auch andere Bundesressorts quasi selbst verpflichten müssen, definierte Nachhaltigkeitsziele in einem konkreten Zeitrahmen umzusetzen.

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung ist nach wie vor lediglich einer Minderheit der Bevölkerung bekannt. Hinzu kommt, dass für die 15 %, die überhaupt etwas mit dem Begriff anfangen können, häufig eher wenig mitreisende Assoziationen im Vordergrund stehen, wie Askese, Wohlstandsverluste, Beschränkungen.

Nicht nur am Beispiel des Klimaschutzes lässt sich jedoch zeigen, dass der für eine nachhaltige Entwicklung notwendige Paradigmenwechsel keineswegs eine unzutragliche Belastung für die Gesellschaft darstellt, sondern eine „Win-Win-Strategie“ in Übereinstimmung mit dem sogenannten „Faktor-4-Ansatz“ (doppelter Wohlstand bei halbem Energieverbrauch) sein kann.

Instrumente und Maßnahmen zum Klimaschutz haben einen mehrfachen Nutzen: Entlastung der Umwelt, einzelwirtschaftliche Gewinne und dauerhafte neue Arbeitsplätze. Besonders positive Effekte zeigen sich in der Bauwirtschaft, im Maschinenbau, im Verkehrssektor, in der Steine-Erden-Industrie und bei der Elektrotechnik. Insbesondere in den

klimarelevanten Sektoren Verkehr und Haushalte/Wohnungen schafft ambitionierter Klimaschutz neue zukunftsfähige Arbeitsplätze. Schon heute stellt die Umweltwirtschaft beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die drittgrößte Wirtschaftsbranche dar, noch vor der Auto- und der Montanindustrie. Investitionen in die Umwelt sichern damit nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen und sind Voraussetzung für eine weltweite nachhaltige Entwicklung. Ein hohes Umweltschutzniveau trägt darüber hinaus zur Verbesserung der Standortqualität und zur Arbeitsplatzsicherung in Deutschland bei.

Hohe Umweltstandards bilden wichtige Innovationsanreize für Unternehmen, forcieren den technischen Fortschritt, verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und sichern und schaffen Arbeitsplätze. Ausbleibender Umweltschutz hingegen entzieht letztlich der Wirtschaft ihre Produktionsbasis.

Obwohl sich der Umweltschutz an den ökologischen Notwendigkeiten auszurichten hat und keine wirtschafts- oder beschäftigungspolitische Legitimation benötigt, haben umweltpolitische Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung insgesamt positive Standort- und Beschäftigungswirkungen.

Die Zusammenhänge zwischen Beschäftigung und Umweltschutz haben in einer Periode langfristig steigender Dauer- und Massenarbeitslosigkeit und fortschreitender Umweltzerstörung eine Schlüsselstellung erhalten, und zwar nicht nur weil inzwischen rund eine Million Arbeitsplätze diesem neuen Arbeitsmarkt zugerechnet werden, sondern auch auf Grund der weltmarktorientierten Option, durch die innovative Nutzung von erneuerbaren Rohstoffen und Energieträgern sowie durch integrierte und effiziente Umweltschutztechnologien Wettbewerbspositionen mindestens zu erhalten und gleichzeitig die Lebensqualität am Standort zu erhöhen.

Die meisten der heutigen Umwelarbeitsplätze finden sich im Entsorgungsbereich (Wasser und Müll) und lassen sich als nachsorgende Dienstleistungen (additiver Umweltschutz) charakterisieren. Die Dominanz dieser Bereiche führt dazu, dass viele der Umwelarbeitsplätze von mäßiger bis schlechter Qualität sind (meist niedriges Qualifikationsniveau und hohe Gesundheitsbelastungen).

Eine deutlich höhere Qualität weisen Umweltschutzplätze im integrierten Umweltschutz und den Öko-Industrien (Bauarbeitsplätze, Maschinenbau, Ingenieurleistungen) auf. Auch umweltpolitisch ist integrierter Umweltschutz effektiver, beschäftigungspolitisch jedoch zur Zeit noch von geringerer Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt.

Bei zunehmender Annäherung an eine nachhaltige Wirtschaftsweise werden sich durch strukturelle Änderungen des Umweltsektors deutliche qualitative Verbesserungen ergeben: einerseits ist zu erwarten, dass die problematischen (vorindustriellen) Arbeitsplätze im Bereich der Abfallwirtschaft (Sammlung, Sortierung, Zerlegung) mittelfristig an Qualifikation, Einkommen, Stabilität und sozialem Schutz gewinnen werden, allerdings mit der Konsequenz, dass die Zahl der Arbeitsplätze mit ihrer Industrialisierung deutlich abnimmt. Andererseits ist abzusehen, dass integrierte Maßnahmen, die tendenziell qualitativ bessere Beschäftigung schaffen, an Bedeutung gewinnen werden. Im Zuge dieser Entwicklung besteht die Chance auf Beschäftigungszunahme durch zu erwartende Markterfolge integrierter Techniken und die Ausweitung ökologischer Dienstleistungen.

Durch die weitere Umsetzung von Effizienz- und Suffizienzstrategien (Sparsamkeit, Regionalorientierung, Gemeinsamnutzung, Langlebigkeit) wird die Umweltschutzarbeit den engbegrenzten Umweltsektor immer mehr verlassen und die Integration in andere Sektoren und Bereiche weiter zunehmen.

Die vollständige Ablösung nachgeschalteter und additiver durch integrierte, also vermeidende Umweltschutzstrategien wird nicht möglich sein, da die Umsetzung der materiellen Dimension von Lebensqualität immer auf ein gewisses Maß an Ge- und Verbrauch von Konsumgütern angewiesen sein wird.

Beschäftigungspolitisch bedeuten additive Nutzungsstrategien, dass der damit verbundene Trend zu ökologischen Dienstleistungen in dem Maße, wie er eigentumsbasierte Konsummuster ersetzt (z. B. Werkzeugmiete anstatt -kauf, bedarfsorientiertes Mieten von Pkw, Skileihe anstelle von Individualeigentum), zu einer Reduzierung des Güterbestandes beitragen kann (darin liegt ihre ökologische Wirksamkeit!) und damit im Idealfall ein Strukturwandel von materieller, hoch rationalisierter Güter-

fertigung zu ressourcenschonender und arbeitsintensiver Dienstleistungsproduktion vorantreibt.

Anzunehmen ist, dass eine Veränderung der Faktorpreisrelationen beispielsweise durch die ökologische Steuerreform tendenziell arbeitsintensivere Produktions- und Dienstleistungsformen begünstigt. Diesbezügliche Studien kommen zu dem Ergebnis einer gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungszunahme in Höhe von 75.000 neuen Arbeitsplätzen allein durch die geltende ökologische Steuerreform.

Wesentlich für Umweltschutz und neue Arbeitsplätze sind darüber hinaus Innovationen durch neue Technologien. So bergen z. B. die Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien) große Potenziale für eine Dematerialisierung von Produkten und Dienstleistungen. Allerdings besteht auch die Gefahr einer Überkompensation dieser Dematerialisierungspotenziale durch Mengeneffekte, wenn z. B. durch die Entwicklung des Internets immer mehr Markt geschaffen wird.

Positive Beschäftigungswirkungen von Umweltinnovationen sind eine Seite von Nachhaltigkeit. Eine wirksame Umsetzung von Nachhaltigkeits-Zielen bedarf darüber hinaus einer gesellschaftsübergreifenden Verständigung durch Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das in Rio 1992 verabschiedete Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, die Agenda 21, hinweisen. Diese sieht ausdrücklich eine Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen vor. So werden explizit genannt:

- Frauen
- Kinder und Jugendliche
- eingeborene Bevölkerungsgruppen
- nicht-staatliche Organisationen (NGO)
- Kommunen
- Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften
- Privatwirtschaft
- Wissenschaft und Technik sowie
- Bauern

Gemäß Kapitel 29 dieser Agenda 21 ist für das Erreichen des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung beispielsweise eine Stärkung der Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften im Umweltbereich von Nöten. Einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege würde die erstmalige Einführung von Mitbestimmungsrechten von Betriebs- und Personalräten im Bereich des Umweltschutzes darstellen. Die aktuelle Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes weist hier einen richtigen Weg.

Nur dann, wenn sich alle gesellschaftlichen Gruppen dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verpflichten, was sie nur bei ausreichender Partizipation können, ist die Umsetzung von der Theorie in die Praxis von Erfolg gekrönt.

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle der Medien, um die breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit und Chance einer nachhaltigen Entwicklung überzeugen.

Für die Gewerkschaften kann ich sagen: Wir sind dabei. Wir unterstützen aktiv das Ziel der nachhaltigen Entwicklung.



Was ist Nachhaltigkeit?

Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, Empfehlungen zur Nachhaltigkeitspolitik zu geben, Projekte mit Vorbildcharakter zu initiieren und das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Der Rat wurde im April 2001 von Bundeskanzler Gerhard Schröder berufen.

Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Rat für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de

ISBN 3-9809190-0-5